

NEUE ZEIT

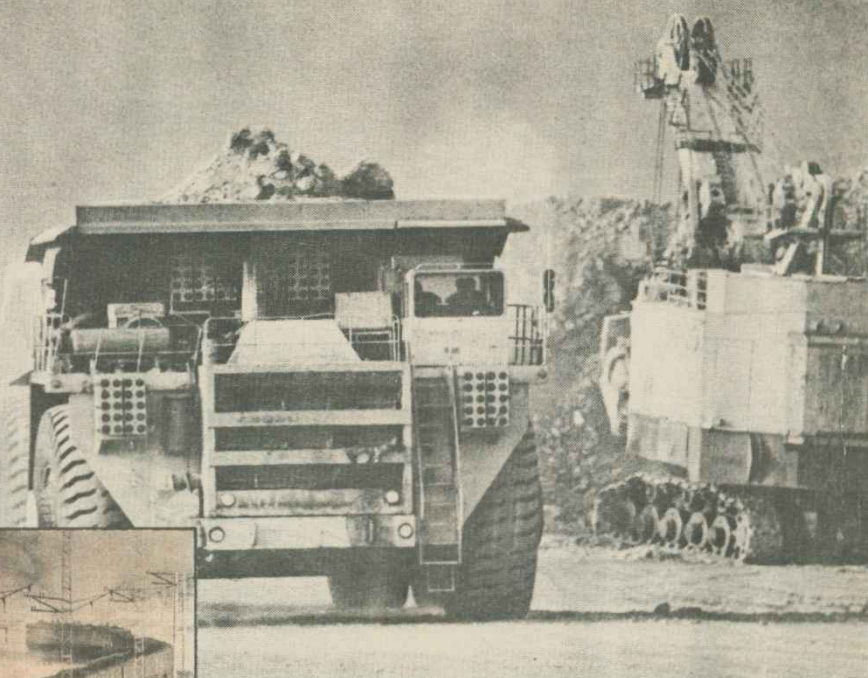
1501 Platin, C 1st. P 135-9W 2
Postfach 600
Fachbibliothek



**UdSSR—USA:
VON BEIDEN SEITEN
BRÜCKEN SCHLAGEN**

NZ-Rundtischgespräch

- An einem Abschnitt des Kohlentagebaus Nerjunginski
- Güterzug mit jakutischer Kohle
- Streckenbauer von der AJAM



Die AJAM, Zweigstrecke der BAM

Jakutien hat unerschöpfliche Bodenschätze: Diamanten, Gold, Erdöl und -gas, Kohle usw. Der Weg zu ihnen ist aber beschwerlich. Helfen kann nur der Bau einer Bahnstrecke wie die unlängst fertiggestellte BAM. Jetzt ist sie bereits im Entstehen: die Amur-Jakutische Magistrale, kurz AJAM. Sie wird 830 km lang und wird die Endstation der

kleinen BAM — der Strecke Tynda—Berkakit, die von der Hauptstrecke nordwärts führt —, mit Jakutsk, der Hauptstadt Jakutiens, verbinden.

Die Bauleitung befindet sich in Nerjungri bei Berkakit. Die Stadt wurde sehr schnell auf ewigem Frostboden unweit eines großen Koks-kohlevorkommens gebaut.

Fotos: A. Abasa



DEN FRIEDEN AUFBAUEN!

Mittlerweile haben sich für die internationale Zusammenarbeit schon stehende Redewendungen herausgebildet, als da sind: eine Zweibahnstraße; eine Brücke, die von beiden Seiten gleichzeitig geschlagen werde; oder das Neuere: eine Fernsehbrücke. Aber das ist schon kein literarisches Bild, vielmehr eine Methode.

In diesem Heft bringen wir eine Diskussion sowjetischer und amerikanischer Experten über Probleme unserer Beziehungen. Sie gibt eine gewisse Vorstellung davon, wie schwierig das Brückenschlagen ist. Ende 1986 darf man sich nicht mehr damit trösten, daß wir ja schließlich nicht schießen, sondern gottlob miteinander reden. Doch Verhandlungen um der Verhandlungen willen - das dürfte auch zu wenig sein, liegen doch auf dem Verhandlungstisch seit dem 15. Januar 1986 konkrete Vorschläge über die nukleare Abrüstung, seit Juni 1986 ein Programm für den Abbau der konventionellen Rüstungen und seit Oktober 1986 die kühnsten Ideen, die bei den sowjetisch-amerikanischen Treffen je vorgebracht wurden.

Parallel dazu ist aber ein merkwürdiger Gegenprozeß im Gange, der Prozeß der Zerstörung der alten, schon errichteten Pfeiler der gegenseitigen Verständigung. Womit setzte er ein? Denken wir daran, wie rücksichtslos die USA mit dem zweiseitigen Handel umspringen, der eine Stütze des politischen Dialogs bilden könnte. Noch verantwortungsloser behandelt die Reagan-Administration so kapitale Pfeiler der Beziehungen, wie es seit langem der ABM- und der SALT-II-Vertrag sind. Die USA verstoßen gegen ihre eigenen Verpflichtungen, Teil um Teil, aber darüber hinaus scheinen sie uns fortwährend anzustacheln: Verstoßt ihr doch auch dagegen. Das gleiche Spiel wird mit den Nukleartests gespielt. Die UdSSR legt da die größte Zurückhaltung an den Tag, aber herausfordernd setzen die USA ihre Nuklearexplosionen fort.

Für die UdSSR war das sowjetisch-amerikanische Verhältnis und die Verhütung einer nuklearen Katastrophe nie ein Spielgegenstand oder ein Anlaß für Beleidigungen. Wir wissen, daß man sich die Nachbarn auf unserem Planeten nicht wählen kann, und suchen nach Wegen zu einem Nebeneinander. Doch erwarten die sozialistischen Staaten das auch von ihren westlichen Partnern.

Es ist nicht leicht, einen dauerhaften Frieden aufzubauen. Vor kurzem nahm die UNO eine wichtige Entschließung über die Schaffung eines globalen Systems des Weltfriedens und der Sicherheit an. Die USA stimmten dagegen. Doch müßten die Politiker, die Washingtons Kurs festlegen, verstehen: Durch ihr destruktives Handeln werden sie die UdSSR nicht zu ebensolchen Schritten provozieren. Wir werden nicht zerstören, sondern aufbauen.

POST

Nicht nur die Großbourgeoisie in den USA unterstützt die "Sternenkriegs"-Pläne, sondern leider auch die, wie wir sagen, "Mittelklasse". Ihrem gesellschaftlichen Bewußtsein nach ist diese Mittelklasse nicht weit von denen entfernt, die um ihres Vorteils willen die Welt in einen Atomkrieg stürzen wollen. Hier haben die Massenmedien ganze Arbeit geleistet. Das braucht einen nicht weiter zu verwundern, denn bürgerliche Journalisten können demokratische Werte nicht verteidigen, ohne mit Privatinteressen zu kollidieren.

Stephen CONTRADO
Hull, USA

Wenn in Italien ein kommunistischer Verfasser mit einem Manuskript seiner Erinnerungen an italienische Antifaschisten an einen Verlag herantritt, kann er sicher sein, daß sein Manuskript nicht in den Druck geht. Er kann sein Buch nur auf eigene Kosten herausbringen. Gleichzeitig werden ungehindert Bücher veröffentlicht, in denen der Faschismus offen gefeiert wird.

Silvio SARZI-SARTORI
San Remo,
Italien

Eine "Freiheit" der Amerikaner, die jeden normal denkenden Menschen entsetzt, ist die unbeschränkte Möglichkeit, Schußwaffen zu besitzen. Vor kurzem berichtete unsere Lokalzeitung über einen Bankdirektor in Harrisburg, USA, der öffentlich erklärte, seine Bank werde, statt Zinsen auszus zahlen, ihren Kunden eine Schußwaffe anbieten. Das kann man nicht einfach kühl kommentieren. Ein Land, das ohnehin für seine Gewalttätigkeit bekannt ist, unternimmt nichts, um wenigstens im Innern die Gewalt einzudämmen.

Stephanie JACKSON
Queensland, Australien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

51

DEZEMBER

1986

Gründungsjahr 1943

3
UdSSR--Indien.
Wirtschaftsbeziehungen

10
„Irangate“,
Fortsetzung folgt

12
Sowjetische
Raketentruppen

17
Zusammenarbeit
oder Konfrontation?
Rundtisch der „NZ“

21
Die TNK contra
Entwicklungsländer

23
CSSR. „Aktion Z“

25
In memoriam
Henry Winston

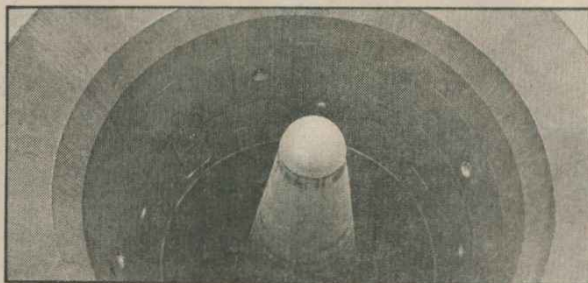
26
Das Verhältnis
Japan--China:
eine Pendelbewegung

30
Ein Hüttenwerk in
Algerien

WORT DES REDAK-
TEURS(1), PANO-
RAMA(5), GÄSTE
DER „NZ“ (5), KUL-
TUR UND POLITIK(9)
INTERVIEW(12), POST,
ECHO(16), PERSONALI-
EN(27)

Titelbild: N. Stscherbakow

2



RAKETENSCHILD

Wird SDI die sowjetischen
ICBM entwerfen? Dazu die
Meinung Armeegeneral Juri

MAXIMOWS, Oberbefehlsha-
ber der strategischen Rake-
tentruppen, stellvertretender
Verteidigungsminister der
UdSSR

S. 12



JABLONNA VI

Diskussion von Journalisten aus
26 Ländern

S. 24

JAPAN UND CHINA

Vom 15jährigen Krieg bis zu
den „besten Beziehungen des
Jahrhunderts“...

S. 26

GRAZIE AUF DEM EIS

Sowjetische Eiskunstläufer vor
der neuen Saison

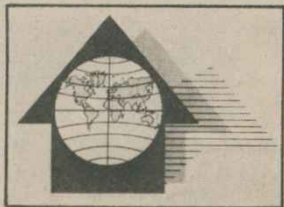
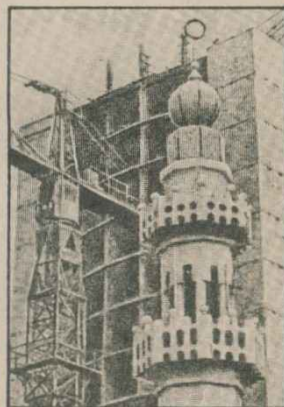
S. 31



VON PERLEN ZUM ERDÖL

Vereinigte Arabische Emirate:
Probleme, Perspektiven

S. 28



UMWELTBEDROHUNG

Gegenstand der -allgemeinen
Sorge, sagt Gro Harlem
Brundtland, Ministerpräsi-
dentin Norwegens und Vorsit-
zende der Internationalen
Kommission für Umwelt und
Entwicklung

S. 14

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
[Verantw. Sekretär], A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTCHIK [Stellv. Chefredakteur],
A. PUMPIANSKI [Stellv. Chefredakteur], V. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Dimension, Erfahrung, Prognose

Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Wladimir KAMENZEW, antwortet auf Fragen der "Neuen Zeit"

Bei dem sowjetisch-indischen Gipfel in Delhi fand die dynamische Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern, die beiden Seiten zum Vorteil gereichen, eine hohe Einschätzung. Könnten Sie kurz darüber berichten, welche Früchte unsere Zusammenarbeit in der Wirtschaft trägt?

Aufschlußreich sind vor allem zwei Zahlen. Über 60 Industrie- und andere volkswirtschaftliche Objekte der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit bestehen bereits in Indien. Sie bilden das Rückgrat seines staatlichen Sektors. Weitere 40 sind im Bau bzw. im Projektierungsstadium.

Ein Charakterzug unserer wirtschaftlichen und technischen Kooperation in all ihren mehr als 30 Jahren ist, daß die UdSSR Indien bei der Entstehung und Konsolidierung seines Wirtschaftspotentials, in erster Linie der Schwerindustrie, hilft. Das begann mit dem Hüttenwerk von Bhilai.

Die Schwarz- und NE-Metallurgie, der Schwermaschinenbau, die Prospektierung von Erdöl- und Erdgasvorkommen, die Erdölverarbeitung, die Kohleindustrie und die Energiewirtschaft bilden die Hauptbereiche, in denen die UdSSR, sowjetische Projektierungsorganisationen und Betriebe sowie Fachleute jeder Ebene Indien bei seiner industriellen Entwicklung unterstützen.

Michail Gorbatschow im Parlament begrüßend, nannte Indiens Vizepräsident Venkataraman die sowjetisch-indische Wirtschaftszusammenarbeit eine "einzigartige und nachahmenswerte Saga".

"NEUE ZEIT" 51.86

Zweifellos ist sie in dem Sinne einzigartig und nachahmenswert, daß sie ein Muster der für beide Seiten nützlichen, gleichberechtigten sachlichen Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist, ein Beispiel der friedlichen Koexistenz solcher Staaten, der Beziehungen, die auf der Gleichheit, gegenseitigen Achtung und Respektierung sowohl der Interessen des anderen als auch seiner Souveränität und der Nichteinmischung beruhen. Die Ausmaße der sowjetisch-indischen Wirtschaftszusammenarbeit und ihre konkreten Ergebnisse sind beeindruckend.

Doch glaube ich, daß auch die Atmosphäre — sachlich und freundschaftlich zugleich —, in der sowjetische und indische Organisationen und Fachleute arbeiten, nicht minder wichtig ist. Sie arbeiten einträchtig zusammen, lösen gemeinsam ingenieurtechnische und technologische Probleme, und ich habe z. B. nie von Konflikten zwischen ihnen gehört. Dabei waren bzw. sind Tausende Sowjetbürger bei gemeinsamen Bauobjekten in Indien beschäftigt: Ingenieure, Techniker, Vorarbeiter, hochqualifizierte Arbeitskräfte.

Ich glaube, der Vizepräsident meinte gerade diese freundschaftliche Atmosphäre, als er unsere Wirtschaftszusammenarbeit mit einer Saga verglich.

Wie ändert sich die Zweigstruktur der gemeinsam gebauten Objekte mit der Zeit?

Jetzt, in den 80er Jahren, setzt Indien den Akzent auf den Ausbau seines

Brennstoff- und Energiepotentials. Deshalb sind die Elektrizität, die Kohle- und die Erdölindustrie heute neben dem Hüttenwesen die wichtigsten Bereiche unserer Zusammenarbeit.

Welche Rolle spielen die mit sowjetischer Hilfe gebauten Betriebe in Indiens Wirtschaftsentwicklung?

Durch sie kann sich Indien in vieler Hinsicht wirtschaftlich selbst versorgen. Davon zeugen folgende Angaben. Zur Zeit liefern die Objekte der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit 36 Prozent des gesamten im Lande erzeugten Stahls, 32 Prozent des Aluminiums; es werden 23 Prozent Erdöl gefördert und 47 Prozent verarbeitet, 77 Prozent der Ausrüstungen für die Hüttenindustrie, 47 Prozent der für die Energiewirtschaft und 43 Prozent der für den Bergbau produziert sowie 9 Prozent der Elektroenergie erzeugt.

Die Maschinenfabriken in Ranchi, Hardwar und Durgapur, die mit sowjetischem Beistand gebaut wurden, erzeugen einen beträchtlichen Anteil der komplizierten Ausrüstungen für neue metallurgische Produktionen, Kraftwerke, Kohlegruben und -tagebaue, wodurch die Notwendigkeit eines Imports solcher Ausrüstungen entfällt bzw. wesentlich gemindert wird. Überdies werden in denselben Betrieben Anlagen und Ausrüstungen unter Anwendung sowjetischer Baugruppen für den Export in die UdSSR und in andere Länder hergestellt.

Welche Objekte sollen jetzt bald ihrer Bestimmung übergeben werden? Und wie bald?

Von den größten will ich zwei nennen. Das Wärmekraftwerk Vindhyachal (Bundesstaat Madhya Pradesh) wird im Sommer des nächsten Jahres Strom liefern; in Betrieb genommen wird das erste seiner sechs Aggregate mit je 210 000 kW Leistung.

Der Bau des Hüttenkombinats in Visakhapatnam an der Ostküste tritt in sein entscheidendes Stadium ein, 1988 plant man den Abschluß der ersten Baufolge. Das dritte Unternehmen dieser Art (nach Bhilai und Bokaro) gehört technisch und technologisch zu den modernsten. Bei der Stahlproduktion werden nur Konverter angewandt werden.

Bei dem jüngsten Besuch Michail Gorbatschows in Delhi haben Sie gemeinsam mit Außenminister Tiwari ein neues Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Was ist darin vorgesehen?

Laut diesem Abkommen wird die UdSSR Indien bei der Realisierung einer ganzen Reihe von Vorhaben helfen. Dazu gehört der Bau der großen Wasserkraftwerke Teri in Uttar Pradesh. Dieser Komplex wird drei Wasserkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 2,4 Mio kW umfassen. Ein weiteres Projekt betrifft die Modernisierung von Konverterbetrieben und des Warmwalzwerks „2000“ in Bokaro, das bereits 4 Mio t Metall im Jahr liefert. Am Vorkommen Yharia (Bihar) werden wir uns am Bau von vier Gruben zur Förderung von 8 Mio t Kokerkohle im Jahr beteiligen. Schließlich soll eine komplexe Prospektierung auf Erdöl und Erdgas in Westbengalen durchgeführt werden.

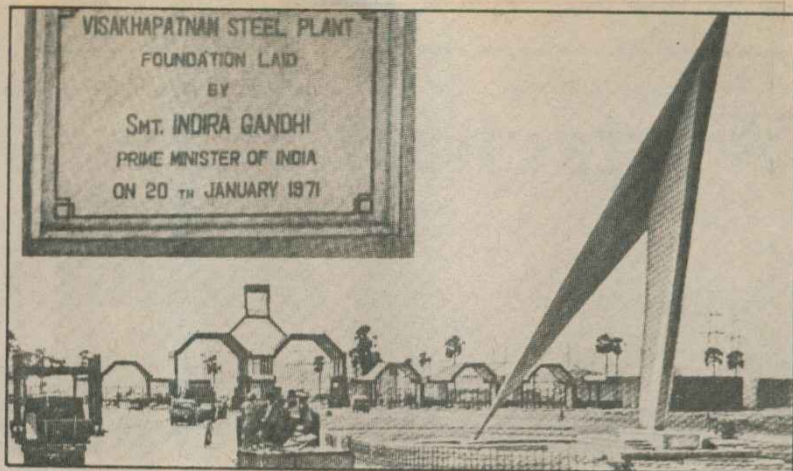
Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi nannten dieses Abkommen das größte in der Geschichte der Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Das größte - in welchem Sinne?

Es handelt sich um sehr große Kapazitäten, die große Investitionen erfordern. Deshalb wurde Indien zu Vorzugsbedingungen der größte sowjetische staatliche Kredit unserer Wirtschaftsbeziehungen gewährt.

Da wir schon bei Krediten sind, möchte ich eine Frage anbringen, die unsere

Indische und sowjetische Fachkräfte arbeiten Hand in Hand beim Bau des Kraftwerks Vindhyachal.

Fotos: APN



Eine Plastik, die beim Beginn des Baus des Hüttenwerks Visakhapatnam errichtet wurde. An der Grundsteinlegung nahm Indira Gandhi teil.

Leser stellen. Wie steht es um die Tilgung der sowjetischen Kredite für Indien?

Indien tut das regelmäßig und rechtzeitig, und zwar in indischen Rupien, für die die UdSSR in indischen Waren, darunter Konfektion, Obertrikotagen, Tee, Kaffee, Gewürze, kauft.

In Indien sprachen Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi von neuen Formen und Methoden unserer wirtschaftlichen Kontakte. Welche Formen und Methoden gehören schon zur Praxis, was ist in dieser Hinsicht geplant, damit die Reserven der Zusammenarbeit aktiviert werden können?

Unser Land geht entschieden den Weg der Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus, der Modernisierung der Wirtschaft und ihrer Umrüstung auf der Basis neuester Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik. Indien hat sich ebenfalls die Aufgabe gestellt, seine sozialökonomische Entwicklung zu beschleunigen, um ins 21. Jahrhundert als starker moderner Staat mit hochentwickelter Wirtschaft einzutreten.

Die Lösung so umfassender Aufgaben der inneren Entwicklung erfordert auch eine neue Auffassung von Zusammenarbeit. Das fand seinen Niederschlag im Abkommen über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik bis zum Jahr 2000. Das Abkommen wurde im Mai 1985 von Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi in Moskau unterzeichnet. Der Akzent darin liegt auf der Entwicklung moderner Ausrüstungen und Technologien und ihrer Überleitung, auf der Modernisierung und Umrüstung von Betrieben, auf der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Realisierung neuer Projekte, vor allem in der Energie- und Brennstoffindustrie.

Während des Novemberbesuchs Michail Gorbatschows in Delhi wurden die Verhandlungen über diese Aspekte erfolgreich fortgesetzt. Experten beider Länder arbeiten an konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung solcher Vereinbarungen.

Sachliche Gespräche werden insbesondere über die Entwicklung und Intensivierung der Produktionskooperation zwischen sowjetischen Stellen und indischen staatlichen und privaten Gesellschaften geführt. Ferner handelt es sich um die gemeinsame Produktion von Waren für Indien, die UdSSR und für den Export in Drittländer.

Der sowjetisch-indische Handel nimmt recht dynamisch zu. Im vorigen Jahr betrug der Warenumsatz über 3 Md. Rubel. Doch im Zusammenhang mit den sinkenden Weltpreisen bei Erdöl - und wir exportieren Erdöl nach Indien - bildete sich eine gewisse Unausgewogenheit in unserem Handel. Was wird vorgeschlagen, um den gegenseitigen Ex- und Import schon in nächster Zeit auszugleichen?

Im November wurde ein Protokoll über den Warenumsatz 1987 unterzeichnet. Indien wird eine Reihe sowjetischer Waren kaufen, die es früher nicht einfuhrte, u. a. Kokerkohle und chemische Erzeugnisse. Die UdSSR wird Indien mehr Maschinen und Ausrüstungen sowie einige andere Güter liefern.

Immer aktiver nehmen am Handel indische Privataffirmen teil. Das ist neu und wichtig. Im vorigen Jahr entstand die Indisch-Sowjetische Industrie- und Handelskammer. Ihr gehören viele Vertreter der indischen Geschäftswelt an, die am Verkauf ihrer Erzeugnisse in der UdSSR, aber auch am Import sowjetischer Waren, vor allem Ausrüstungen, interessiert sind.

Wie kann sich Ihrer Meinung nach unsere gegenwärtige Umgestaltung des Außenhandels und der gesamten außenwirtschaftlichen Tätigkeit auf die sowjetisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen auswirken? Wären gemeinsame sowjetisch-indische Betriebe denkbar? Wenn ja, in welchen Zweigen?

Ja, gewiß. Meines Erachtens könnten das vor allem Industriebetriebe sein, die selbstverständlich nach dem letzten Wort der Technologie ausgerüstet wären.

Es interviewte
A. USWATOW

NATO

Zurück von Reykjavik

● AM 12. DEZEMBER SCHLOSSEN DIE FÜHRUNGSORGANE DER NATO IHRE TRADITIONELLEN WINTERBERATUNGEN AB.

Ebenso wie früher gab es zwei Runden: eine militärische (Verteidigungsminister und andere hohe Militärs) und eine politische (Außenminister).

Ein Hauptthema der Tagesordnung war Reykjavik. In allen drei Kommunikationen - der Eurogruppe, des Militärischen Planungsausschusses und des NATO-Rates - wird der sowjetisch-amerikanische Gipfel begrüßt. Nach Meinung der westeuropäischen Verteidigungsminister habe er die Aussichten auf friedliche Vereinbarungen verbessert. Die Außenminister nannten ihn „einen wichtigen Markstein in den Ost-West-Beziehungen“. Doch diese Floskeln waren auch alles, denn in Brüssel rückten die Atlantisten einträchtig von Reykjavik ab. Zu diesem Schluß kamen die meisten Journalisten, die die Winterberatungen beleuchteten. In der NATO habe man, schrieb die „International Herald Tribune“, „mehrere höchst bedeutende Vorschläge, die Herr Reagan und Herr Gorbatschow unterstützt hatten, allmählich aufgegeben“.

So kommt in allen Brüsseler Dokumenten eines der Schlüsselprobleme Reykjaviks, die Vernichtung von Kernwaffen, nur in stark gekürzter Form vor.

Die Außenminister und ihre militärischen Kollegen verstanden sich nur zu einem 50prozentigen Abbau der strategischen Arsenale. Was eine radikale Lösung des nuklearen Problems betrifft, so schoben sie sie auf die lange Bank. NATO-Generalsekretär Lord Carrington sagte das den Journalisten unumwunden: „In nächster Zukunft ist es unmöglich, einen Punkt ohne ein Durcheinander von nuklearen und konventionellen Waffen zu erreichen.“ Ebenso offen war der Bundeswehrgeneral Altenburg, der neue Vorsitzende des NATO-Militärausschusses. Wie er sagte, würden „konventionelle Rüstungen nukleare nicht ersetzen“.

Ihre Weigerung, die Kernwaffen zu liquidieren, erklärten die NATO-Strategen wie folgt: Ohne diese Waffen wäre die Sicherheit des Westens bedroht, da die UdSSR und ihre Bündnispartner in den konventionellen Rüstungen eine „erdrückende Überlegenheit“ hätten. Als die Warschauer Vertragsländer ihr Programm einer einschneidenden Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa unterbreiteten, versank die NATO in tiefes Grübeln. Der Budapester Appell der sozialistischen Länder blieb ein halbes Jahr, die entsprechende sowjetische Initiative acht Monate unbeantwortet. Um die sich über Gebühr hinziehende Pause zu überbrücken, beschlossen die Außenminister der NATO-Länder am 11. Dezember die „Brüsseler Deklaration über die Kontrolle der konventionellen Rüstungen“.

Sie stimmten im Prinzip dem

Vorschlag der UdSSR und ihrer Verbündeten zu, die Diskussion über die konventionellen Waffen auf dem Territorium ganz Europas, vom Atlantik bis zum Ural, zu eröffnen. Zweifellos ist das als positiv zu bewerten. Zugleich damit enthält die „Brüsseler Deklaration“ Schlußfolgerungen und Bestimmungen, die kaum akzeptabel sind. So wird darin negiert, daß in Europa eine militärische Stabilität besteht: Die Waagschale neige sich ostwärts. Diese Behauptung ist nicht neu. Gerade sie läßt die Wiener Gespräche seit über 13 Jahren auf der Stelle treten. Die Asymmetrie der Streitkräfte der beiden Militärbündnisse, auf welcher die Theorie des Mißverhältnisses basiert, ist kein Beweis für die Ungleichheit der Kräfte. Wenn man dagegen alle, nicht nur die quantitativen, sondern auch die qualitativen Charakteristiken der konventionellen Rüstungen in Betracht zieht und die Militärpotentiale Frankreichs und Spaniens dabei nicht ausklammert (wie westliche Experten das häufig tun), stellt es sich heraus, daß die Kräfte der Seiten sich ungefähr gleich sind. Nach einer Schätzung des internationalen Londoner Instituts für strategische Studien ist „die militärische Balance bei den konventionellen Rüstungen nach wie vor so beschaffen, daß eine militärische Aggression für jede der Seiten höchst riskant wäre“. Wenige Tage nach Reykjavik äußerte sich auch US-Außenminister Shultz im gleichen Geiste: Die NATO sei imstande, dem Warschauer Pakt „auf jeder Ebene“ Paroli zu bieten.

Vor der Annahme der „Brüsseler Deklaration“ behauptete die NATO-Propaganda mit Nachdruck, der Westen sei dabei, „kühne Initiativen“ zu formulieren und nach „neuen Betrachtungsweisen“ zu suchen. Das Ergebnis war kläglich, besonders im Vergleich mit dem Budapester Appell. Die sozialistischen Länder formulierten ein konkretes Programm radikaler Reduzierungen von Truppen und Streitkräften in Europa. Darin ist vorgesehen, die Land- und Luftstreitkräfte und die ihnen beigegebenen operativ-taktischen Kernwaffen abzubauen. Die Warschauer Vertragsstaaten schlugen vor, in-

nerhalb von 1-2 Jahren die Stärke der einander gegenüberstehenden Militärgruppierungen auf 100 000-150 000 Mann auf jeder Seite abzubauen und bis zum Beginn der 90er Jahre die Landstreitkräfte und die taktischen Fliegerkräfte jedes Bündnisses um 25 Prozent zu mindern. Die „Brüsseler Deklaration“ enthält nichts dergleichen. Darin ist die Rede nur von der Zustimmung zu den Verhandlungen, außerdem werden die alten Prinzipien der westlichen Seite wiederholt.

Ein Korrespondent der „Libre Belgique“ äußerte die Vermutung, das Herangehen des Westens könne ohne weiteres als ein „neuer“ Doppelbeschluß, diesmal für die konventionellen Rüstungen, aufgefaßt werden. Die Vermutung ist nicht ganz unbegründet, zumal die Verteidigungsminister der NATO als Antwort auf den Vorschlag der Warschauer Vertragsorganisation, die Stärke der Armeen beider Blöcke zu kürzen, im Gegenteil die weitere Erhöhung der konventionellen Rüstungspotentiale erörterten. Es ging um die Anwendung neuester Technologien, um die gemeinsame Entwicklung und Produktion einer neuen Generation von Waffen und Kampftechnik. Im nächsten Jahr werden allein die westeuropäischen NATO-Länder 425 neueste Panzer und Schützenpanzerwagen, 170 Kampfflugzeuge, ca. 70 Hubschrauber, ca. 14 000 Panzerabwehrraketen, 8 Kampfschiffe und vieles andere in den Rüstungsbestand aufnehmen. All das erfordert beträchtliche zusätzliche Ausgaben.

Lord Carrington auf einer Pressekonferenz: „Die Ausgaben müssen zu- und nicht abnehmen.“ Bei ihren Treffen mit Journalisten verbargen die NATO-Exponenten ihre Absicht nicht, die Erhöhung der Militäretats durchzusetzen. Und dies trotz der Tatsache, daß die Militärausgaben der NATO amtlichen Angaben zufolge, in denen Spanien nicht erfaßt ist und die nicht alle Ausgaben berücksichtigen, beinahe 400 Md. Dollar erreichen. Selbst westliche Militärs und hochgestellte Politiker geben zu: Das ist weit mehr als die entsprechenden Ausgaben des Warschauer Vertrages.

Gäste unserer Redaktion

waren in letzter Zeit: Kim Chan Mo, Abteilungsleiter und Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Kukke Sanhwal“ („Internationales Leben“), und Li Chin Hun, Korrespondent derselben Zeitschrift (KDVR); die Vorstandsmitglieder der Joseph-Wirth-Stiftung Ulrike Hörster-Philipps und Erich Roßmann (BRD); Helmut Mardek, Professor am Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR; Patrick Bergaud, Chefredakteur der französischen Zeitschrift „France-U.R.S.S.“; Juraj Hymal, Direktor des tschechoslowakischen „Prace“-Verlags; Kostas Michailidis, Vorsitzender der kommerziellen Verlagsgesellschaft „Nei keri Elladas“ (Griechenland).

Auf den Brüsseler Beratungen wurde ferner eine Ergänzung des amerikanischen „kosmischen Schilts“ durch einen westeuropäischen Raketenabwehrgürtel erörtert. Wie die Diskussion zeigte, sind sich die Bündnispartner darüber nicht einig. Die „Lokomotive“ der europäischen SDI sind die USA und die BRD, während sich Griechenland, Dänemark und einige andere Länder dagegen wenden und noch andere Länder ihre Position bis jetzt nicht bestimmt haben. Um die Verbündeten zu animieren, brach Washington ein Stück des Dollar-„Zuckerbrotes“ ab. US-Verteidigungsminister Weinberger eröffnete den Journalisten, daß 14 Mio Dollar für die gemeinsame Durcharbeitung der Idee einer westeuropäischen Raketenabwehr bereitgestellt worden seien. An den Forschungen werden sich 51 Firmen beteiligen, davon 29 westeuropäische. Die 14 Millionen sind ein Tropfen in dem Milliardenmeer, zu dem sich die Anlegung des Raketenabwehrgürtels auswaschen kann. Doch vom politischen Standpunkt aus sehe die NATO, lesen wir im britischen „Guardian“, darin die Möglichkeit einer tieferen Einbeziehung der Europäer in die „Sternenkriege“.

Die US-Vertreter trafen in Brüssel mit einem stark lädierten Ruf ein. Auf der Pressekonferenz überschütteten Journalisten Shultz und Weinberger mit Fragen über „Irangate“, die Ursachen der Abkehr von Reykjavik und des Verstoßes gegen SALT II, der selbst die loyalsten Bündnispartner schockte. Der Außenminister und der Pentagonchef suchten die Journalisten abzulenken, Shultz z. B. durch beharrliche Hinweise auf „Verstöße“ gegen die Menschenrechte in der UdSSR. Viele seien erstaunt gewesen, schrieb ein Korrespondent des belgischen „Le Soir“, wie stur der US-Außenminister dieses Thema immer wieder ins Gespräch warf. „In der Methode, die Menschenrechte an die Abrüstungsprobleme zu koppeln, sahen die europäischen Diplomaten einfach ein Steckenpferd und ein böses Vorzeichen für die Bemühungen um geringere Ost-West-Spannungen.“

Zusammenfassend könnte man über die Brüsseler Gespräche sagen, daß die NATO

einen Schritt zurück von Reykjavik und somit einen Schritt vorwärts zum Militarismus getan hat.

W. BOIKOW
„Trud“-Korrespondent
für die „Neue Zeit“

Brüssel

BRD

Wohin die U-Boote gingen

● IN BONN GIBT ES WIEDER
EINEN POLITISCHEN
SKANDAL

Er erinnert verdammt an Washingtons „Irangate“. Die Ereignisse in beiden Hauptstädten entwickeln sich parallel. Hier wie dort geht es um illegale Waffenlieferungen. Hier wie dort sind führende Repräsentanten des Staates in die Affäre verwickelt. Hier wie dort werden verzweifelte Versuche unternommen, die Angelegenheit zu verwischen...

Ende November brachten die „Kieler Nachrichten“ auf Seite 1 eine Meldung von keineswegs nur lokaler Bedeutung. Die Howaldswerke — Deutsche Werft in Kiel, schrieb die Zeitung, hatten ohne Sondererlaubnis der Regierung für 46 Mio DM Blaupausen des neusten U-Boots an die RSA verkauft.

Die Rüstungskonzerne der BRD hatten auch früher illegal Erzeugnisse an profaschistische und rassistische Regimes sowie in Spannungsgebiete geliefert. Unlängst ging in Düsseldorf der Prozeß gegen Manager des Konzerns Rheinmetall zu Ende, die viele Jahre lang unter Umgehung des Gesetzes MGs, Kanonen und Munition nach Lateinamerika, in den Nahen Osten und in besagte RSA exportiert hatten. Doch die Rheinmetall ist ein privates Unternehmen. Die Kieler Werft aber gehört zu 75 Prozent dem staatlichen Salzgitter-Konzern, die übrigen 25 Prozent der

Aktien sind in Händen der Regierung des Bundeslandes Schleswig-Holstein. Kontrolliert werden die staatlichen Betriebe vom Bundesfinanzministerium, dessen Vertreter dem Aufsichtsrat der Werft angehört. Hätten sich die Leiter der Werft zum Verkauf der Zeichnungen entschließen können, ohne sich der Unterstützung von oben versichert zu haben? Ist ihnen ja wohl bekannt, daß Waffenlieferungen an das Rassenregime durch eine auch für die BRD verbindliche UNO-Resolution, durch Beschlüsse der EG sowie durch Gesetze der BRD selbst verboten sind.

Licht in diese dunkle Angelegenheit brachte unerwartet der bayrische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. In einem Interview für „Bild“ teilte er mit, gerade an ihn habe sich der RSA-Botschafter in Bonn mit der Bitte gewandt, den Kauf bundesdeutscher U-Boote zu fördern (anfangs war die Rede nicht von Zeichnungen, sondern von Fertigerzeugnissen). Strauß seinerseits habe diese Frage mit Bundeskanzler Kohl erörtert und letztlich eine „positive Antwort“ erhalten.

Nach der sensationellen Erklärung von F.J.S. wurde in Bonn sofort eine Pressekonferenz einberufen. Der Chef des Bundeskanzleramts, Wolfgang Schäuble, versuchte, die „positive Antwort“ Kohls so zu interpretieren, dieser habe sich angeblich nur bereit erklärt, die Frage zu „prüfen“ (als ob von

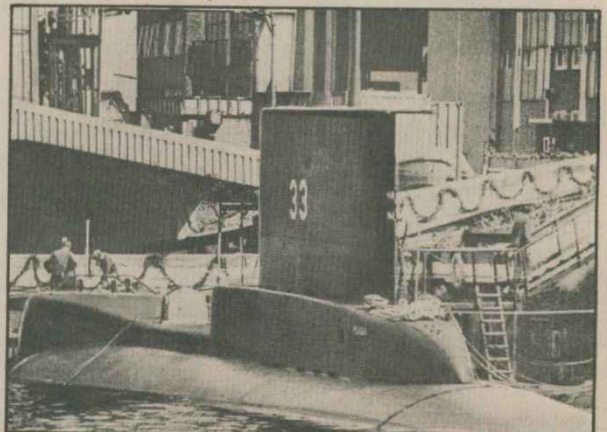
Anfang an nicht klar gewesen wäre, daß das Gesetz einen derartigen Handel mit der RSA untersagt). Eine offizielle Erlaubnis für die Lieferung von U-Booten oder der diesbezüglichen technischen Dokumentation an die RSA habe die Regierung, wie Schäuble erklärte, nicht gegeben. Doch wie Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg am gleichen Tag eingestand, wußte die Regierung bereits im Sommer v. J., daß die Zeichnungen doch an die RSA gegangen waren. Stoltenberg beauftragte sogar die Finanzbehörden Schleswig-Holsteins, den Fall zu untersuchen. Diese Untersuchung läuft bis heute...

Haben also die Werffleiter doch auf eigenes Risiko gehandelt?

Die Fakten, die bereits nach Schäubles Pressekonferenz bekannt wurden, widerlegen diese Version. Die Zeitungen veröffentlichten ihnen zugespielte Dokumente, die beweisen, daß das Bundeskanzleramt gut informiert über den geplanten Handel war und ihn förderte. Am 23. Juli 1984 hatte der damalige Chef des Amtes, Waldemar Schreckenberger, in einem Telefongespräch mit einem Leiter der Firma empfohlen, „mit den Arbeiten zu beginnen“, wobei er auf die „Interessiertheit“ von Kohl und Strauß verwies. Eine offizielle Erlaubnis, versicherte Schreckenberger seinem Gesprächspartner, werde nach Ende der Parlamentsferien erteilt. Einige Zeit nach diesem

Heimliche U-Bootlieferung in die RSA...

Foto aus: „Der Spiegel“ (BRD)



Gespräch wurden die U-Boot-Zeichnungen einem RSA-Vertreter übergeben. Warum hätten eigentlich die Firmenleiter an Versicherungen des engsten Mitarbeiters des Kanzlers zweifeln sollen? War es ihnen ja früher gelungen, die Erlaubnis für ebenso dubiose Geschäfte zu erlangen — so für die Lieferung von U-Booten an den chilenischen Diktator Pinochet.

Und dann das Datum des Gesprächs — der 23. Juli 1984. 7 Wochen zuvor, am 5. Juni 1984, hatte Bundeskanzler Kohl den Anführer der RSA-Rassisten, Pieter Botha, empfangen, den die Bundesregierung trotz Protesten der Öffentlichkeit zu einem offiziellen Besuch nach Bonn eingeladen hatte. Ob nicht bei diesem Gespräch auch der Plan für die Lieferung der technischen U-Boot-Dokumentation an die RSA erörtert wurde? Zumindest äußerten Oppositionsvertreter im Bundestag gerade eine solche Vermutung.

Der Skandal ist noch lange nicht vorbei. Auf Initiative der Grünen und der Sozialdemokraten wurde ein Untersuchungsausschuß des Bundestages mit der Ermittlung aller Umstände des schändlichen Handels mit den Rassisten betraut. Der Ausschuß wird klären müssen, welche Rolle dabei der Kanzler und andere führende Koalitionspolitiker spielten. Warum wurden diejenigen, die das Gesetz direkt verletzten — die Firmenleiter und diejenigen, die an dem Geschäft verdient haben — nicht zur Verantwortung gezogen? Diese Fragen erinnern an jene, mit denen sich jetzt der zur Untersuchung der "Irangate"-Affäre eingesetzte Senatsausschuß in Washington befaßt...

Unterdes haben die Rassisten offenbar bereits mit dem Bau der U-Boote nach bundesdeutschen Blaupausen begonnen. Anfang des Jahres kündigte ein führender Fachmann der Kieler Werft und setzte sich in die RSA ab. Nach Meinung von Kollegen ist gerade er derjenige, der die Produktion nach den in der BRD erworbenen technischen Unterlagen organisieren kann.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

Bonn

LIBANON

Lager-Krieg

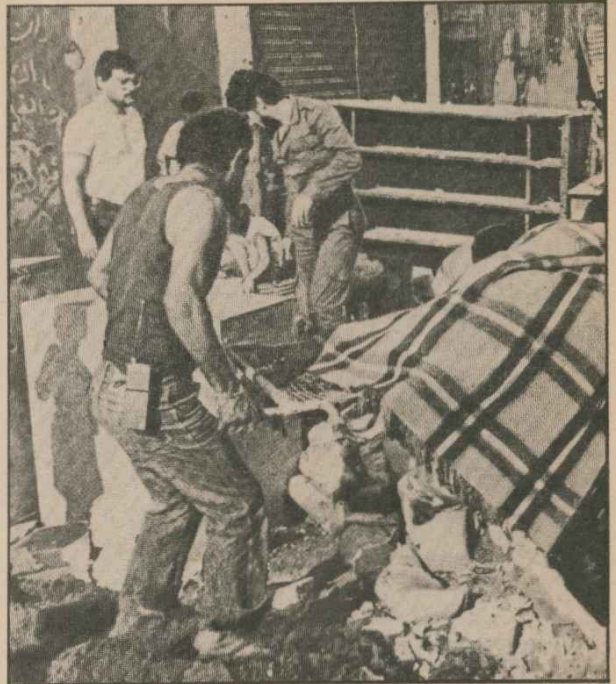
• DIE ISRAELISCHE LUFTWAFFE BOMBARDIERT IMMER WIEDER PALÄSTINENSISCHE FLÜCHTLINGSLAGER IN LIBANON.

Ein Angriff (der 19. in diesem Jahr) wurde am 15. Dezember verübt. Gleichzeitig startet Tel Aviv noch härtere Strafoperationen gegen die palästinensische Bevölkerung der okkupierten Gebiete (Westufer des Jordan und Ghaza-Sektor).

Die Situation wird für die palästinensische Bewegung um so schwerer, als ihre Lager in Libanon schon seit fast zwei Monaten auch von Bodentruppen angegriffen werden.

Konflikte mit der Palästinensischen Widerstandsbewegung (PR) sind in Libanon nichts Neues, aber wohl noch nie waren sie so scharf wie jetzt, wo sie sich zu einem richtigen Blutvergießen auswachsen. Ausgetragen werden solche Konflikte zwischen den Milizen der Schiitenbewegung „Amal“, die von einigen Einheiten der libanesischen Armee unterstützt wird, und den Palästinensern. Gekämpft wird in der Nähe der palästinensischen Flüchtlingslager: in Südlibanon und in den Vororten Westbeiruts. Dabei kommen schwere Geschütze und Panzer zum Einsatz.

Wie die arabische Presse meldete, griff eine Gruppe Bewaffneter in der Nacht zum 23. Oktober die „Amal“-Stellungen unweit von Tyr an. Ein Kilometer weiter liegt das palästinensische Lager Rashidia. Unter den „Amal“-Leuten gab es Tote und Verwundete. Die libanesischen Zeitungen „L'Orient - Le Jour“, „Al-Liwa“ u. a. teilten unter Berufung auf nichtbenannte „Amal“-Vertreter in Beirut mit, daß den Angriff israelische Marineinfanteristen unternommen hatten, die von Gummibooten aus an der Küste ausgesetzt worden waren. Nach dieser aggressiven Operation kehrten sie auf gleichem Wege zu israelischen Schnellbooten zurück, die in libanesischen Gewässern kreuzten.



Rashidia-Lager: Tägliche Opfer

Foto aus der palästinensischen Zeitschrift "Al-Khadaf"

Trotzdem schob die „Amal“ den Angriff in einer amtlichen Erklärung den Anhängern Yasser Arafats in die Schuhe, nämlich den Palästinensern, die sich in Rashidia befinden. Zuerst griffen die „Amal“-Leute dieses Lager an, dann entbrannten heftige Kämpfe zwischen ihren bewaffneten Truppen und der PR auch um andere palästinensische Lager, die man blockieren will. Mitte Dezember erreichte die Zahl der Getöteten beinahe 500, die der Verwundeten beinahe 1500. Versuche, die dortigen „Entflechtungskräfte“ zwischen die Konfliktseiten zu schieben, blieben erfolglos. Die Feuer-einstellung, die von Zeit zu Zeit bekanntgegeben wird, scheitert meistens.

Ebenso wirkungslos war das von den patriotischen Kräften Libanons ausgearbeitete Abkommen über die Einstellung des Blutvergießens. Wie Hussein Fadlallah, der geistige Führer der Schiitenpartei „Hezbollah“, erklärte, könne in Libanon beim Abschluß solcher Abkommen niemand den Befehl über ihre Ausführung erteilen. So kam es auch: Es wird weiter gekämpft.

Außerdem sind einige libanesischen politische Gruppierungen überhaupt gegen die Präsenz bewaffneter Palästinenser in Libanon: Das könne das Land wieder zum Opfer einer israelischen Aggression machen, ganz wie 1982.

Demnach sehen sich die Palästinenser erneut in einer dramatischen Lage. Menschen, die dazu auffordern, Libanon von ihrer Anwesenheit zu befreien, können die Hauptfrage — wohin — nicht beantworten. Zusammen mit ihnen wohnen ja ihre Angehörigen, darunter Kinder. Die arabischen Nachbarländer sind nicht bereit, sie bei sich aufzunehmen, und die Heimat ist von den Zionisten okkupiert.

Eine Abrüstung der Palästinenser? Aber kann man von diesen Menschen, die die Hölle von Sabra und Shatila durchgemacht haben und ununterbrochen von Israel und der israelischen Agentur angegriffen werden, denn erwarten, daß sie sich in einer solchen Umgebung wehrlos ausliefern?

Noch verwickelter ist die Lage der Palästinenser deshalb, weil es in den Reihen

ihrer anerkannten Vorhut, der PLO, keine Einheit gibt.

Der gegenwärtige Bruderkrieg gießt Wasser auf die Mühle des Imperialismus und des Zionismus, dieser schlimmsten Feinde der arabischen Nation. Die palästinensischen Kämpfer stehen somit im Wortsinne zwischen zwei Feuern. Es sieht so aus, daß die jetzige Runde der palästinensischen Tragödie ebenfalls von israelischen Diversanten provoziert wurde.

D. SGRSKI



Junge Kanaken, entschlossen, ihr Land unabhängig zu machen

Foto: "Paris-Match"

SÜDPAZIFIK

Rarotonga:

Paris

ist

dagegen

● NACHDEM AUSTRALIEN AM 11. DEZEMBER ALS ACHTES LAND DIE RATIFIKATIONSURKUNDE DES VERTRAGES ÜBER EINE KERNWAFFENFREIE ZONE IM SÜDPAZIFIK (RAROTONGA-VERTRAG) HINTERLEGT HAT, TRITT ER VOLL IN KRAFT

Dieser von 13 Teilnehmerländern des Südpazifik-Forums 1985 erarbeitete Vertrag erklärte den ganzen Südpazifik zu einer kernwaffenfreien Zone. Der Vertrag erläßt das Areal zwischen Äquator und Antarktis. Der grundsätzlich wichtige Schritt bestätigt die politische Reife der Völker und Regierungen dieser Region.

Wie stehen die Kernwaffenmächte zum Vertrag? Am 15. Dezember setzte die UdSSR ihre Unterschrift unter seine

Protokolle 2 und 3, die die Kernwaffenmächte verpflichten, den kernwaffenfreien Status der Zone einzuhalten. Die VR China erklärte, sie unterstütze den Vertrag und sei bereit, ihn einzuhalten. In Washington läßt man sich Zeit. Paris dagegen reagierte nicht nur ablehnend, sondern sogar herausfordernd: Am 11. Dezember, am Tag des Inkrafttretens des Vertrages, führte Frankreich auf dem pazifischen Mururoa-Atoll die 8. Nuklearexplosion in diesem Jahr durch. Insgesamt hat Frankreich dort 81 Explosionen ausgelöst.

Es ist unverkennbar, daß die französische Regierung sich über den Willen der südpazifischen Völker und Regierungen hinwegsetzt, ja dem Problem der nuklearen Abrüstung als Ganzes negativ gegenübersteht. Gleich den USA setzt Frankreich seine Nukleartests trotz des vor 16 Monaten eingeführten sowjetischen Moratoriums fort. Jedes französische nukleare Experiment auf Mururoa ist eine Herausforderung der südpazifischen Völker. Zugleich mit der „zunehmenden Unzufriedenheit mit dem französischen

Kerntestprogramm in Polynesien“ nehme, wie die „Financial Times“ konstatierte, die Entrüstung der Einwohner der Region „über Frankreichs koloniale Präsenz in Neukaledonien“ zu.

Auf Initiative der Teilnehmerstaaten des Südpazifik-Forums nahm die UNO-Vollversammlung am 2. Dezember Neukaledonien mit einer Stimmenmehrheit in die UNO-Liste der Territorien ohne Selbstverwaltung auf, die zu entkolonialisieren sind. Das unveräußerliche Recht der Bevölkerung des Archipels auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wurde bestätigt. Trotz der starken französischen Lobby, schreibt die Zeitschrift „Far Eastern Economic Review“ (Hongkong), finde die Bewegung für die Unabhängigkeit der Kanaken (Urbevölkerung Neukaledoniens) immer größere internationale Anerkennung.

Das Spezifische dieses übrigen an Nickel reichen Archipels besteht darin, daß die Ureinwohner nur 43 Prozent der Bevölkerung ausmachen: ein Resultat der langjährigen Handlungsweise Frankreichs, das die Übersiedlung von

Weißén aus dem „Mutterland“, von Asiaten aus den früheren französischen Kolonien und von Polynesiern der benachbarten Inseln, die sich gegen die Unabhängigkeit wenden, förderte. Unter der Regierung der Sozialisten versuchte Paris, wenn auch nur schüchtern und inkonsequent, den Archipel an die Selbstverwaltung heranzuführen. Nach dem Machtantritt der Rechtsparteien wendete sich diese Politik um 180 Grad.

Der Streit zwischen der französischen Verwaltung und der Nationalen Sozialistischen Befreiungsfront der Kanaken, die die Mehrheit der Urbevölkerung vertritt, geht darum, wer an dem für 1987 geplanten Referendum teilnehmen dürfe. Das Referendum wird über die Zukunft dieses Überseegebiets entscheiden. Wie die schon zitierte Hongkonger Zeitschrift meint, setzt Paris jetzt vor allem auf Unterdrückungsmaßnahmen und sogar Provokationen gegenüber den Kanaken.

Kurzum, Frankreich bezieht eine zunehmend herausfordernde Position zu Problemen, die die südpazifischen Völker bewegen.

A. IGNATOW

Augusto Forti: „Dank Schöpferertum überleben“

Zu den Teilnehmern des in der UdSSR vor kurzem abgehaltenen Issyk-Kul-Förums gehörte Augusto Forti, ein namhafter Wissenschaftler und Vertreter der Öffentlichkeit, Mitglied des Sekretariats und Direktor des Departements Wissenschaft und Hochschulbildung der UNESCO. Er antwortete auf Fragen der „Neuen Zeit“.

Wie schätzen Sie Charakter und Ergebnisse des Issyk-Kul-Förums ein?

Heutzutage treffen sich gewöhnlich Physiker mit Physikern und sprechen miteinander in Formeln, während Maler sich mit Malern über Farbe, Licht usw. unterhalten. Ich finde schon den Gedanken vorzüglich, Vertreter verschiedener Länder und verschiedener Berufe einzuladen, um ihre Rolle in der heutigen Welt und die schöpferischen, das Überleben fördernden Potenzen des Menschen zu diskutieren.

Es kam schon vor, daß Wissenschaftler mit Künstlern eine einheitliche Bewegung bildeten. Ich will Ihnen eine Geschichte erzählen. Anfang unseres Jahrhunderts kamen im Pariser Bistro „Petit Saint-Benoit“ Marie Curie, Natalia Gontscharowa und Michail Larionow einmal zusammen. Marie Curie erzählte den befreundeten russischen Malern von der Entdeckung, die sie eben gemacht hatte und deren Zukunft sie damals nicht einmal ahnen konnte. Wichtig ist dabei, daß sie zuerst ihre Freunde und erst dann die Academie Francaise von ihrer Entdeckung in Kenntnis setzte. Unter dem Einfluß dieser Entdeckung gründeten Gontscharowa und Larionow den „Rayonismus“ in der Kunst. Früher als Wissenschaftler vermochten es die Maler, die gewaltige Bedeutung der neuen wissenschaftlichen Entdeckung zu erfassen. Larionow malte sogar einige Bilder, um das Leben in der Zukunft, modifiziert unter der Einwirkung der wunderbaren Strahlen, darzustellen.

Besonders gut war also, daß sich auf dem Forum am Issyk-Kul Wissenschaftler, Maler, Schriftsteller, Schauspieler, Philosophen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sämtlich über das Schicksal unseres Planeten besorgt, versammelten. Heute kann eigentlich keiner

von uns völlig von den anderen isoliert leben und wirken, ebensowenig wie sich die verschiedenen Wissenschaften isoliert entwickeln können. So nähert sich die Physik immer mehr der Biologie und beschäftigt sich immer mehr mit dem Menschen. Im Grunde wird die Physik also zunehmend zu einer humanitären Wissenschaft.

Als Wissenschaftler befrage ich fortwährend die Welt. Wenn ein Wissenschaftler neue Gesetze entdecken möchte, zieht er alle vor ihm entdeckten Gesetze ständig in Zweifel. Man kann nicht vorankommen, ohne Erreichtes zu bezweifeln. Doch befriedigen mich kleine elektronische Spielereien, die nur heute von einigem, morgen aber von keinem Wert sind, absolut nicht. Die Wahrheit liegt nicht in der Elektronik. Der Mensch kann nur dank seinen schöpferischen Fähigkeiten, seinem immanenten Bedürfnis nach Schaffen überleben und die Welt umgestalten. Im Tierreich gibt es weit organisierte Wesen als die Menschen, z. B. die Biene. Doch können selbst hochorganisierte Einrichtungen des Menschen ihm kaum zu einer glücklichen Zukunft verhelfen. Dagegen bremst die Vorherrschaft der Bürokratie die schöpferischen und aufbauenden Möglichkeiten, die dem Menschen schon immer halfen, Naturkatastrophen und von anderen Menschen verursachte Katastrophen zu überwinden.

Heute sinnt der Mensch immer häufiger über sich selbst, seine Zukunft und die Erde, die sich in den vergangenen Jahrhunderten so sehr geändert hat, nach. Deshalb gefiel mir Aitmatows Ansprache auf dem Forum so sehr. Sie galt nicht vorübergehenden, sondern den ewigen Wahrheiten. Für mich ist Aitmatow ein tief in seiner Erde verwurzelter Mensch. Seine Worte fielen, gewichtig wie Steine. Steine aber leben Jahrmillionen, sie halten einer enormen Belastung von Temperatur- und Kulturgefälle stand. Aitmatow lud uns ein und tat alles, damit wir uns frei und ungezwungen fühlten. Diese Atmosphäre fand ihren Niederschlag im Resultat des Forums. Es ist sehr selten, daß Menschen

aus verschiedenen Ländern, von verschiedenen Berufen, unterschiedlicher Denk- und Lebensweise ein gemeinsames Dokument ausgearbeitet und unterzeichnet hätten. Dieses Dokument gibt unserer gemeinsamen Sorge um unsere Zukunft Ausdruck.

Unsere Zukunft! Oder die kommenden Generationen!

Auch die unsrige. Ich lebe sehr gern, möchte lange leben, mindestens hundert Jahre. In Kirgisien schenkte man uns einen wundervollen Kräuterbalsam, doch glaube ich, daß das wichtigste Lebenselixier die Menschenliebe ist. Schauen Sie auf Peter Ustinov, den Teilnehmer unseres Treffens. Er freut sich des Lebens und erfreut die Menschen um sich.

Doch müßte man für unsere Bewegung, die am Issyk-Kul entstanden ist, auch jüngere Menschen gewinnen. Wer sollte auch die Zukunft erörtern und daran bauen, wenn nicht junge Menschen? Sie mögen wenig Lebenserfahrung und nicht die Weisheit unserer Generation haben, aber sie sind schöpferisch aktiv - ein Attribut vor allem der Jugend.

Wahrscheinlich trafen Sie nicht wenig alte Freunde auf dem Forum!

Doch, man kann sagen, daß es tatsächlich in der Hauptsache ein Wiedersehen mit alten Freunden war, die neue Ideen ans Ufer des Issyk-Kul gebracht hatten. Gegenwärtig blicken sie mit mehr Hoffnung in die Zukunft als vor 20 Jahren. Jeder von uns begreift: Die Menschen müssen einen Modus vivendi finden und eine einheitliche Sicht auf die Grundfrage der Gegenwart ausarbeiten. Wir sind überzeugt, daß wir die Möglichkeit haben, gemeinsam auf unserer Erde zu leben.

Was ist der Unterschied zwischen Intellektuellen und Politikern? Leider sind nicht alle Berufspolitiker weitsichtig. So denkt ein Politiker wie Reagan nur an die nächsten Wahlen und nicht an die Zukunft der Menschheit. Im Grunde ist Reagan absolut nicht frei, er steht unter dem Druck von Pentagon, Monopolen, Presse usw., und das bestimmt jeweils seine Position.

Unser Weltbild dagegen unterscheidet sich völlig von dem Reagans. Wir können nicht nur dieser Minute leben. Wir können nicht umhin, an unsere Welt in 20, 30, 100 Jahren zu denken. An die Welt, in der, wie wir hoffen, die Menschen ohne die heutigen Schwierigkeiten leben werden. Das Issyk-Kul-Forum demonstrierte ein neues Herangehen an dieses Problem und das neue Denken seiner Teilnehmer, das frei ist von alten und überholten ideologischen und wissenschaftlichen Stereotypen. Es ist Pflicht eines jeden von uns, seinen Stein ins Fundament der Zukunft zu legen.

Der Empfang, den uns Generalsekretär Michail Gorbatschow bereitere, bestätigte uns, daß wir ein gutes Stück Arbeit geleistet und unsererseits zum Ausbau der guten Beziehungen und weiteren Dialoge zwischen den Völkern beigetragen haben.

Es interviewte N. POPOWA

Breschen in der Verteidigung des Weißen Hauses

Der Skandal um die Waffenlieferungen ist nicht mehr zu vertuschen

Der schwarze Fleck des Iran-Skandals breitet sich immer mehr aus im offiziellen Washington. Aus den Kellerräumen des Weißen Hauses, der Residenz der Nationalen Sicherheitsagentur, breitete er sich in die oberen Stockwerke und von da in die staatlichen Institutionen, die so oder so mit der Außenwelt verbunden sind, aus — das State Department, die CIA und das Pentagon. Die Waffengeschäfte mit dem Iran, die anfangs in den Mittelpunkt gerieten, erwiesen sich nur als Katalysator des Prozesses.

Auch etwas anderes verdient Aufmerksamkeit. Nach der anfänglichen Verwirrung und den Versuchen, alles rundweg abzustreiten und so den Skandal noch in seinem Anfangsstadium abzuwürgen, unternahm das Weiße Haus eine Reihe von Manövern. Als die Entlassung von Sicherheitsberater John Poindexter und dessen Mitarbeiter Oliver North nicht half, wurden außerordentliche Maßnahmen ergriffen. Ronald Reagan gestand schließlich "Fehler" bei der Durchführung seiner Iran-Politik ein, worauf zuvor "seine Anhänger bestanden hatten. Ein Ausschuss für die "umfassende Untersuchung" der Rolle und Tätigkeit der Nationalen Sicherheitsagentur wurde eingesetzt, ein Sonderstaatsanwalt für eine "unabhängige" Untersuchung ernannt. Der Präsident seinerseits verspricht, "die Fakten vollständig bekanntzumachen und beliebige erforderliche Schritte zu unternehmen".

Knüppel zwischen die Beine

Offensichtlich wird auf einen weiteren Betrug gesetzt — diesmal bereits an einer besorgten und mißtrauischen Öffentlichkeit. "Seit die Iran-Operation bekannt wurde, hat der Präsident eine Reihe von Etappen zurückgelegt", sagte der NBC-Korrespondent beim Weißen Haus. "Anfangs wollte er diese Meldungen einfach unterdrücken, danach stritt er sie ab, dann suchte er sie zu erklären. Jetzt ist er bemüht, den Iran-Handel zu überleben."

Der Ausschuss zur "Überprüfung" der Sicherheitsagentur wird nur einen weite-

ren Bericht offerieren, der dann zu den Akten gelegt werden kann. Die Ernennung eines Sonderstaatsanwalts soll dem Publikum nur weismachen, daß alle Geheimgeschäfte publik gemacht würden. Zudem kann die Administration unter diesem Deckmantel die Untersuchung, die bereits von Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses eingeleitet wurde, in Zweifel ziehen oder behindern. Unterdes enthält das Gesetz über Ethik in der Regierung (1978), auf dessen Grundlage der Staatsanwalt eingesetzt wurde, unzählige Einschränkungen und Vorbehalte, die eine unvoreingenommene Untersuchung praktisch unmöglich machen. Zumindest agierten alle sechs Sonderstaatsanwälte, die bisher berufen wurden, unter strikter Geheimhaltung und führten nie Hearings durch. Es besteht kein Grund für die Annahme, daß diesmal gegen eine solche Praxis verstoßen wird. Bezeichnenderweise erklärte ein Berater des Justizministers: "Wir wollen keinen weiteren zu Fall gebrachten Präsidenten sehen."

Genauso steht es um das Versprechen, mit dem Kongreß zusammenzuarbeiten, um die "Fakten vollständig bekanntzumachen". Die Administration weigert sich, unter Hinweis auf die Privilegien der Exekutive zusätzliche Informationen zu geben. Was die Aussagen einzelner Personen, die in den Skandal verwickelt sind, angeht, so erklärte der Sprecher des Präsidenten zu der Vorladung von Poindexter, North und dem Ex-Sicherheitsberater Robert McFarlane vor den Kongreß: "Wir haben sie darüber informiert, daß wir keine Einwände dagegen haben, wenn sie vor dem Ausschuss unter Berücksichtigung der Empfehlungen ihrer Privatanwälte und entsprechend ihren verfassungsmäßigen Rechten, unter Berücksichtigung des 5. Amendments zur Verfassung aussagen." Dieses Amendment erlaubt es zu schweigen, heißt es ja dort u.a.: "Niemand darf gezwungen werden, gegen sich selbst in einem Strafprozeß auszusagen." Poindexter, North und General a. D. Secord weigern sich, beliebige Fragen zu beantworten, wobei sie gerade auf das 5. Amendment verweisen.

Kurz gesagt wird eine Mauer errichtet, die die Untersuchung des Skandals im

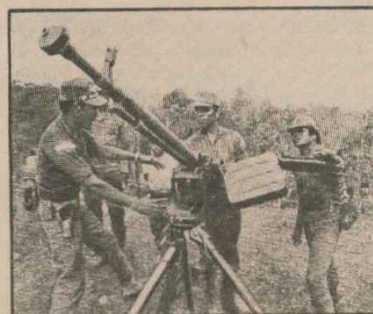
Kongreß verhindern soll. Wenn man bedenkt, daß es Poindexter und North gelungen ist, einen "Haufen von Geheimdokumenten" zu vernichten (wie die "New York Times" bemerkte, "hat die jetzige Administration aus Watergate nur die Lehre gezogen, daß die Tonbänder verbrannt werden müssen"), stellt sich die Frage: Retten die Ausführenden geheimer und gesetzwidriger Operationen nur ihre eigene Haut?

Zugleich wird eine Gegenoffensive versucht. Ronald Reagan selbst gab den Startschuß, als er Oliver North einen "nationalen Helden" nannte. Viermal bat der Präsident die Führer der Republikaner im Kongreß zu sich, um deren Unterstützung zu erlangen, und erhielt sie. Er versucht die Aufmerksamkeit von der Regierungskrise abzulenken, indem er die Existenz "vieler anderer uns beunruhigender Probleme" (was bekanntlich der Wahrheit entspricht) betont. Der Justizminister ruft alle Kabinettsmitglieder zum Schulterschuß mit dem Präsidenten auf, wobei vor allem die eingeleitete Untersuchung im Kongreß gemeint ist. Patrick Buchanan, Direktor der PR-Abteilung des Weißen Hauses und Hauptverfasser der Präsidentenreden, läßt sich über ein Thema aus, das er so formuliert hat: "Niemand hat den Befehl gegeben, das Reagan-Schiff zu verlassen." "Es geht nicht darum, ob der Buchstabe des Gesetzes verletzt wurde oder nicht", verkündet er, "sondern darum, ob wir den Kommunismus in Mittelamerika stoppen werden oder nicht."

Es sei bemerkt, daß die Plötzlichkeit der Enthüllung und die Ausmaße der gesetzwidrigen Operationen die Spitzen des Kongresses und die Führung beider Parteien völlig unvorbereitet antrafen. Noch unlängst hatten die Republikaner ihrer Partei den zentralen Platz im politischen Leben der USA mindestens bis zum Ende des Jahrhunderts vertrieben. Heute ruft ihr Führer im Senat, Robert Dole, dazu auf, so schnell wie möglich die Krise zu lösen, "solange die Aussichten der Partei bei den Wahlen von 1988 noch nicht endgültig untergraben sind". Ihrerseits haben es die Demokraten nicht eilig, mit ihrem politischen Gegner abzurechnen, da sie Angst haben, die Grundfesten der politischen Ordnung zu erschüttern. "Wir alle müssen dem Präsidenten helfen, das Vertrauen zu unserer Außenpolitik wiederherzustellen", sagte der demokratische Senator Sam Nunn. "Wir haben keine andere Wahl. Wir können uns nicht zwei Jahre lang einen Präsidenten erlauben, dessen Möglichkeiten begrenzt sind."

Nichts ist so fein...

Der Vertrauensschwund zum Weißen Haus ist tatsächlich beachtlich. Im Lande selbst zeugen davon die für den Präsidenten katastrophalen Meinungsumfragen. Die Entsendung von zugleich drei der wichtigsten Vertreter der Administration — des Verteidigungs-, des Außen- und des Justizministers — nach Westeuropa zeugt davon, daß die Vertrauenskrise weit über die USA hinaus um sich gegriffen hat. All das erklärt, daß man bestrebt ist, den Skandal, wenn schon nicht abzuwürgen, dann ihn



Hawk-, Tow- und Flakraketen — so sieht die "diplomatische Initiative" des Weißen Hauses im Iran und in Nikaragua in Wirklichkeit aus.

Fotos aus: "Der Spiegel" (BRD) und "Time" (USA)

doch zumindest zu lokalisieren, die Schuld auf drittrangige Personen abzuwälzen und keine neuen Informationen durchsickern zu lassen. Bislang gelingt das mehr schlecht als recht und wirkt ausgesprochen hilflos. Zu groß ist das Ausmaß der gesetzwidrigen Operationen, die offensichtlich über ein Dutzend Länder erfaßt und Dutzende von Ausführenden beschäftigt haben.

Unterdes führten die Vorgänge der letzten Tage dazu, daß neue Breschen in der Verteidigung des Weißen Hauses auftauchten.

Robert McFarlane sagte hinter verschlossenen Türen im Senatsausschuß für die Nachrichtendienste aus. Nichtsdestoweniger bewirkte er eine Sensation, als er mitteilte, der Präsident persönlich habe die Waffenlieferungen an den Iran über Israel gebilligt. Ronald Reagan selbst und der Justizminister hatten bislang immer wieder behauptet, der Präsident habe von dem Handel erst nachträglich erfahren und habe keine direkte Beziehung zu ihm.

Nicht ohne Überraschungen ging es auch bei den Hearings im Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses ab. George Shultz erklärte immer wieder, er habe nichts gewußt. Diese Position sollte erschüttert werden, als bekannt

wurde, daß sich Shultz persönlich an den Sultan von Brunei mit der Bitte gewandt hatte, einige Millionen Dollar für die Contras zu spenden, und dessen Zustimmung erhielt. Shultz aber nannte die "Waffenlieferungen und die Weiterleitung der Mittel an die Contras ungesetzlich". Und obgleich er schon am nächsten Tag seine Worte zurücknahm, weil man angeblich "keine übereilten Schlüsse ziehen" sollte, ist es doch das erste Eingeständnis eines Offiziellen, das das Wesen der Operation charakterisiert. Ebenso nannte er als erster einen weiteren Beteiligten der Waffengeschäfte — Luftwaffengeneral a. D. R. Secord. In diesem Zusammenhang schrieb die "New York Times": "Anfang 1985" (d. h. lange vor den Ereignissen, die offiziell eingestanden wurden — die Red.) "hatte General Secord einem seiner Bekannten zufolge Gäste bei sich zu Hause. Der Abend wurde durch einen Anruf unterbrochen, wie ein Familienmitglied sagte, von Präsident Reagan. General Secord entschuldigte sich und sagte, er müsse sich in das Weiße Haus zum Präsidenten begeben."

Wie sich herausstellt, geht die Uninformiertheit des Außenministers so weit, daß er sogar über die Tätigkeit von Mitarbeitern seines Ministeriums nicht informiert war. Wie bekannt wurde, war der US-Botschafter in Libanon unmittelbar an der Iran-Operation beteiligt, hielt dabei geheim Verbindung zur Nationalen Sicherheitsagentur. Auch der US-Botschafter in Kostarika hatte direkt mit der Organisation von Waffenlieferungen zu tun — diesmal an die Contras. Ebenso wie der Botschafter in El Salvador, ganz zu schweigen von den dortigen US-Militärbesatzern.

All das erweitert bedeutend den Kreis der offiziellen Vertreter, die in die ungesetzlichen Geschäfte verwickelt sind. Andererseits erklärte ein NBC-Korrespondent zu derartigen Aktivitäten unter Hinweis auf den US-Botschafter in Libanon: "Diejenigen, die viele Jahre mit ihm zusammengearbeitet haben, sagen, es gebe nur einen Umstand, unter dem er in die in höchstem Grade strittige Geheimoperation, die hinter dem Rücken des Außenministers durchgeführt wurde, hätte verwickelt sein können — ein direkter, klarer Befehl des Präsidenten."

William Casey, der auf die meisten Fragen mit einem stereotypen "Ich weiß das nicht" antwortete, rief bei den Senatoren Gelächter hervor. Den gleichen Kurs aber verfolgt das Weiße Haus: "Der CIA-Direktor wußte nichts von der Iran-Operation", erklärte der stellvertretende Pressesprecher, Larry Speakes, nach den Hearings. Unterdes unterzeichnete Casey ein Dokument, das die Waffenlieferungen an den Iran im November 1985 sanktionierte (bevor der Präsident die ganze Operation absagte). Gerade der CIA gehörte das Konto in einer Schweizer Bank zur Finanzierung der Waffenlieferungen an die Contras. Zudem wurden Pressemeldungen zufolge bereits 1985 die ersten diesbezüglichen Mittel bereitgestellt. Eben die CIA wickelte die Kontrakte über Waffenlieferungen an die Contras mit solchen speziell geschaffenen Firmen wie dem American Management oder der Lake Resources ab, die in einer Schweizer Bank ein Konto hatten.

Hauptakteure

Ihrerseits waren all diese Regierungsinstitutionen — CIA, State Department, Pentagon und die Vereinigten Stabschefs — im "Ausschuß 208" vertreten, einer interministeriellen Gruppe, die von der jetzigen Administration speziell zur Planung von Geheimoperationen in Mittelamerika, Afrika, im Nahen Osten und in Asien gebildet wurde. Der CBS-Korrespondent meldet, daß Pentagon und CIA bereits im Juni 1983 vereinbart hatten, Waffenlager für den Fall anzulegen, daß der Kongreß beschließt, die Hilfe an die Contras einzustellen (das geschah dann auch). Der Plan mit der exotischen Bezeichnung "Elefantenkopf" wurde vom Präsidenten gebilligt. Interessanterweise entspricht der Wert dieser Waffen (32 Mio Dollar) der Summe, die offenbar durch die Iran-Geschäfte "erwirtschaftet" wurde.

In den letzten Tagen wurden Forderungen lauter, William Casey und Donald Regan, den Stabschef und "zweiten Mann" im Weißen Haus, zu entlassen. Das Ziel ist dabei das gleiche wie bei der Entlassung von Poindexter und North — die Enden abzuschneiden und mit dem Skandal aufzuräumen. Doch wo ist die Gewähr, daß der Plan gelingt, nicht aber zu einem Vorspiel zu neuen Enthüllungen — bereits auf den höchsten Stufen der Macht — wird? Nicht von ungefähr konnte sich das Nachrichtenmagazin "Newsweek" kürzlich die Feststellung nicht verkneifen: "Und am schlimmsten ist, daß die sich ansammelnden Erkenntnisse immer klarer auf Reagan selbst als auf die treibende Kraft des gesamten unglücklichen Unterfangens hinweisen."

Soweit die Fäden eines überaus verwickelten Knäuels. Dahinter aber steht eine Politik, gegründet auf beispiellosen Zynismus, Lüge und skrupellos schmutzige Methoden, die von den nationalen Gesetzen wie dem Völkerrecht meilenweit entfernt sind. Die Versuche, den Iran-Skandal zu verwischen, sind vor allem darauf gerichtet, diese Politik zu bewahren und das Gesicht der für sie verantwortlichen Administration zu retten. Wurden ja gerade dieser Tage Beschlüsse gefaßt, die demonstrativ die Verbundenheit mit einer Politik der militärischen Stärke unterstreichen. Durch die Bestückung eines weiteren Bombers mit Nuklearraketen wurde der SALT-II-Vertrag zur Seite geschoben, ein weiterer Kernwaffentest, der 24. seit dem sowjetischen Moratorium, erfolgte. Amerikanische Hubschrauber und Besatzungen nahmen an dem Transport von Militärausrüstungen und Soldaten aus Honduras an die nikaraguanische Grenze teil. Keinerlei Veränderungen wird es geben, heißt es in Washington, auch wenn man uns zwingen wird, Methoden zu verurteilen, wird die Politik selbst unverändert bleiben.

... Unterdes ereignen sich ungewöhnliche Dinge. Ein kleines Beispiel: NBC setzte eine für Februar geplante Sendung zum 76. Geburtstag des Präsidenten ab. Wie es heißt, will die TV-Gesellschaft nicht, daß die Fernsehzuschauer sie mit Ronald Reagan assoziieren.

J. GUDKOW

Ein sicherer Schild

Armee general Juri MAXIMOW, Oberbefehlshaber der strategischen Raketruppen und stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR, informiert in folgendem Interview über einige Aspekte der sowjetischen Militärdoktrin.

Der Morgen, an dem ich von General Maximow empfangen wurde, begann wie gewöhnlich mit einem Lagebericht des Befehlshabers der diensthabenden Gefechtsbesatzung. Er antwortete kurz: "Zur Kenntnis genommen. Fahren Sie im Dienst fort."

Er war an jenem Tag von einer Reise zu Truppenteilen zurückgekehrt, deren Einsatzbereitschaft und Ausbildung er überprüft hatte. Auf seinem Tagesplan standen drei Besprechungen mit dem leitenden Kader der Verwaltung Raketruppen über die Ergebnisse der Inspektion in Truppenteilen. Die Tagespflichten sämtlicher Soldaten, Sergeanten, Offiziere und Generale sind dieselben, sie haben die enorm schlagkräftigen Kernwaffen in steter Gefechtsbereitschaft zu halten, so daß die Treffsicherheit der Schläge gegen Objekte eines eventuellen Gegners unter beliebigen Umständen gewährleistet ist. Die Raketruppen stehen wie unsere Grenzer rund um die Uhr im Diensthabenden System. Nur sind hier die Anspannung und Verantwortung besonders groß.

Die strategische Rakete ist sowohl ihrer Struktur als auch ihrem Funktionieren im Flug nach ein komplizierter Mechanismus. Ihr Aktionsradius ist so gut wie unbegrenzt, und ihr Einsatz ist von Wetter, Tages- und Jahreszeit unabhängig. Je perfekter dieses strategische System und je besser die Kampfausbildung der Raketruppen ist, desto zuverlässiger können sie ihrer Aufgabe gerecht werden.

Jede strategische Rakete hat eine Steuerungszelle, in der sich ihr Gehirn, das Gerät zur Steuerung auf drei Ebenen der Flugbahn — aufwärts-abwärts-Längsneigung, rechts-links-Gieren und Querneigung—Drehung um die Längsachse — befindet. Für einen präzisen Flug muß die Bedienung Arbeiten laut Reglement durchführen: Sie muß prüfen, ob die Aggregate und Systeme der Rakete sowie ihrer Startanlage intakt sind. Mit dieser Sorge für die Startbereitschaft der Rakete erinnert die Bedienung an die

technischen Bodendienste auf einem Flugplatz, ohne die kein einziges Kampfflugzeug startet. Zum Alltag der Raketruppen gehört es, die Bodenausrüstungen, die die Treffgenauigkeit gewährleisten, in tadellosem Zustand zu erhalten und Übungsstarts, bei denen das Funktionieren sämtlicher Systeme wie auch sämtlicher Dienste durchgespielt wird, mustergültig auszuführen.

Man kann die Führung der strategischen Raketruppen auch deren Herz nennen. Darum lautet meine erste Frage an ihren Oberbefehlshaber:

Was macht Ihnen Sorgen?

Die hartnäckigen Bemühungen der USA, die militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen und sich die Möglichkeit zu einem straflosen nuklearen Erstschatz gegen unser Land zu verschaffen.

Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, die strategische nukleare Parität aufrechtzuerhalten. Darin sehen wir — ich meine die Raketruppen — eine unserer wichtigsten Aufgaben. Wir dürfen eine Überlegenheit über uns nicht zulassen, weder eine militärisch-technische noch eine im Hinblick auf die Gefechtsbereitschaft und die Ausbildung der Mannschaften. Daran arbeiten wir.

Was garantiert die Zuverlässigkeit der strategischen Systeme?

Vor allem ihre hohe Gefechtsbereitschaft und ihre Fähigkeit, unter beliebigen Umständen die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen, d. h. eine wirksame Gegenwehr in beliebigen Richtungen zu gewährleisten, in denen sich die strategischen Waffen des Gegners entwickeln mögen, auch für den Fall einer Ausführung des SDI-Programms.

Unser Land ist dafür, daß die Massenvernichtungswaffen liquidiert werden und daß man das Kampfpotential in vernünftigen Grenzen hält. Art und Höhe dieser Grenzen werden aber nach wie vor durch die Haltung und Stellungnahme der USA sowie ihrer Blockpartner limitiert. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU wurde fol-

gendes gesagt: "Unter solchen Umständen sagen wir immer wieder: Auf größere Sicherheit erhebt die Sowjetunion keinen Anspruch, eine geringere wird sie nicht hinnehmen."

Welche Rolle spielt der Mensch, der die modernen automatischen Lenksysteme wartet?

Je komplizierter eine Waffe, je automatisierter ihre Lenkung ist, desto größer ist die Rolle, die der Mensch dabei spielt. Es geht hier nicht so sehr um ein höheres Niveau der Kenntnisse und Eignungen der Militärexperten.

Die automatischen Systeme haben die Waffensteuerung außergewöhnlich beschleunigt und zugleich in höchstem Grade kollektiv gemacht, so daß die Erfüllung einer Gefechtsaufgabe vom Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen Soldaten, Sergeanten, Offiziers und Generals abhängt. Deshalb sind in erster Linie die Menschen, die Bedienungen für alles entscheidend.

Alles ist jetzt auf die Elektronik umfunktioniert. Was bleibt dem Oberbefehlshaber zu tun?

Die Raketruppen bestehen aus Menschen und Technik. Die Elektronik ist ein Teil der zur Ausrüstung der Truppen gehörender Technik. Sie kann unter Umständen helfen, rasch Informationen einzuholen, zu untersuchen und zu verwerten sowie Beschlüsse fundierter zu begründen.

Doch ist sie außerstande, die mannigfaltigen Aufgaben zu berücksichtigen, besonders bei der Ausbildung und Erziehung der Mannschaften, bei ihrer Unterweisung an neuen, komplizierten technischen Kampfmitteln sowie bei deren Wartung und Einsatz und vor allem den Umständen entsprechende richtige Entscheidungen zu treffen. Also wird die Rolle des Menschen, auch des Oberbefehlshabers, durch den Einsatz der Elektronik nicht geringer.

Die strategischen Truppen treten ins 27. Jahr ihres Bestehens. Bitte einen Kommentar zu ihrer Entwicklung.

Die Aufstellung der strategischen Raketruppen war eine zwingende Notwendigkeit und hatte den einen Zweck, einen dritten Weltkrieg zu verhüten.

In den 26 Jahren ihres Bestehens sind sie das geworden, was sie jetzt sind: ein sicherer Schild unseres Vaterlandes. Sie verfügen über höchst präzise interkontinentale Raketen, solche mittlerer Reichweite, Startvorrichtungen mit hoher Überlebensfähigkeit sowie ein höchst zuverlässiges automatisches Gefechtsführungs- und Nachrichtensystem. In diesen Jahren hat die Ausbildung der Mannschaften ein unvergleichlich höheres Niveau erlangt.

Wie fassen Sie das strategische Gleichgewicht auf? Ist es zur Zeit für die absolute Sicherheit unseres Landes ausreichend?

Unter strategischem Gleichgewicht verstehen wir eine ungefähre zahlenmäßige und schlagkräftige Gleichheit der strategischen Waffen der UdSSR und der USA, wie sie zur Wahrung gleicher Sicherheit erforderlich ist.

Ein gleicher Abbau der strategischen Waffen der beiden Länder würde das

Gleichgewicht nicht stören, und wir sind dafür, vorausgesetzt, daß es die Amerikaner nicht darauf anlegen, sich alleinige Vorteile und eine militärische Überlegenheit zu verschaffen.

Wie vertragen sich, Ihrer Meinung nach, die Begriffe Zuverlässigkeit und Unverwundbarkeit der interkontinentalen ballistischen Raketen (ICBM)?

Ihre große Zuverlässigkeit und Unverwundbarkeit in allen Stadien der Vorbereitung zum Start, beim Start und auf dem Flug sind eine unerläßliche Bedingung dafür, daß die Raketenverbände einen Kampfauftrag garantiert erfüllen können. Zur Zeit sind unsere ICBM von ausreichender Zuverlässigkeit und Unverwundbarkeit gegen beliebige Einwirkungen. Wir haben das und die sich verändernden Möglichkeiten eines eventuellen Gegners ständig im Auge.

Wie wird die Unverwundbarkeit unserer ICBM aufrechterhalten?

Durch einen ganzen Komplex organisatorisch-technischer Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer hohen Gefechtsbereitschaft und zu ihrem Schutz am Boden wie auf dem Flug.

Werden unsere ICBM durch das amerikanische "Sternenkriegs"-Programm nicht verwundbarer?

Gewiß, falls wir keine Gegenmaßnahmen treffen sollten. Im Rahmen von SDI können neben der Entwicklung von Elementen der Raketenabwehr Angriffswaffen im Weltraum stationiert werden, die in wenigen Minuten strategische Objekte bei uns, auch unsere ICBM, treffen könnten. Im Grunde genommen wäre das eine neue Komponente der vorgeschobenen strategischen Angriffswaffen der USA im Weltraum über der UdSSR.

Unsere Antwort auf das "Sternenkriegs"-Programm kann bedeutend einfacher und billiger als dieses sein. Auf der Pressekonferenz in Reykjavik sagte Michail Gorbatschow: "Eine Antwort auf SDI wird kommen. Eine asymmetrische,

aber sie wird kommen. Dabei werden wir nicht viel opfern müssen."

Es gibt gangbare Wege dazu, unsere ICBM auch für den Fall, daß SDI realisiert werden sollte, unverwundbar zu erhalten.

Sowjetischen Wissenschaftlern zufolge kann beispielsweise als wirksame Gegenmaßnahme beim Start von

Unser einseitiges Testmoratorium läßt bei der Waffenperfektionierung selbstverständlich gewisse Schwierigkeiten entstehen, aber damit müssen wir uns um des allgemeinen Ziels willen abfinden, das in der Einstellung des Wettrüstens und in der Wahrung des Friedens auf der Erde besteht.

In vollem Einklang mit den ergriffenen Initiativen ist auch die sowjetische Militärdoktrin aufgebaut. Ihre Ausrichtung ist eindeutig die Verteidigung.

Aus den Dokumenten des XXVII. Parteitags der KPdSU

ICBM eine Taktik dienen, die darauf abgestellt ist, die weltraumgestützte Raketenabwehr durch eine frühe Aktivierung, u. zw. einen entsprechend ausgewählten Gegenschlag, zu "erschöpfen". Auch können abwechselnd ICBM und blinde Raketen oder aber ICBM auf verschiedene Flugbahnen gestartet werden... Das alles würde zu einem großen Energieverbrauch der weltraumgestützten Raketenabwehrteile, zur Entladung der Röntgenlaser und der elektromagnetischen Geschütze sowie zu anderen vorzeitigen Schlagkraftverlusten des Raketenabwehrsystems führen.

Außerdem entstehen durch eine Vermehrung der ICBM für das Ortungssystem des Gegners zusätzliche Schwierigkeiten, und dadurch läßt die Wirksamkeit der Abfang- und Lenksysteme der Angriffswaffen weitgehend nach. Ähnlich wirkt auch eine Vermehrung der Raketen Sprengköpfe.

Inwiefern sind die nuklearen Sprengköpfe ohne Nukleartests zuverlässig?

Unsere 30jährigen Erfahrungen mit der Entwicklung und Erprobung nuklearer Gefechtsköpfe bringen uns zu der Überzeugung, daß sie sehr zuverlässig sind.

Die USA brauchen die nuklearen Tests für die Entwicklung grundsätzlich neuer, verheerenderer Munition sowie von Laserwaffen auf Grundlage von Kernexplosionen, von sogenannten nukleargepumpten Lasern. Das ist eine neue Gefahr für den Frieden.

Wird die Überlebensfähigkeit unseres Frühwarnsystems nicht verringert, wenn die USA darangehen, ihr ASAT-System zu stationieren?

Dieses zum Abfangen künstlicher Erdtrabanten auf hohen Flugbahnen bestimmte System reicht an unsere kosmischen Frühwarnapparate nicht heran. Außerdem haben wir noch andere Warnmittel.

Was für strategische Kräfte halten Sie für ausreichend?

Das ergibt sich aus der Militärdoktrin unseres Staates. Für unser Land wird sie nach dem Grundsatz gleicher Sicherheit der UdSSR und der USA bestimmt.

Als Hauptaufgaben im Rahmen der Strategie des "direkten Zweikampfs" zwischen den USA und der UdSSR, die der Pentagonchef im Juni 1981 proklamierte, sind die folgenden festgesetzt: das Erlangen militärischer Überlegenheit über die UdSSR, die Gewährleistung der Kriegsbereitschaft der USA, damit "die UdSSR gezwungen sein wird, ihre Kriegshandlungen zu den Bedingungen der USA bald einzustellen".

Es wird darauf hingewiesen, daß die USA durch Entdeckung "neuer Bereiche der militärischen Rivalität" das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern können.

Ist unter den jetzigen Verhältnissen der strategischen Parität ein entwaffnender Nuklearschlag möglich?

Die USA suchen das dadurch zu erreichen, daß sie ICBM der Type MX stationieren, Pershing-2-Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufstellen, U-Boote mit Trident-2-Raketen bestücken und SDI-Komponenten entwickeln, die sie im Weltraum stationieren wollen. Bei der jetzigen strategischen Parität ist ein entwaffnender Schlag jedoch unmöglich. Beliebige Versuche, eine einseitige Überlegenheit zu erlangen, kann und wird die Gegenseite parieren, und nicht nur durch bloße Aufstockung ihrer Waffensysteme. Beim jetzigen Entwicklungsstand ihrer Wirtschaft ist die UdSSR dazu imstande.

Teilen Sie die Auffassung von nuklearen Offensiv- und Verteidigungstreitkräften!

Sowjetische Raketenbeschützen wachen über das Land und über den Frieden

Foto: TASS



Ich bin der Auffassung, daß die Sicherheit unseres Landes bei einer beliebigen Entwicklung der militärpolitischen Weltlage garantiert ist. Die sowjetische Militärdoktrin ist ausgesprochen defensiv und auf den Schutz vor einem Angriff von außen ausgerichtet.

Was die amerikanische Auffassung von nuklearen Offensiv- und Defensivstreitkräften angeht, so ist diese Teilung, meiner Ansicht nach, nur ganz bedingt berechtigt und dient zur Rechtfertigung des Wettrüstens und zur Erlangung militärischer Überlegenheit.

Bei der Entscheidung über eine Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen steht ihre Teilung in Offensiv- und Defensivwaffen im Widerspruch zu den Bedingungen gleicher Sicherheit.

Was meinen Sie, warum ist SDI illusorisch?

Weil man kein System mit 100prozentiger Sicherheit der Abwehr eines Gegenschlags unserer strategischen Waffen entwickeln kann. Wir machen uns aber keine Illusionen darüber, daß SDI Angriffspotenzen besitzen kann.

Haben Sie eine Kernexplosion gesehen? Welchen Eindruck haben Sie davon? Wie denken Sie über die Zukunft der Menschheit in der jetzigen nuklearen und kosmischen Epoche?

Als Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges brauchte ich nur gewöhnliche Explosionen auf dem Schlachtfeld, in Städten und Dörfern unseres Landes zu sehen, um mir die Schrecken und Opfer eines Kernwaffenkriegs ausmalen zu können. Die überflüssigen Atombombenabwürfe der Amerikaner auf Hiroshima und Nagasaki empören noch jetzt, nach mehr als 40 Jahren, jeden aufrechten Menschen.

Sollte ein Kernwaffenkrieg angezettelt werden, so wird er alle in Mitleidenschaft ziehen, ganz gleich, wo er ausbricht. Heute knüpfen wir unsere Hoffnungen auf eine Zukunft der Menschheit wie nie zuvor an den Friedenskampf.

Die Spannungen zwischen den Nuklearmächten nehmen zu, das Wettrüsten ebenfalls. Gibt es einen Ausweg aus dieser Situation?

Ja, aber nur einen: sich zusammen an den Verhandlungstisch setzen und dabei nicht auf eine einseitige Überlegenheit bedacht sein. Das ist die logische und begreifliche Methode zur Lösung der wichtigsten Probleme, von denen das Schicksal der Menschheit selbst abhängt. Eine Erfüllung der sowjetischen Vorschläge von Reykjavik würde die Lösung dieser Probleme möglich machen.

Welche Rolle weisen Sie den Ihnen unterstellten Truppen bei der Verhütung eines Kernwaffenkriegs zu?

Die strategischen Raketenstruppen werden der Raketen- und Kernwaffenschild unseres Landes genannt. Durch ihre Stärke und hohe Gefechtsbereitschaft, jederzeit den Kernwaffenangriff eines Aggressors abzuwehren, tragen sie dazu bei, die militäristischen Gelüste des Imperialismus in Schach zu halten und einen Kernwaffenkrieg zu verhüten.

**Die Fragen stellte W. OSTROWSKI
(Presseagentur Nowosti)**

EXKLUSIV FÜR DIE "NZ"

In Moskau fand die Tagung der Internationalen Kommission für Umwelt und Entwicklung statt. Die Kommissionsvorsitzende, die Ministerpräsidentin Norwegens, Gro Harlem Brundtland, schrieb darüber einen Beitrag

Wir sind alle Nachbarn

Wir leben auf einem Planeten. Er vereint uns, doch die Menschheit selbst ist entzweit. Die Menschen werden sich zu langsam ihrer Interdependenz bewußt, begreifen zu langsam, daß wir alle nur Nachbarn sind.

Die Erdbevölkerung wächst schnell, noch schneller das Wirtschaftspotential der Staaten. Neue Industriezweige entstehen, die Landwirtschaft verändert sich. All diese Veränderungen zusammen rufen globale ökologische Veränderungen hervor. Die Verschlechterung des Zustandes der Umwelt verengt die Möglichkeiten für die Entwicklung der Zivilisation, bedroht die wichtigsten Lebenssicherungssysteme. Folglich ist der Augenblick für gemeinsames Handeln gekommen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

Die neue Epoche des Wirtschaftswachstums verlangt von den Regierungen verstärkte Aufmerksamkeit für ökologische Probleme. In den meisten Staaten wird heute die Verschmutzung der Luft und des Wassers in Städten und Industrieregionen kontrolliert, wird der Einfluß der Verschmutzung auf die Gesundheit der Menschen, die materiellen Werte und insgesamt auf die Ökosysteme untersucht. In den letzten Jahren wurden einige juristische, organisatorische und technische Maßnahmen zur Kontrolle, zur Senkung, ja sogar Verhinderung dieses Einflusses — eines Symptoms der unrationellen Nutzung der Ressourcen und einer falschen Entwicklungspolitik — verwirklicht.

In vielen Ländern werden abfallarme und -lose Technologien entwickelt, die die Nutzung mineralischer Ressourcen, insbesondere von Erdöl, bedeutend verringern. Die neuen Industriezweige können ökologisch effektiver und ökonomisch konkurrenzfähiger werden. Die Zukunft gehört Industriebetrieben, wo man bereits heute erkennt, daß sich die Sorge um eine reine Umwelt bezahlt macht.

Doch bis heute haben nur wenige Länder tatsächlich Fortschritte bei der Kontrolle der Umweltverschmutzung gemacht. Selbst den reichen Industriestaaten gelang es nicht, mit den angehäuften Problemen fertig zu werden. Ein Großteil der Welt, einschließlich der Entwicklungsländer, leidet unter ständiger und rascher Verschlechterung der Um-

welt — der Ressourcenbasis ihrer künftigen Entwicklung.

Im Oktober 1985 kamen Wissenschaftler aus 29 Ländern in Villach (Österreich) zusammen, um die jüngsten Erkenntnisse über die Existenz von Kohlendioxyd in der Atmosphäre zu erörtern. Das kann zu einer globalen Klimaveränderung bereits zu Lebzeiten der nächsten Generation führen — zum Ansteigen der Temperaturen um einige Grad, was katastrophale Folgen für viele Regionen haben wird.

In letzter Zeit warnten die Wissenschaftler: In der Ozonschicht der Erdatmosphäre gibt es ein großes Loch. Die Entdeckung dieses Lochs über der Antarktis — und es gibt Anzeichen für derartige Löcher über Europa — hat viele Wissenschaftler erschüttert. Die Verminderung der Ozonschicht erlaubt es der

UNSERE AUSKUNFT

Die Internationale Kommission für Umwelt und Entwicklung [WCED] wurde 1983 entsprechend einer Resolution der UNO-Vollversammlung gebildet. Im kommenden Jahr wird die Kommission ihren Bericht über die Perspektiven im Bereich der Umwelt bis zum Jahre 2000 und für die Zeit danach vorlegen. Zu den Aufgaben der WCED gehören: die Untersuchung von Fragen des Umweltschutzes und der Entwicklung, die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen zu deren Lösung; die Einschätzung bestehender und die Ausarbeitung neuer Formen der internationalen Zusammenarbeit.

Der Kommission gehören namhafte Politiker und Experten für Umweltschutz und Entwicklung an.

Das Hauptquartier der WCED befindet sich in Genf, doch ihre Tagungen und Anhörungen führt sie in verschiedenen Teilen der Welt durch, um eine umfassendere Teilnahme von Vertretern aller Weltregionen an ihrer Arbeit zu ermöglichen. Anhörungen fanden bereits in Jakarta, Oslo, Sao Paulo und Ottawa statt.

ultravioletten Strahlung, ungehinderter die Erdoberfläche zu erreichen. Das vermag eine Zunahme von Krebserkrankungen zu bewirken und die Effektivität der Immunsysteme des Menschen zu verringern. Das kann auch die Ernte, die Flora unseres Planeten insgesamt, die Bewohner des Weltmeeres negativ beeinflussen — selbst das Plankton, die Lebensgrundlage der Meeresfauna.

Für die ökologischen Probleme gibt es die vom Menschen gezogenen — politischen oder administrativen — Grenzen nicht. Diese Probleme müssen zum Anliegen aller werden.

Die schädlichsten Industriebetriebe sind in den wohlhabendsten Ländern konzentriert. Doch alle Länder, ob arm oder reich, sind dem gleichen Risiko ausgesetzt. Zudem können viele von jenen, die dieses Risiko teilen müssen, nicht für die eigene Sicherheit sorgen. Die Lehre von Basel — der Brand im Lager des Schweizer Chemiekonzerns Sandoz — hat gezeigt, daß beliebige Umweltschutzprogramme in einem Land durch einen "Störfall" in einem anderen vereitelt werden können.

Nehmen wir z. B. einige Aspekte der Energienutzung. Natürlich ist die Atomenergie eine der wichtigsten Quellen für die Stromerzeugung der Zukunft. Der Expertenrat bei unserer Kommission konstatierte, daß die Entwicklung der Atomenergie zur Lösung des Problems der Produktion ökologisch reiner Energie beiträgt.

Doch die Havarie in Tschernobyl hat den Rat in seiner Meinung bestärkt, daß kein Land Entscheidungen zu Fragen der Energiewirtschaft ohne die gebührende Berücksichtigung der Faktoren der nuklearen Sicherheit treffen darf. Ein Staat kann eine Senkung des Sicherheitsstandes in einem Kernreaktor vornehmen. Doch wenn es zu einer Havarie kommt, werden die radioaktiven Niederschläge vor den nationalen Grenzen nicht haltmachen.

Nach Tschernobyl wurden in Rekordzeit neue Abkommen im Rahmen der IAEA über die Frühwarnung bei Havarien und über gegenseitige Hilfe geschlossen. Das Handeln der UdSSR machte einen positiven Eindruck bei allen IAEA-Staaten.

Unserer Überzeugung nach soll die Umweltpolitik in zwei Richtungen ausgebaut werden.

Erstens muß der Umweltschutz zu einem Bestandteil der ökonomischen Entwicklung in allen Ländern werden. Nicht reagieren und korrigieren, sondern rechtzeitig vorbeugen. Die Ursachen, nicht aber die Symptome heilen.

Zweitens ist die zunehmende internationale ökologische Interdependenz anzuerkennen. Wir nähern uns der Schwelle,



MINISTERPRÄSIDENTIN NORWEGENS GRO HARLEM BRUNDTLAND

Der Vater von Gro Harlem Brundtland, der Arzt Gudmund Harlem, war seinerzeit Minister für Verteidigung, Minister für soziale Fragen. Gro war ebenfalls als Ärztin tätig, wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Ihr erster Regierungsposten war das Ressort des Ministers für Umweltschutz.

1981 wurde sie Ministerpräsidentin, 1986 übernahm sie erneut die Leitung des Kabinetts.

Sie ist die erste Ministerpräsidentin Skandinaviens und die zweite Europas. Gro nahm sieben Frauen in ihr Kabinett auf. "Wir sind acht Frauen und bilden ca. 45 Prozent der norwegischen Regierung", sagt sie mit erkennbarer Genugtuung. "Ich meine, das kann man als politischen Rekord bezeichnen."

Gro hat vier Kinder. Gro liebt die Berge und das Meer, läuft Ski und segelt.

Typisch für Gro ist die Geschichte ihres ersten Arbeitstages als Ärztin. Als sie ins Krankenhaus zurückkam, fragte sie der Direktor, wie viele Patienten sie besucht und wieviel Geld sie mitgebracht habe.

"Ich habe doch kein Geld genommen", antwortete Gro. "Ich dachte, die medizinische Versorgung sei kostenlos."

die nicht überschritten werden darf, ohne das Leben auf Erden zu gefährden. Und internationale Zusammenarbeit ist hier absolut notwendig.

Erfreulicherweise unterstützt die UdSSR einige Ideen unserer Kommission. Michail Gorbatschow sprach auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU von der Notwendigkeit der rationellen Nutzung der Weltressourcen als eines Reichtums, der der ganzen Menschheit gehört. Er betonte auch, daß effektive internationale Regeln für die Erreichung dieses Ziels erarbeitet werden müssen, und rief zur Zusammenarbeit im Weltmaßstab auf.

Die Sowjetunion mißt Fragen der Umwelt, des Kampfes gegen die weitverbreitete Verschmutzung der Luft und der Meere, gegen die Bodenerosion sowie der Erarbeitung abfallarmer Technologien immer größere Bedeutung bei. Die europäischen sozialistischen Länder tun viel für den Naturschutz.

Alle sind sich der Gefahr für die Umwelt bewußt, die die Möglichkeit eines Nuklearkrieges, das Wetrüsten und dessen mögliche Ausdehnung auf den Weltraum in sich bergen. Wir wurden von den in Reykjavik vom Generalsekretär des ZK der KPdSU und vom US-Präsidenten erörterten Aussichten auf einen radikalen Abbau der vorhandenen Nuklearwaffen ermutigt.

Wir alle erkennen unsere Verantwortung für die Verhinderung eines Krieges an. Ich meine, daß wir nicht geringere Verantwortung gegenüber der Umwelt zeigen sollten. Das Verständnis für die gemeinsame Verantwortung für die Umwelt wird uns einen neuen Impuls bei der Suche nach Frieden und Leben geben. In diesem Sinne ist die Arbeit unserer internationalen Kommission ein Schritt auf dem Weg zu diesem großen, doch schwer erreichbaren Ziel.

FORTSETZUNG DES THEMAS

SCHWER, ABER REALISTISCH

Ich habe Ihre Einladung zur Teilnahme an der Diskussion um die "Reise ins 21. Jahrhundert" (NZ 28/86) als Aufforderung an alle verstanden, ihre Meinung zu äußern, denen am Frieden liegt und die mit großer Aufmerksamkeit und auch mit eigenen Beiträgen die politische Entwicklung verfolgen bzw. beeinflussen.

Das 21. Jh. ohne das Damoklesschwert eines nuklearen Holocausts! Welche Potenzen könnten für die Menschheit erschlossen werden... Die Kernenergie, in todbringenden

Waffensystemen angelegt und im 20. Jh. noch eine Destruktivkraft ohnegleichen, wird in gemeinsamem Zusammenwirken von Experten beider Gesellschaftssysteme als eine den Menschen dienende Produktivkraft weiterentwickelt, da eine Geheimhaltung von bestimmten Komponenten nicht mehr notwendig ist. Fragen der Reaktorsicherheit, der Wiederaufbereitung, der Plutoniumwirtschaft oder schließlich der Enddeponie radioaktiver Abfälle können ebenso gemeinsam in Angriff genommen werden, wie Forschungen an der

gesteuerten Kernfusion, deren Beherrschung maßgeblich zur Lösung des weltweiten Energieproblems beitragen würde. Gerade ein so sensibler Bereich wie die Kernenergie setzt Vertrauen zwischen den Partnern voraus. Europa könnte der erste Kontinent sein, auf dem diese Idee Wirklichkeit wird.

Damit all diese guten Absichten im 21. Jh. keine "Science-fiction" mehr sind, muß man bereits heute ernste Absichten hinsichtlich Frieden und Zusammenarbeit an den Tag legen.

Wolfgang TIETZE
Zittau, DDR

illusorische Voraussetzung der militärischen Überlegenheit einen solchen Raum ein in den politischen Doktrinen der USA? Ein Grund ist meiner Meinung nach der unverhüllte Wunsch der Rüstungsindustriellen, die Grundlagen der Volkswirtschaft der UdSSR zu zerrütten, uns wirtschaftlich auszubluten. Ein trügerisches und aussichtsloses Ziel. SDI, der Stein des Anstoßes in Reykjavik, wird von allen abgelehnt, die dem Planeten Frieden wünschen. Ich sehe darin ein wichtiges Ergebnis des historischen Treffens der Spitzenpolitiker beider Großmächte.

B. BOLSCHAKOW
Gebiet Moskau

LESER ALS REPORTER

"Friedensgebot" nannte unser japanischer Leser Ittetsu Morishita seine Aufnahme



GESPRÄCH

ÜBER

DAS WICHTIGSTE

Ich halte es für mehr als zweifelhaft, ob es Ihnen gelingen wird, siegreich aus Ihrem edlen Kampf für die Rettung der Menschheit vor der nahenden atomaren Gefahr hervorzugehen. Es geht nicht darum, ob die Geschichte der USA mit dem jetzigen Präsidenten endet. Für mich ist er der leibhaftige Zynismus, die verkörperte Würdelosigkeit. Er ist weiter nichts, als eine Marionette in den Händen der reichsten und grausamsten Ausbeuter der Welt. Es geht auch nicht darum, einen Präsidenten durch den nächsten zu ersetzen. Wichtig ist doch folgendes: Noch gibt es in der Welt nicht die Kraft, die geeignet wäre, die Denkungsart der Washingtoner Elite auch nur ein wenig zu verändern. Deshalb habe ich Angst, daß die Anstrengungen und der gute Wille der UdSSR zu nichts führen.

Salvador Isern BADENAS
Barcelona, Spanien

Kein Zweifel, daß SDI, noch bevor sie überhaupt praktisch in Erscheinung tritt, ihre imaginäre Unverwundbarkeit eingebüßt hat. Warum nahm diese

Wer glaubte, die Washingtoner Führung würde die in Reykjavik sich bietende Gelegenheit nutzen und ihren Friedenswillen praktisch unter Beweis stellen, sah sich getäuscht. Dabei wurden alle Forderungen des Weißen Hauses erfüllt. Solch weitgehende Vorschläge wie die von Gorbatschow hat es überhaupt noch nicht gegeben. Um sie voll zu würdigen, hätte man sich mal anhören müssen, was die Amerikaner selbst dazu gesagt haben. Poindexter, der ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten, sprach zum Beispiel von erschütternden Vorschlägen, "die unsere Erwartungen bei weitem übertrafen". Deshalb zeugt Reagans "Nein" von tiefen Meinungsverschiedenheiten im Weißen Haus. Man muß sich schon fragen, ob die US-Regierung wirklich Frieden will. Ich schätze, zum gegebenen Zeitpunkt fällt die Antwort negativ aus.

Antonio PAGNOZZI
Neapel, Italien

Herr Gorbatschow glaubte an einen positiven Ausgang der Verhandlungen. Sein Mut gefällt mir. Ich glaube sogar, daß Reagan die wirklichen Absichten der Sowjetunion erkennen wird. Ich mag Amerika genausoviel wie die UdSSR. Das Wettrüsten führt nur dazu, daß beide vernichtet werden. Das möchte ich nicht mitansehen müssen.

Isao ASHIBA
Tokio, Japan

"NEUE ZEIT" 51.86



AEROFLOT FÜR IHRE FRACHT

Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Erde,
befliegt fast 100 Länder.

Sie hilft Ihnen, Frachten in kürzester Zeit
zu befördern.

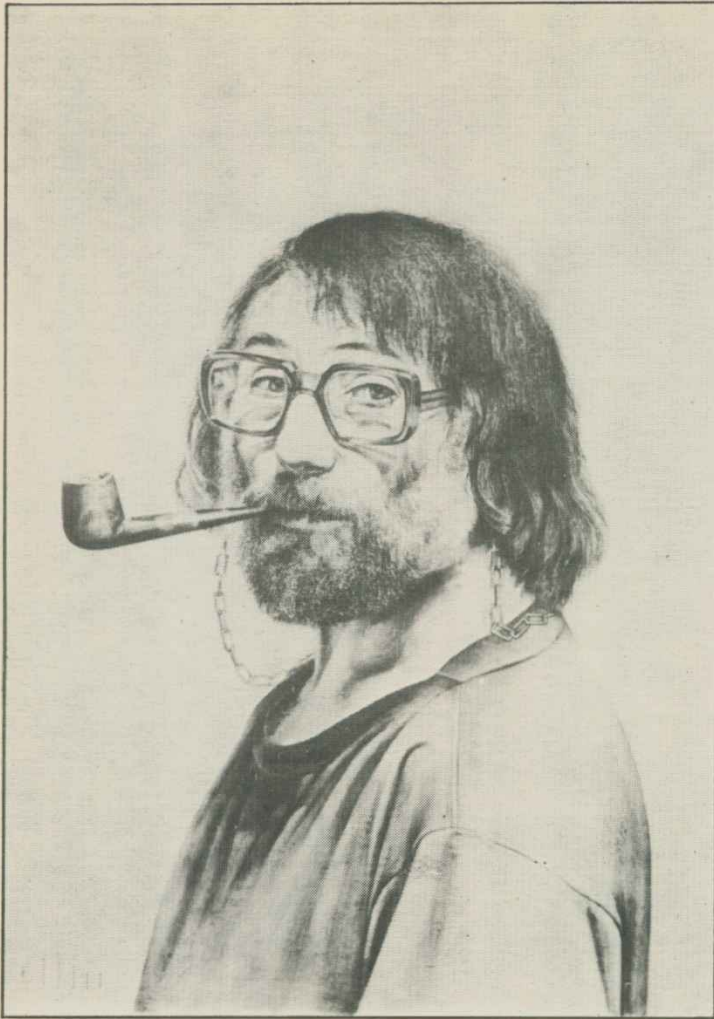
Ausführliche Informationen über den Frachtverkehr erhalten Sie
in jeder Aeroflot-Vertretung sowie in der Zentralen internationalen
Aeroflot-Behörde. Anschrift: 119021 Moskau, Frunsenskaja nab., 4

Telex: 411202

Telefon: 245 00 02



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



Rudolf Chatschatrians Werke sind den Verehrern der Kunst in der Sowjetunion und im Ausland gut bekannt. Dieses Jahr hatten seine Ausstellungen in Moskau, Jerewan und Detroit (USA) Tausende Besucher. In der jetzigen spannungsvollen Zeit finden seine vom Glauben an das Gute im Menschen zeugende Werke lebhaften Anklang.

IN Armenien geboren, ist Rudolf Chatschatrian mit den Traditionen der armenischen Kunst unlösbar verbunden, zugleich aber aufgeschlossen für die multinationale sowjetische und für die internationale Kunst, für die italienische, deutsche, holländische und russische Kultur. Davon zeugt eine Folge von Selbstporträts, von denen wir hier eines reproduzieren.

Scharfäugig und unnachsichtig forscht der Künstler in seinen eigenen und in anderer Menschen We-

senszügen. Ebenso betrachtet er auch seine Umwelt. Bei ihm verschmelzen das ästhetische und das ethische Empfinden dieser Umwelt zu einem unlösbaren Ganzen.

Wer Chatschatrians Werke zum ersten Male sieht, staunt anfangs über die ungewöhnliche Technik: die Sepiazeichnung auf der weißen Grundierung, wie sie schon bei den Ikonenmalern anzutreffen war, nur daß sie sie lückenlos mit der Farbschicht bedeckten. Nicht so Chatschatrian. Bei ihm bleibt sie makellos weiß, und darauf sind Menschen, Dinge und Landschaften mit

haarfeinen Zeichnungen dargestellt und stellenweise getuscht, wodurch ein fast greifbares Helldunkel und die Fakturunterschiede der menschlichen Haut, der Kleidung, der Pflanzen usw. erzielt werden. Diese Art der Darstellung gibt dem Betrachter das Gefühl, daß ein inneres Leuchten davon ausgeht, daß das Blatt nicht einfarbig, sondern in kalten,

Chatschatrian an die Kunst d. Sorgfalt formt. Dem oberflächlichen Auge des Künstlers Liebe des Künstlers in diesen Dingen entgehen. Da Grundierung.

Ein inneres Leuchten

**Werke von Rudolf Chatschatrian
Volkskünstler der Armenischen**

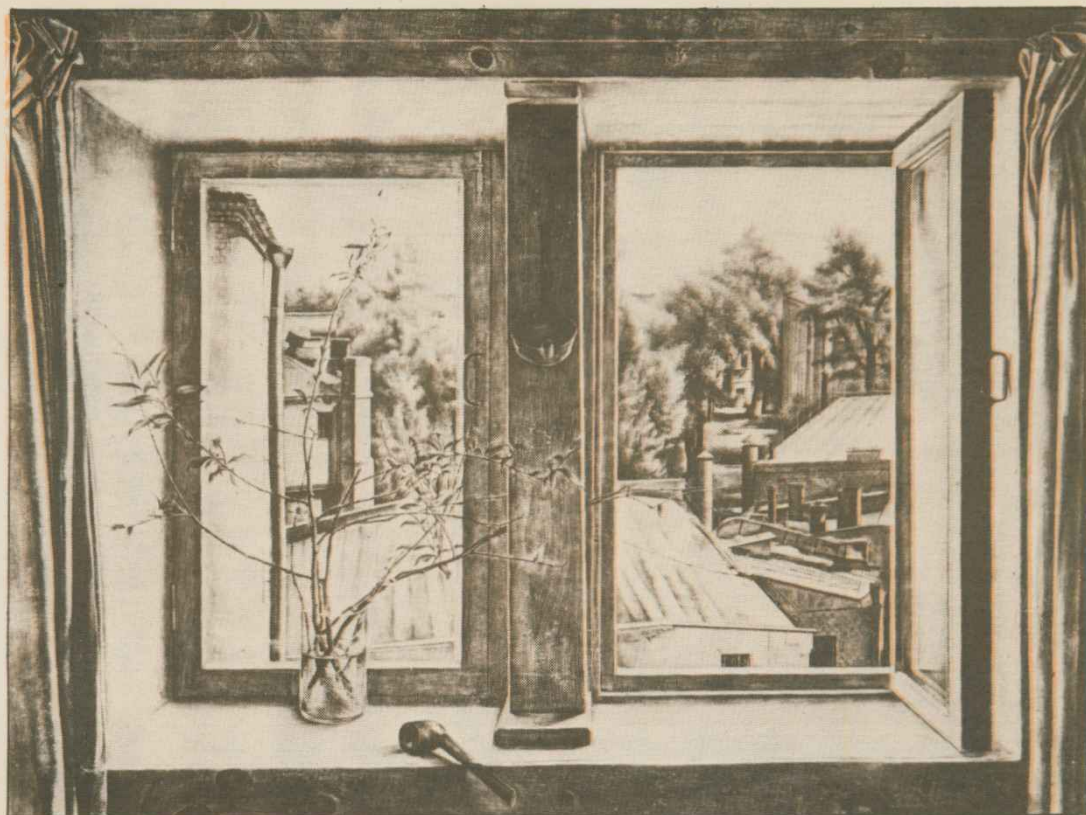
warmen, grünlich-braunen oder bläulich-silbernen Farbtönen gehalten ist. Auch in ihren Dimensionen sind die Zeichnungen ungewöhnlich, nämlich großflächig wie sonst eher Malereien.

Welche Aussage haben die Werke von Chatschatrian? Er ist stets bemüht, bei seinen Gestalten den Charakter, ihre Geistesstärke und Gedankentiefe, kurz, das Geistige zu betonen. Der Künstler bevölkert seine Welt mit in ihrem Denken und Tun starken Männern und zarten, lieblichen Frauen und Mädchen.

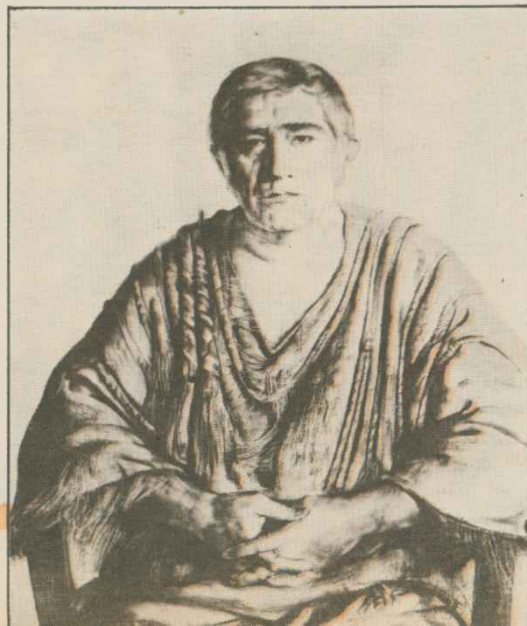


ten erinnern
essance. Voll
Gegenstand.
frachter mag
einen, dem
er kann die
den stoffli-
Umwelt nicht
leuchtende
s haarfeine

ten



- Selbstbildnis
- Blick aus dem Fenster
- Stilleben mit Quitte
- Porträt des Volkskünstlers der UdSSR Armen Dzhigarchanian
- Stilleben mit Fisch
- Frauenbildnis



Netz der Linien. In seiner Welt verbindet das den Raum durchflutende Licht das Materielle mit dem Geistigen, beseelt die leblose Materie und poetisiert die Natur.

Ist dieses Empfinden der Umwelt in unserer spannungsreichen Zeit voll heftiger sozialer Konflikte, akuter Umweltkrisen und der Gefährdung des menschlichen Seins nicht veraltet? Entspricht Chatschatrians Stil neben dem eines Picasso und Dali noch der Gegenwart? Ich finde, ja, er ist zeitgemäß, denn er drückt die Notwendigkeit aus, sich in unserer gewitterschwangeren Zeit den Glauben an das Gute im Menschen, an seine Geistesstärke und seine Fähigkeit zu bewahren, die Uneinigkeit in Harmonie, das Häßliche in Schönes und die Zerstörung der Natur in liebevolle Einigkeit mit ihr umzuwandeln. Ohne diesen Glauben kann der Mensch heutzutage nicht auf Erden leben, ohne ihn kann er nicht kämpfen, um die Menschheit zu retten und einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

M. KAGAN

AEROFLOT, DIE GRÖSSTE FLUGGESELLSCHAFT DER WELT

Ihre modernen, superschnellen Maschinen
IL 86, IL 62, TU 154 und TU 134
befliegen 122 Haupt- und andere Städte
in 97 Ländern.

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

IDEAL FÜR
GESCHÄFTS
UND ANDERE
REISEN.



Ähere Auskünfte erhalten Sie
bei der Aeroflot-Niederlassung
Ihrem Land

AEROFLOT
Soviet airlines



Brücke oder Kluft?

Wird es gelingen, eine Brücke der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses zwischen der UdSSR und den USA zu schlagen? Vieles in der Welt hängt heute von der Antwort darauf ab. Doch die gibt es bislang nicht. Und immer weniger Zeit bleibt zum Nachdenken. Wie lange mag die Konfrontation noch dauern...

In den letzten Monaten trafen wir uns verschiedentlich mit den Teilnehmern unseres Rundtischgesprächs. Natürlich ist das Thema der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen vielgestaltig. Deshalb gingen wir nur auf einige ihrer Aspekte ein, vor allem darauf, wie diese Beziehungen in der hochkomplizierten Welt Ende des 20. Jh. aussehen.

Wir stellten allen die gleichen Fragen und überzeugten uns jedesmal davon, daß ein Brückenschlag nicht leicht ist, wenn die Amerikaner selbst so viele verschiedene, nicht selten einander ausschließende Ideen dazu haben, was in erster Linie getan werden müsse, was keinesfalls getan werden dürfe, was wichtig und was unwichtig sei, was ein Voranschreiten behindere und was es fördere. Bisweilen reichten die Brückenpfeiler des gegenseitigen Verständnisses offenbar nicht, mangelte es an Anzeichen eines neuen Denkens, die es erlauben würden, von Erklärungen über die "Aufrechterhaltung eines nuklearen Friedens" zu gemeinsamen Projekten einer kernwaffenfreien, sicheren Epoche überzugehen.

NZ: Wir wollen uns einmal die Frage stellen, wie die heutige Welt ist — bi- oder multipolar. Welchen Platz nehmen in ihr die UdSSR und die USA ein, und wie groß ist ihre Verantwortung für die Lösung der Hauptfrage — der von Krieg und Frieden?

J. Matlock. Das hängt davon ab, wie man an die Frage herangeht. Bipolar ist sie nur in dem Sinne, daß die USA und die UdSSR die größten Nuklearmächte sind. Deshalb tritt in Sicherheitsfragen, die besonders mit dem Nuklearaspekt verbunden sind, die Bipolarität stärker hervor. Doch in jeder anderen Hinsicht leben wir in einer multipolaren Welt — in einer Welt, in der Stärke weitgehend wertlos geworden ist.

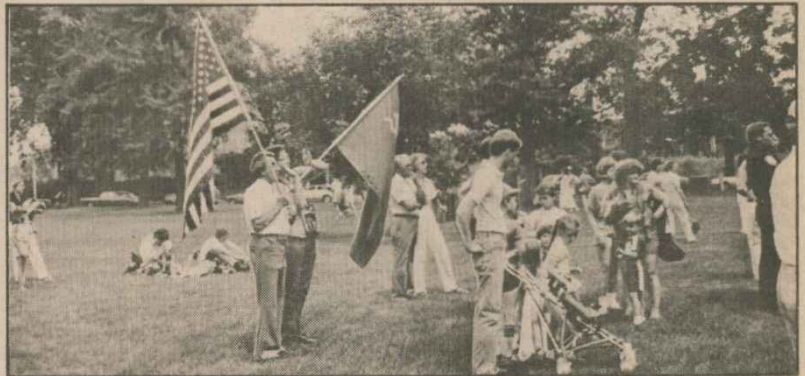
S. Talbott. Meiner Meinung nach nehmen die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen einen zentralen und sehr wichtigen Raum ein — zumindest denken so viele Amerikaner unterschiedlicher politischer Überzeugungen. Das ist durch zwei Faktoren bedingt. Erstens haben sich zwischen der UdSSR und den USA die weltweit gefährlichsten antagonistischen Beziehungen herausgebildet. Zweitens verfügen unsere Länder über Nukleararsenale, die die Existenz unseres Planeten bedrohen.

Zugleich wurde die Welt nach dem zweiten Weltkrieg vielgestaltiger und komplizierter. Im Prozeß der Entkolonialisierung entstanden junge Nationalstaaten. Seit die UdSSR eine ungefähre allgemeine strategische Parität mit den USA bei den Nuklearwaffen erzielt hatte, wurde die sowjetische Außenpolitik aktiver, darunter in Regionen, die weit von den Grenzen der UdSSR entfernt sind. Das hat die Sowjetunion in Konflikt mit jenen Inter-

Während dieser Beitrag in Arbeit war, hat sich viel ereignet. Es gab die Hoffnungen und Enttäuschungen von Reykjavik. Die dort vorgelegten sowjetischen Vorschläge für eine etappenweise Beseitigung der strategischen Nuklearwaffen bleiben gültig. Auch das amerikanische Festhalten an SDI, zu dem die kürzliche Weigerung der USA hinzukam, die bestehenden SALT-Vereinbarungen zu respektieren, bleibt. Ebenso wie der Antisowjetismus, der vom amerikanischen Militär-Industrie-Komplex und von den extremrechten Politikern angeheizt wird.

Und doch meinen 96 Prozent der Amerikaner Umfragen zufolge, daß es im Nuklearzeitalter zu gefährlich ist, eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der UdSSR zu suchen. 100 Prozent der sowjetischen Menschen treten für normale, stabile, sachliche und in der Perspektive freundschaftliche Beziehungen zu dem großen Land der westlichen Hemisphäre ein.

Wird ein Brückenschlag gelingen? Die Frage bleibt offen. An dem Rundtischgespräch der NZ nehmen teil: der Sonderberater des US-Präsidenten Jack MATLOCK, Sonderbotschafter Wladimir LOMEJKO und der Leiter des Washingtoner Büros des Nachrichtenmagazins "Time", Strobe TALBOTT. Das Gespräch führten die NZ-Kommentatoren Galina SIDOROWA und Andrej ARCHIPOW.



"Gut, daß ihr gekommen seid. Also ändert sich etwas zum Besseren." Mit diesen Worten begrüßten die Einwohner von La Crosse [US-Bundesstaat Wisconsin] im Sommer d. J. die sowjetischen Teilnehmer der Friedensfahrt auf dem Mississippi ...

sen gebracht, die die USA als ihre eigenen betrachteten, einen neuen Bereich von Rivalitäten geschaffen und den Kampf für den Einfluß in der dritten Welt hervorgebracht.

W. Lomejko. Wir leben in einer multipolaren Welt, die durch die Verflechtung komplizierter Widersprüche, von Konfrontation und Zusammenarbeit gekennzeichnet ist. Der Stärke und dem Ausmaß des Einflusses, ihrer Anziehungskraft nach sind diese Pole unterschiedlich: Es sind vor allem die beiden Weltsysteme — das sozialistische und das kapitalistische System. In ihren Rahmen sind es die USA und die UdSSR, die über die größten Nukleararsenale verfügen, sowie die drei imperialistischen Zentren USA, Westeuropa und Japan, ferner die Bewegung der Nichtpakgebundenen und

das sozialistische China. Wir sehen die Welt nicht vom Standpunkt der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen aus, wenn wir auch die besonders große Verantwortung beider Mächte für die internationale Sicherheit anerkennen. Gerade von dem Bewußtsein der besonderen Verantwortung für das Schicksal der Welt sind die sowjetischen Vorschläge für eine etappenweise Beseitigung der Nuklearrüstungen und der anderen Arten von Massenvernichtungswaffen, für eine bedeutende Reduzierung der konventionellen Rüstungen diktiert — natürlich bei strikter Beachtung des Prinzips der gleichen Sicherheit für alle Staaten und Völker.

Gewisse amerikanische Politologen ziehen es vor, die Welt durch eine geopolitische Brille zu betrachten. Als

produktiver betrachte ich hingegen das neue Denken, das von den Realitäten des Nuklearzeitalters diktiert wird. Diese aber verlangen eine intensive Suche nach der Antwort auf die Hauptfrage der Gegenwart: Wie sollen wir leben, um einander nicht zu vernichten, sondern um miteinander zu überleben.

NZ. In den USA wird man nicht selten mit der Auffassung konfrontiert, das Auf und Ab in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sei eine normale, ja fast positive Erscheinung.

J. Matlock. Natürlich meine ich angesichts der bestehenden Differenzen, daß man auch mit ernsthafter Rivalität zwischen unseren Ländern rechnen kann. Und doch glaube ich, es ist völlig unnötig, wie das früher der Fall war. Deshalb scheint mir, Probleme werden immer existieren, doch es gibt Wege, unsere Beziehungen mehr auf Zusammenarbeit umzustellen.

S. Talbott. Ich meine, unseren bilateralen Beziehungen liegen zwei Faktoren zugrunde. Einerseits die unüberwindbaren Widersprüche zwischen den Gesellschaftssystemen und den Wertvorstellungen unserer Länder, zwischen ihren außenpolitischen Interessen. Andererseits die Unmöglichkeit, zum Krieg als Mittel zur Lösung oder Versöhnung der Widersprüche zu greifen. Diese beiden Grundfeststellungen sind wie elektrische Pole: Zwischen ihnen pulsieren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Dadurch sind die Veränderungen in den Stimmungen und Erwartungen zu erklären, die mit ihnen verbunden werden. Die Amerikaner sind im Grunde Optimisten. Doch zugleich lassen sie sich schnell enttäuschen und verlieren ihre Illusionen. Sie hoffen auf eine Wende zum Besseren in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, wenn aber etwas dazwischen kommt — ob als negative Tendenz oder einzelne Konfliktepisoden —, reagieren sie pessimistisch.

NZ. Doch hierbei geht es wohl nicht um Pessimismus und Optimismus. Versuchen wir einmal, dieses Auf und Ab unter anderem Gesichtspunkt zu sehen. Nehmen wir die letzten sechs Jahre. Unter der derzeitigen US-Administration erreichten die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen fast den absoluten Tiefpunkt. In Washington ignoriert man die Bereitschaft Moskaus zu Verhandlungen und Kompromissen. Das haben Reykjavik und die Ereignisse danach erneut bestätigt: Sobald sich ein Rahmen für umfassende Vereinbarungen abzeichnete, erklärte die amerikanische Führung demonstrativ, sie werde die SALT-2-Beschränkungen nicht mehr einhalten, begann man damit, den ABM-Vertrag zu untergraben. Der Eindruck entsteht, daß die Rechtskräfte um jeden Preis die beispiellosen Hochrüstungsprogramme der USA durchpeitschen wollen. Das Auf und Ab geht doch wohl vor allem von den USA aus...

W. Lomejko. Das Auf und Ab in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erklärt sich meiner Meinung nach durch den Kampf der inneramerikanischen politischen



... und so die Einwohner von Davenport [US-Bundesstaat Iowa]

Kräfte in dieser Frage. Während in der Sowjetunion gegenüber den USA insgesamt ein ausgeglichener Kurs der Interessiertheit an der Entwicklung normaler, beiderseits vorteilhafter Beziehungen dominiert, gibt es in den USA selbst zwei große Parteien.

Die eine ist die Partei der Gleichheit, jene, die für bilaterale Beziehungen auf der Grundlage gleicher Sicherheit eintritt, die andere ist die Partei der Überlegenheit, die auf ihre Kraft und Unbestrafbarkeit setzt. Aus verschiedenen Gründen gewinnt mal die eine, dann die andere Partei die Oberhand. Es ist klar, daß dies natürlich auch die übrige Welt stark beeinflussen muß.

NZ. In welchen Bereichen ist es real, von einer Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion zu sprechen?

J. Matlock. Potentiell in einigen Bereichen: im Umweltschutz, bei medizinischen Forschungen, in einzelnen Wirtschaftszweigen. Es ist klar, daß die Zahl dieser Bereiche in gewissem Maße vom Gesamtzustand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen abhängt. Wenn da Spannungen zunehmen, ist es schwer, selbst in jenen Bereichen zusammenzuarbeiten, wo offenkundig gemeinsame Interessen bestehen.

S. Talbott. Die Rüstungskontrolle ist der einzige Bereich, in dem wir eine ständige geregelte Zusammenarbeit aufrechterhalten können. Die Ironie liegt darin, daß die beiden einander gegenüberstehenden Staaten nichts anderes zu vereinbaren vermögen als die Festlegung der Waffen, die sie gegeneinander im Kriegsfall einsetzen könnten. Ein Paradoxon? Natürlich, doch besteht es meiner Meinung nach gerade deshalb, weil die führenden Repräsentanten beider Länder offensichtlich den Krieg nicht als realen Ausweg ansehen, unabhängig davon, wie feindselig ihre Beziehungen auch sein mögen. Mit anderen Worten besteht ein gemeinsames Interesse an der Verhütung eines Krieges. Ein - Weg, ihn un-

wahrscheinlicher zu machen, ist zu versuchen, eine Zusammenarbeit anzubahnen und die Rivalität bei der Schaffung neuer Waffen, die zum Kriege führen könnten, zu zügeln. Natürlich ist das nicht so zu verstehen, daß sich der Bereich der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nur auf die Rüstungskontrolle beschränken sollte. Selbstverständlich ist da auch Platz für Kulturaustausch, für gegenseitige Besuche von Vertretern der Öffentlichkeit. Doch das ist nicht das Wichtigste.

W. Lomejko. In der Einstellung zur Zusammenarbeit UdSSR—USA kommt die Auffassung einer möglichen Entwicklung der Zivilisation zum Ausdruck. Wenn man davon ausgeht, daß wir alle an der Aufrechterhaltung des Friedens und des Lebens auf Erden interessiert sind, dann kann einer solchen Haltung nicht die Konfrontation entsprechen, sondern nur eine philosophisch-politische Konzeption der Zusammenarbeit. In diesem Fall ist ihr umfassendstes Programm — von z. B. Augen- und Herzchirurgie, dem Kampf gegen den Krebs bis zur gemeinsamen Erforschung des Weltraums — durchaus real. Wir sind dafür. Wenn man aber im Partner nicht nur einen Konkurrenten, sondern einen globalen Rivalen sieht, dann wird der Bereich der gegenseitigen Interessen stark eingengt.

Im Interesse des Überlebens müssen wir vor allem durch Taten demonstrieren, daß wir eine nukleare und konventionelle Abrüstung wirklich wollen.

NZ. Unsere Beziehungen im militärisch-politischen Bereich nehmen zu Recht einen zentralen Platz ein, da von ihrem Stand weitgehend die Entwicklung der Kontakte auch in vielen anderen Bereichen — auf wirtschaftlichem, kulturellem und humanitärem Gebiet — abhängt. Letztere können ihrerseits ein günstiges Klima für die ersteren schaffen. Hier hängt alles miteinander zusammen. Wir haben einen so wichtigen Aspekt wie die regionale Zusammenarbeit noch nicht berührt. Sehen Sie hier Perspektiven, z. B. im Pazifikraum?

W. Lomejko. Der Pazifikraum ist ein riesiges Neuland der internationalen Zusammenarbeit. An den Stillen Ozean grenzen Mächte an wie die UdSSR, die USA, China und Australien. Hier entstand das "japanische Wunder". Diese Region erlebt einen wirtschaftlichen Boom. Wird dort der Geist der Zusammenarbeit aller Länder dominieren, dann wird das der ganzen Region zum Nutzen gereichen. Davon gehen auch Michail Gorbatschows Vorschläge in seiner Rede von Wladivostok, in den Reden in Delhi aus.

J. Matlock. Ich meine nicht, daß wir heute im Pazifikraum eine Konferenz wie die von Helsinki in Europa brauchen. Offenbar ist eine solche Notwendigkeit heute nicht gegeben. Die Probleme des Pazifikraums sind recht spezifisch, und wir sehen in ihnen keineswegs unbedingt die gleiche Natur wie bei den europäischen Problemen. Zudem kommt noch unsere Enttäuschung darüber hinzu, daß die Schlußakte von Helsinki nicht in vollem Umfang erfüllt wurde. Zweifel daran würden laut werden, warum man die Helsinki-Vereinbarungen, die die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten, kopieren sollte.

S. Talbott. Das Problem ist, wie jedes der beiden Länder den Status einer Supermacht erlangte — die USA in größerem Maße durch ihre wirtschaftliche Stärke, die umfassenden kommerziellen Verpflichtungen und die Teilnahme am Wirtschaftsleben anderer Länder, die UdSSR aber durch militärische Macht und die Größe des Landes. Das schafft eine gewisse Asymmetrie, Spannungen zwischen unseren Staaten: Sie versuchen, auf verschiedene Weise auf andere Einfluß zu nehmen. Das heißt, die USA werden vor allem wirtschaftliche, die UdSSR aber militärische Anstrengungen unternehmen. Das ist bezeichnend für den Pazifikraum, wo wir unsere Präsenz seit dem Vietnamkrieg abgebaut haben. Im gleichen Zeitraum hat die UdSSR sie verstärkt, darunter außerhalb der eigenen Grenzen.

NZ. Eine sehr kühne Behauptung, wenn man an die Verstärkung der US-Militärpräsenz, einschließlich der nuklearen, auf den zahlreichen Stützpunkten im Pazifik, in Japan und in Südkorea denkt.

In diesem Zusammenhang wäre es wohl angebracht, an die sowjetischen Initiativen zu erinnern, von denen Botschafter Lomejko sprach. Die UdSSR schlägt vor: die regionalen Streitfragen zu lösen; eine Barriere gegen die Verbreitung und Aufstockung der Nuklearwaffen in Asien und im Pazifik zu errichten; Verhandlungen über eine Verringerung der Aktivitäten der Kriegsflootten, vor allem der mit Nuklearwaffen bestückten Schiffe, im Pazifik aufzunehmen; sich um eine radikale Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Asien auf einen ausreichenden Stand zu bemühen; die Erörterung vertrauensbildender Maßnahmen und der Nichtanwendung von Gewalt in der Region praktisch in Angriff zu nehmen. Übrigens ruft niemand irgend jemanden auf, Helsinki einfach mechanisch zu kopieren. Es geht nur darum, die positiven Erfahrungen des

gesamteuropäischen Prozesses auf die konkreten Bedingungen dieser riesigen Region anzuwenden.

Doch wenden wir uns Europa zu. Welcher Platz kommt Ihrer Meinung nach diesem Kontinent bei der Aufrechterhaltung des Friedens zu?

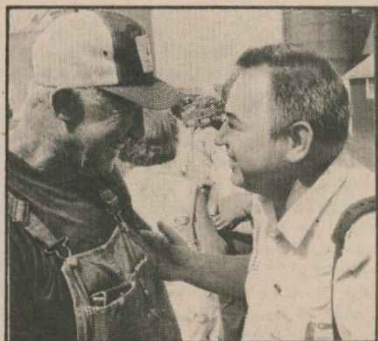
J. Matlock. Unter diesem Gesichtspunkt nimmt Europa einen zentralen Platz ein. Die wirtschaftliche Stärke Westeuropas macht die Länder dieser Region zu sehr wichtigen Akteuren in der internationalen Arena. Der Frieden in Europa ist das Wichtigste.

S. Talbott. Aus dem zweiten Weltkrieg ist Europa zerstört, arm und deprimiert hervorgegangen. Ende der 40er Jahre, in den 50er Jahren, ja selbst unter der Kennedy-Administration wurde es als Herd potentiell gefährlicher Instabilität, als Region betrachtet, wo, sollte es zu einem Konflikt zwischen der UdSSR und den USA kommen, der dritte Weltkrieg ausbrechen würde. Und natürlich als Region, mit der sich die USA historisch, politisch, kulturell und ökonomisch verbunden fühlen. Deshalb sahen wir darin, daß dort nach dem zweiten Weltkrieg sowjetische Streitkräfte auftauchten, eine Bedrohung für uns. Die Schaffung der NATO und dann des Warschauer Vertrages verfestigte die sowjetisch-amerikanische Konfrontation. Anfang der 60er Jahre wurden wir mit der überaus ersten Berlin-Krise konfrontiert. Doch offenbar gehört all das der Vergangenheit an. Ich möchte nicht übermäßigen Optimismus bekunden, doch meiner Meinung nach hat sich der Brennpunkt der amerikanisch-sowjetischen Spannungen in den letzten beiden Jahrzehnten aus Europa in die dritte Welt verlagert. Und wenn auch natürlich viele Probleme in Europa ungelöst sind und die Behauptung unverantwortlich wäre, es gäbe dort keine Kriegsgefahr, so hat sich die Lage auf diesem Kontinent doch grundlegend stabilisiert.

W. Lomejko. Der Einfluß Europas auf die Weltpolitik ist so tief und vielgestaltig, daß er sich einer vollständigen Erfassung entzieht. Da sind die Geschichte, die Kultur und das geistige Potential von Jahrtausenden. Da ist eine Zivilisation, die sich über die ganze Welt verbreitet hat.

Europa, das durch die großen Opfer und Leiden der beiden Weltkriege ge-

Merlyn Bradley, ein Farmer aus Iowa, traf erstmals mit einem sowjetischen Menschen zusammen. Es war der Kosmonaut Georgi Gretschko



gangen ist, hat es tiefer als andere verstanden, die Entspannung in den 70er Jahren zu würdigen und ihren Geist in den 80er Jahren zu bewahren. Die bitteren Erfahrungen des Krieges und die Früchte des Friedens erlauben Europa, bei einem gemeinsamen transkontinentalen Vorhaben, einer "neuen Phase der Entspannung", eine Vorreiterrolle zu spielen. Natürlich trägt die Existenz der Militärblocke nicht dazu bei. Doch man möchte hoffen, daß sich der Wille zur Zusammenarbeit und der gesunde Menschenverstand stärker als die Konfrontation erweisen werden.

NZ. Ist die Behauptung berechtigt, daß in der heutigen Welt die Interdependenz der Staaten bedeutend zugenommen hat?

J. Matlock. Eine Interdependenz besteht zweifelsohne. Zugleich aber bin ich nicht ganz davon überzeugt, daß sie so eng ist, um eine Sogwirkung zu verursachen. Natürlich können sich in einer Region Ereignisse vollziehen, die keinen kritischen Einfluß auf eine andere haben werden.

NZ. Und wenn man die Interdependenz unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit sieht?

W. Lomejko. Meiner Meinung nach hat die Interdependenz im Zeitalter des nuklearen Overkills, da unser Planet zu einem engen Haus geworden ist, einen solchen Grad erreicht, daß das Streben nach einseitigem Vorteil auf Kosten des anderen letztlich einem selbst zum Nachteil gereicht.

NZ. Meinen Sie auch, daß sich zwischen den USA und der UdSSR ein militärisch-strategisches Gleichgewicht herausgebildet hat?

J. Matlock. Das ist ein Terminus, mit dem man schwer genau operieren kann. In gewissem Sinn verfügt jeder von uns über ausreichende militärische Macht, um einen ungestraften Schlag des anderen zu verhindern. Das ist klar. Andererseits gibt es ernste Unausgeglichenheit in einigen Bereichen. So hat die Sowjetunion viel mehr schwere langgestützte Raketen, die am treffgenauesten sind. Das ruft unsere Besorgnis hervor. Die USA haben mehr andere Systeme. Doch das sind weniger schnelle und weniger treffgenaue Waffenarten, die keine unmittelbare Bedrohung darstellen. Zudem gibt es regionale Faktoren. Deshalb würde ich den Begriff der "Parität" lieber vermeiden. Wir meinen, daß z. B. der Zerstörungskraft nach die sowjetischen Arsenale heute die unseren übertreffen. Ob das in strategischer Hinsicht etwas bedeutet, ist eine andere Frage. Doch bei Abkommen über die Reduzierung der Rüstungen werden beide Länder auf das sorgfältigste darauf achten müssen, daß ihre endgültige Variante richtig ausbalanciert ist.

S. Talbott. Insgesamt könnte man zu Recht behaupten, daß eine ungefähre Äquivalenz oder ein Gleichgewicht besteht, doch bereits im Rahmen dieses Gleichgewichts gibt es eine Asymmetrie, Ungleichheiten. Einige von ihnen beunruhigen die Amerikaner.

W. Lomejko. Was das Verhältnis militärischer, ökonomischer, strategischer und anderer Faktoren angeht, so ist ein

sowjetisch-amerikanisches Gleichgewicht deutlich. Man kann endlos über einzelne Fragen diskutieren, doch, global gesehen, ist es unbestreitbar, da keines der beiden Länder einen Krieg gewinnen und ohne Schaden für sich selbst Überlegenheit erlangen kann. Doch die Aufrechterhaltung des militärisch-strategischen Gleichgewichts auf dem heutigen Stand ist gefährlich und teuer. Deshalb schlagen wir eine etappenweise nukleare Abrüstung, die Verhinderung der Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen, darunter der "Sterbenkriegs"-Waffen, vor.

NZ. Wie ist in diesem Zusammenhang Ihre Meinung zur Konzeption des "nuklearen Erstschlages"?

J. Matlock. Wir meinen, daß die UdSSR gegenwärtig klare Überlegenheit bei Waffen besitzt, die für einen Erstschlag eingesetzt werden könnten. Wir hoffen, daß bei den Verhandlungen über die strategischen Waffen Wege gefunden werden, um ein besseres Gleichgewicht auf niedrigerem Stand zu gewährleisten. Wir sind natürlich bereit, einige der Systeme, über die wir selbst verfügen und die zahlenmäßig die sowjetischen überbieten, zu reduzieren. Wir wissen, daß wir etwas geben müssen. Wir bitten nicht um irgend etwas, ohne dafür etwas anzubieten. Doch das ist offenbar der Bereich, wo wir mehr Reduzierungen sehen möchten, da wir es als wichtig betrachten, die Möglichkeit eines Erstschlages zu verringern und die diesbezügliche Besorgnis abzubauen. Zudem sollten beide Seiten, da wir keine Erstschlagsstrategie verfolgen, versuchen, anfangs die Erstschlagswaffen zu beseitigen — damit in keiner Situation eine der Seiten mehr befürchtet, gegen sie könnte ein Erstschlag geführt werden.

W. Lomejko. Und die Entwicklung von Weltraumangriffswaffen im Rahmen von SDI? Und die Direktiven im Verteidigungsbereich für die Finanzjahre 1984–1988, wo es heißt: "... Die amerikanischen Nuklearkräfte müssen den sowjetischen überlegen sein... Vorzuziehen ist ein Entwaffnungsschlag gegen Systeme der Lenkung und der Kontrolle, der Nachrichtenverbindung und der Aufklärung." Wir erinnern uns auch, daß vier US-Präsidenten — Harry Truman und Dwight Eisenhower (in Korea), Richard Nixon (in Vietnam) und James Carter (in der Golfregion) — mit dem Einsatz von Nuklearkraften drohten, ganz zu schweigen von deren erster Kampferprobung, die die USA über japanischen Städten durchführten...

Die Konzeption eines "nuklearen Erstschlages" ist amoralisch und absurd. Amoralisch, da sie Geist, Philosophie und Praxis der Abschreckung, die die Menschheit terrorisieren, zum Ausdruck bringt. Absurd, weil sie im Zeitalter des nuklearen Overkills den unausweichlichen Tod garantiert — nur nicht als erster, sondern als zweiter. Eben deshalb hat die



Sowjetische und amerikanische Wissenschaftler bei einem Experiment im Raum des nuklearen Versuchsgeländes bei Semipalatinsk

Sowjetunion einseitig auf den Ersteinsatz von Nuklearkraften verzichtet.

S. Talbot. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Führung eines Landes einen Präventivschlag planen würde. Ich hoffe, der Prozeß der Rüstungskontrolle wird erfolgreicher sein als bislang und allmählich die Arsenale beider Seiten von Waffen befreien, die der Gegner als potentielle Erstschlagswaffen ansehen könnte. Das erstens. Und zweitens der politische Aspekt der Nuklearkraften. Es heißt, sie seien nur ein Objekt der Kontrolle, mit anderen Worten ein Verhandlungsgegenstand. Das ist natürlich eine Übertreibung. Nuklearkraften sind ein politisches Instrument. Wenn der Gegner und die ganze übrige Welt meinen, daß eine der Seiten eine deutliche Überlegenheit in einer wichtigen Waffenkategorie besitzt, dann kann diese Überlegenheit politisch unannehmbar für die andere Seite werden.

NZ. Jetzt eine eher "amerikanische" Frage. Es gibt viele Interpretationen der "Reagan-Doktrin". Worin sehen Sie deren eigentlichen Sinn?

J. Matlock. Ich habe nie vom Präsidenten selbst diesen Begriff gehört. Er pflegt nicht solche Namen zu geben. Doch andere verwenden diesen Begriff in der Politik und interpretieren ihn so, daß dies bisweilen Verschiedenes bedeutet. Doch, wie gesagt, da ich nie gehört habe, daß der Präsident diesen Begriff gebraucht hätte, weiß ich nicht, was in Wirklichkeit hinter ihm stehen soll.

S. Talbot. Ich bin froh über diese Frage, da gerade meine Zeitschrift "Time" im April 1985 diesen Begriff in Umlauf brachte. Gibt es die Doktrin? Zweifels- ohne ja. Doch sie ist nichts Neues auf der Welt, was uns, wie mir scheint, bisweilen unsere sowjetischen Kollegen weismachen suchen. Die Reagan-Doktrin besagt, die USA sollten entschieden mit der UdSSR in jenen Ländern, deren Regimes von dieser unterstützt werden, wetteifern.

In den 70er Jahren hatte sich Henry Kissinger sehr dafür stark gemacht, daß sich die USA mit offenen und verdeckten Methoden der sowjetischen Politik im südlichen Afrika, insbesondere in Angola, widersetzen. Seine Versuche wurden damals vom Kongreß vereitelt. Die Carter-Administration begann dann mit Unterstützung der Mujaheddin in Afghanistan. Präsident Reagan nennt sie "Freiheitskämpfer" nach dem, was wir als "Invasion" bezeichnen, ihr aber als vorübergehende Präsenz eines begrenzten sowjetischen Truppenkontingents. Was hat Präsident Reagan getan? Er verwirklicht den gleichen Kurs, die gleiche Konzeption — nur entschiedener und planmäßiger, mit größeren Ambitionen.

NZ. Die UdSSR hält sich an ihr verkündetes einseitiges Moratorium für Nuklearexplosionen, bei den Genfer Verhandlungen liegen Vorschläge für eine etappenweise nukleare Abrüstung auf dem Tisch. Wenn diese Möglichkeiten jetzt nicht genutzt werden, wie kann dann das Jahr 2000 aussehen?

J. Matlock. Ich gehöre nicht zu jenen, die meinen, der Augenblick könne eintreten, daß sich die Tür für immer vor den Möglichkeiten schließt. Ich meine, wir sollten die Arbeit an diesen großen Fragen fortsetzen und versuchen, eine Lösung zu finden. Doch meiner Meinung nach ist die strategische Situation, was die Aufrechterhaltung des nuklearen Friedens angeht, heute sehr stabil. Ich sehe keinerlei Gefahr eines Krieges zwischen den USA und der UdSSR. Spannungen in vielen Fragen bestehen, nicht aber eine reale Kriegsgefahr. Ich meine, daß die Lage in diesem Bereich stabiler ist als vor 15 oder 20 Jahren. Wir sehen das daran, daß in den 80er Jahren solche extremen Krisensituationen nicht zu beobachten sind wie z. B. Anfang der 60er Jahre die Kuba-Krise. Viele meinen, die Spannungen hätten zugenommen. Ich glaube, daß dem nicht so ist, wenn wir von der Natur der Spannungen sprechen, die zu einem Konflikt führen können. Ich bin davon überzeugt, daß die Seiten auch in Zukunft eine bewaffnete Auseinandersetzung vermeiden werden, wie unsere beiden führenden Repräsentanten betonten, unabhängig davon, was geschehen wird. Doch dies bedeutet nicht, daß wir die Versuche aufgeben sollten, zuverlässige Abkommen über eine Reduzierung der Rüstungen zu erreichen.

S. Talbot. Das kann man aber auch anders sehen.

NZ. Ja und wie?

S. Talbot. Meiner Analyse zufolge ist, ob gut oder schlecht, ob es gefällt oder nicht, da die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen eine führende Rolle unter allen anderen Fragen spielen, der Prozeß der Kontrolle der strategischen Nuklearrüstungen, einschließlich der Frage der "Strategischen Verteidigungsinitiative", das zentrale Problem des gesamten Kontrollkomplexes. Ich kann mir Fortschritt in einem beliebigen anderen Bereich — bei den Mittelstreckenraketen,

Fürchtet die Danaer...

Dr. oec. Iwan JERMATSCHENKOW

den konventionellen Waffen, den chemischen und bakteriologischen Waffen, bei den multilateralen Verhandlungen in Europa oder bei einem Verbot der Kernwaffentests — nicht ohne einen vorrangigen Fortschritt bei den Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf denken.

Dafür gibt es zwei Gründe — einen politischen und einen technischen. Der politische besteht darin, daß dies nach allgemeinem Dafürhalten die wichtigsten Verhandlungen sind. Sie bestimmen Ton und Klima auch der anderen Gesprächsrunden.

Der technische Grund ist, daß es Zusammenhänge zwischen allen Arten von Rüstungen — Offensiv- und Defensivwaffen, strategischen und Systemen mittlerer Reichweite, Nuklear- und konventionellen Rüstungen usw. — gibt. Das ist wie bei einem Kartenhaus. Man kann nicht die unterste Karte herausziehen, ohne daß auch die oberste umfällt. Die oberste aber sind die Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen.

NZ. Eben das hat sich in Reykjavik bestätigt. Die ungewöhnliche Haltung der USA in der SDI-Frage vereitelte Vereinbarungen, die der Menschheit die Tür zu einer kernwaffenfreien Welt hätten öffnen können.

W. Lomejko. Das sowjetische Moratorium für Nuklearexplosionen als Auftakt zu unserem Stufenplan für die Befreiung unseres Planeten von den Nuklearwaffen — das ist das neue politische Denken in Aktion. Bei Gegenseitigkeit gibt es der Welt eine historische Chance — das Jahr 2000 nicht im Zeichen des Mars, sondern des Merkur zu begrüßen. Nutzen wir diese Chance nicht, dann wird sich die Menschheit immer weiter in das Labyrinth neuer Waffenarten begeben. Die Völkergemeinschaft zeigt offenbar noch nicht genug Engagiertheit im Kampf gegen die Monster des Militär-Industrie-Komplexes. Doch der Prozeß des Umdenkens hat begonnen, und er ist unumkehrbar, da die junge Generation die Kunst des Überlebens lernen will.

NZ. Zum Abschluß unseres Gesprächs wollen wir zum Beginn des ereignisreichen scheidenden Jahres zurückkehren, zu jenen Tagen, als in Moskau der XXVII. Parteitag der KPdSU stattfand. "In dieser Situation", hieß es dort, "läßt sich also die Zukunft der Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern, der UdSSR und den USA nur sehr schwer prognostizieren. Entscheidend werden dabei das internationale Kräfteverhältnis, das Wachstum und die Aktivitäten des Friedenspotentials sein... Nicht wenig wird auch vom Grad des Realdenkens der herrschenden Kreise des Westens bei der Einschätzung der Lage abhängen... Der Gang der Geschichte, des sozialen Fortschritts erfordert immer nachdrücklicher, daß ein konstruktives, dem Aufbauwerk dienendes Zusammenwirken von Staaten und Völkern auf unserem gesamten Planeten in die Wege geleitet wird."

Es ist unser Wunsch, daß der Brückenschlag zwischen unseren beiden Ländern auch von den USA gefördert wird.

Fotos: G. Sidorowa und TASS

Vor einem Vierteljahrhundert gründete die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die die kapitalistischen Industrieländer erfaßt, den Ausschuß zur Förderung der Entwicklung (DAC). Das wurde als Antwort der Industrieländer auf die Forderung der Völker der Entwicklungsländer hingestellt, sie sollten für deren Bedürfnisse mindestens 1 Prozent ihres Bruttosozialprodukts bereitstellen. Bald aber zeigte es sich, daß der DAC vor allem als eine Stelle gedacht war, die raffinierte Versuche austüfeln sollte, die Ausplünderung der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Wohltätigkeit zu rechtzuschminken.

Doppelte Buchführung

Hier ein Beispiel. Auf Empfehlung des DAC wurden in die Rubrik "Entwicklungshilfe" Privatgelder verbucht, die zu dem einzigen Zweck bereitgestellt wurden, die Gewinne zu mehren und die Empfänger im Bannkreis der kapitalistischen Weltwirtschaft festzuhalten. (Es erübrigt sich wohl, zu erläutern, daß auch die

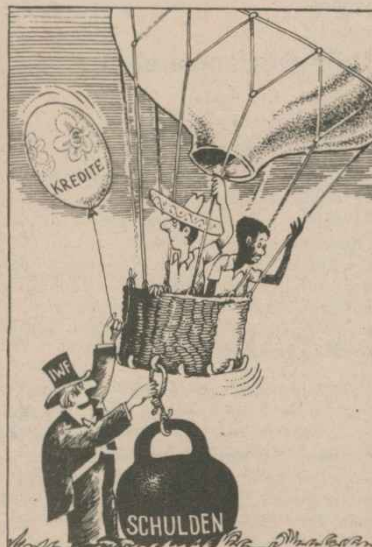
staatlichen Bewilligungen dazu da sind, die Expansion des Privatkapitals zu stimulieren.) Man geht so weit, Bewilligungen für die ideologische Expansion in den ehemaligen Kolonien und abhängigen Ländern unter "Hilfe" einzuordnen, ebenso Gelder für den Unterhalt des weitverzweigten Apparats für die politische und wirtschaftliche Infiltration dieser Länder.

Auffallend ist ja der Unterschied zwischen den vom DAC laufend veröffentlichten Angaben und den wissenschaftlich fundierten Berechnungen einer so repräsentativen Organisation wie der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Der DAC behauptet z. B., der jährliche "Entwicklungsbeitrag des Westens" sei in den 80er Jahren über 80 Md. Dollar hinausgegangen. Der UNCTAD zufolge bekamen die Entwicklungsländer in Wirklichkeit 1984 aber nur 51,8 und 1985 42,3 Md. Dollar. Bei genauerem Hinsehen erkennt man, daß es sogar noch weniger waren.

Erstens sind die Maschinen, Anlagen, Ersatzteile, Nahrungsmittel und Industrieerzeugnisse, die im Rahmen der "Hilfe" für die Kredite geliefert werden, durchschnittlich um 30 Prozent teurer als auf dem Weltmarkt. Die japanische Zeitung "Nippon Keizai" schrieb z. B., daß ein großer Teil der von Tokio für die dritte Welt bereitgestellten Summen in Form von Warendarlehen eingeräumt wird, die vor allem aus Ladenhütern bestehen.

Zweitens haben sich die westlichen Gläubiger einen Modus für die Schuldentilgung ausgedacht, der es gestattet, einen immer größeren Teil der für die Tilgung früherer Darlehen bereitgestellten Summen als "Hilfe" zu qualifizieren. Eine objektive Untersuchung dieser Sachlage hat den Präsidenten der Republik Kapverden, Aristides Pereira, zu dem tristen Schluß gebracht: "Heute gehen von je 100 Dollar aus dem Ausland 81 für die Tilgung von Schulden und die Zinsen dafür drauf, und nur 19 Dollar kommen der Entwicklung zugute." Man kann sich leicht ausrechnen, daß der Westen 1985 für die Entwicklung nicht 42,3, sondern nur 8 Md. Dollar — nicht mehr als 10 Prozent der vom DAC angegebenen Summe — bereitstellte.

Der Imperialismus hat die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas immer skrupellos ausgeplündert. In letzter Zeit versucht er, die finanziellen Lasten des Wettrüstens auf sie abzuwälzen.



Schulden und Gewinn

Der Modus der Schuldentilgung befähigt den Westen, viel mehr Geld aus Asien, Afrika und Lateinamerika herauszupumpen, als sie als "Hilfe" bekamen. Bekannt ist z. B., daß die Entwicklungsländer dem Westen zwischen 1975 und 1984 über 900 Md. Dollar, davon allein an Zinsen rund 500 Md., gezahlt haben. Der UNO zufolge ist der Geldabfluß aus Ländern der dritten Welt 1985 auf 130 Md. Dollar angewachsen.

Viele Entwicklungsländer müßten, um ihre Schulden und die Zinsen dafür zu bezahlen, bis zur Hälfte ihres Exporterlöses dafür hergeben und sind außerstande, die Schulden zu tilgen. Die westlichen Gläubiger benutzen das, um sie im Bereich ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses festzuhalten.

In den letzten Jahren gründen die westlichen Länder allerlei "Klubs" wie den Pariser, um stärker auf die dritte Welt drücken zu können. Diese Vereinigungen sind zwar inoffiziell, besitzen aber Handhaben, mit denen sie und auch die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) sowie der Internationale Währungsfonds (IWF) und Privatbanken den verschuldeten Staaten besonders schwere Bedingungen aufliegen.

Die egoistische Einstellung des Westens zu der kolossalen Schuldenlast der jungen Nationalstaaten — 1 Billion Dollar! — ist deutlich an der "Sparpolitik" zu erkennen, die der IWF durchsetzt und die darauf abzielt, die staatlichen Aufwendungen für Entwicklungszwecke zu verringern, die Produktion einzuschränken und die Löhne und Gehälter einfrieren zu lassen. Das Ergebnis ist ein horrendes Anwachsen der Arbeitslosigkeit und ein Sinken des Lebensstandards. Die Zahl der Elendsopfer ist z. B. in Lateinamerika zwischen 1980 und 1985 um etwa 20 Millionen gestiegen. Dort haben 40 Prozent der Städter und 67 Prozent der Bauern keine Existenzmittel.

Ist es da ein Wunder, daß die Regierung Perus den IWF eine "Handhabe des Wirtschaftskolonialismus" genannt hat? Durchaus logisch ist es auch, daß der namhafte nigerianische Gewerkschafter Sunmonu die Darlehen des IWF als "tödliches Gift für die Entwicklungsländer" bezeichnet hat und daß sie der Präsident der nigerianischen Effektenbörse, Muhammed, mit einer Zeitbombe verglichen hat, die die politische Stabilität eines unabhängigen Staates in die Luft sprengen kann.

Unsummen gehen der dritten Welt infolge der Preissenkung für Rohstoffe und Waren der Landwirtschaft und infolge der Preiserhöhung für Industrieerzeugnisse verloren. Wie auf der jüngsten Tagung

des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) der Chefdelegierte Indiens mitteilte, hat der Westen 130 Md. Dollar daran "verdient".

Besonders stark sind in den letzten Jahren die Preise für Kupfer, Nickel, Uran, Eisenerz, Diamanten und Zinn sowie andere Metalle gesunken, die Zinnpreise 1985 im Vergleich zu 1984 auf die Hälfte. Viel hat der Westen durch die jähe Senkung der Erdölpreise — von 28 Dollar je Barrel im November 1985 auf 9 Dollar im Sommer 1986 — gewonnen. Wie errechnet worden ist, hat der Westen dieses Jahr am Ölgeschäft mindestens 150 Md. Dollar "gespart".

Schwer geschädigt wird die dritte Welt durch die Schutzzölle auf ihre Exportwaren. Experten der UNCTAD haben errechnet, daß sich dieser Schaden in den letzten 20 Jahren auf etwa 700 Md. Dollar, d. h. über 34 Md. jährlich, belief.

Das für die Entwicklungsländer unvorteilhafte Preisverhältnis zwischen den ausgeführten Waren und den Waren, die sie im Ausland kaufen müssen, kostete die jungen Nationalstaaten allein in den Jahren 1980–1985 ganze 104 Md. Dollar. Ein Beispiel: 1985 mußten sie als Ergebnis des Rohstoffpreisverfalls um 25 Prozent mehr Rohstoffe als 1980 ausführen, um das gleiche Importvolumen zu bezahlen.

Nicht von ungefähr legen diese Länder immer mehr Nachdruck auf die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und notwendigen Gebrauchsgütern. Sie wollen nicht ständig auf Almosen des Westens angewiesen sein. Mit bitterer Ironie sagte der Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara: "In Frankreich ist es üblich, Landstreichern eine Suppe vorzusetzen. Die Industriestaaten machen es mit uns genauso. Dabei sollten sie uns Mittel geben, damit wir uns selbst ernähren können."

Unterwerfungshebel

Ein Beispiel dafür, wie weit die Interessen des Westens und der Entwicklungsländer auseinandergehen, erkennt man an der Politik Washingtons. Die Regierung Reagan betreibt — so die "New York Times" — eine Afrikapolitik, die nicht auf den Bedürfnissen der dortigen Länder, sondern eher "auf einer mit den Ost-West-Beziehungen zusammenhängenden Ideologie und eben solchen Beweggründen" fußt.

Bedenkt man, daß das Blatt mit "Ideologie" den Kampf gegen den sozialen Fortschritt und mit den "Ost-West-Beziehungen" die Versuche meint, den sozialistischen Ländern eine feindliche Umgebung gegenüberzustellen, dann begreift man den Eifer, mit dem die USA die konterrevolutionären, volksfeindlichen

Banden in Angola, Afghanistan und Nicaragua finanzieren und bewaffnen und die südafrikanischen Rassen begünstigen. Diese Banden betreiben ja eine Politik "konstruktiver Zerstörung". Der Schaden, den eine solche "Hilfe" den afrikanischen "Frontstaaten" allein zugefügt hat, beläuft sich auf mehr als 10 Md. Dollar.

Strategisch gesehen, bezweckt die "Hilfe" der USA eine Schwächung und Liquidierung des staatlichen Wirtschaftssektors in den Entwicklungsländern, ganz zu schweigen von den Bemühungen darum, den politischen und wirtschaftlichen Kreisen dort privatkapitalistische Begriffe zu suggerieren. Wie sagte doch Außenminister George Shultz: Die "amerikanischen Erfahrungen mit der Entwicklung sind nachahmenswert". Diese Erfahrungen laufen, was die dritte Welt betrifft, auf die primitive Idee hinaus, daß nur Privatkapital in seiner transnationalen Gestalt eine Entwicklung herbeiführen könne.

Allmählich aber setzt sich die Erkenntnis durch, wozu das führen kann. Die imperialistische Politik wird manchmal nicht von ungefähr als "Wirtschaftsdarwinismus" bezeichnet. Vielleicht ist das etwas zu simpel gesagt, aber der Sinn ist klar: Wie im Tierreich der Starke den Schwachen verdrängt, so sollen sich auch die bewußt an den Rand des wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruchs gebrachten Völker den imperialistischen Machern unterwerfen. Das ist die Moral der "Geldsäcke".

Das Leben selbst hat also die gerechte und demokratische, von Abhängigkeit und Unterwerfung freie Weltwirtschaftsordnung auf die Tagesordnung gesetzt. In der UdSSR ist man überzeugt, daß diese Hinterlassenschaft der kolonialen Vergangenheit durch die Behebung der Unterentwicklung, durch eine gerechte Regelung im Hinblick auf die Tilgung der Billionenschulden und durch Bändigung des Wettübens zugunsten der Entwicklung bewältigt werden kann.

So setzt die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihre Generallinie bei der Lösung dieses für die ganze Menschheit lebenswichtigen Problems fest. In ihrem Programm heißt es: "Die KPdSU unterstützt den gerechten Kampf der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Imperialismus und gegen das Joch der transnationalen Monopole, für die Durchsetzung ihres souveränen Rechts, selbst über ihre eigenen Ressourcen zu verfügen, für die Neugestaltung der internationalen Beziehungen auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage, für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, für die Befreiung aus der Schuldknechtschaft, die ihnen die Imperialisten aufgezwungen haben."

Garten auf dem Rip

Wie verbreitet ist die „Aktion Z“?

Menschen wie ihn nennt man gewöhnlich „ein Kerl wie ein Schrank“. Seine Gesichtszüge sehen aus wie gemeißelt, seine Hände, als seien sie den Umgang mit Axt und Hobel gewohnt. Wenn Jaroslav Prochazka, Vorsitzender des Nationalkomitees, berichtet, blitzen seine Augen.

Choltice

In diesem Dorf sind nur wenige in der Landwirtschaft tätig. Die meisten arbeiten in den umliegenden Betrieben. Schon frühmorgens rollen sie in ihren PKWs über enge Landstraßen davon oder sie gehen zur Bushaltestelle. Nach Hause kommen sie, wenn es schon dämmt, oder erst spät abends. Für sie ist jedoch ihr Dorf kein Schlafdorf, sondern ihr angestammter, ständiger Wohnsitz.

Vergangenes Jahr feierte Choltice seinen 700jährigen Geburtstag. Dazu wurde eine großzügig angelegte Schule eröffnet, um deren Ausstattung sie manche renommierte Lehrerin in der Hauptstadt beneiden könnte. Dabei wurde nicht nur eine Schule eingeweiht, sondern auch die Bilanz gezogen, wie die Dorfbewohner an der „Aktion Z“, abgeleitet vom tschechischen zvedlebovat — Ausstattung, teilhaben. So heißt die öffentliche Initiative zur Verschönerung der Städte, Siedlungen und Dörfer.

Der Schulbau begann 1979. Die Baukosten setzte man auf 30 Mio Kronen fest. Als die Schule übergeben wurde, ergab sich unterm Strich, daß sie das Nationalkomitee nur 18 Mio Kronen gekostet hatte. Beneidenswertes Spartalent? Mitnichten. Die Diskrepanz zwischen veranschlagten und faktischen Kosten ist ja gerade der Sinn der „Aktion Z“.

Wenn Sie wollen, daß alle Ihre Kinder nur vormittags und in optimal ausgestatteten Klassenräumen unterrichtet werden, daß jeder Hemdenmatz seinen Platz in einem schönen Kindergarten bekommt, daß noch eine Turnhalle oder ein Schwimmbad gebaut wird, gibt es eine nicht gerade bequeme, aber dafür zuverlässige Lösung: Verwenden Sie auf die Verwirklichung dieser Ideen einen Teil Ihrer Freizeit, Ihre Fertigkeiten und Ihre Begeisterung.

12 von den 30 Mio Kronen, die man in Choltice „gespart“ hat, sollten von vornherein nicht ausgegeben werden. Für 18 Mio stellte der Staat dem Nationalkomitee Baumaschinen und -anlagen, Bauholz,

Zement, Glas, Elektroausrüstung und Mobiliar zur Verfügung. Damit ließ sich schon ein zweistöckiges, gut ausgestattetes Schulgebäude hochziehen. Und 12 Mio Kronen — soviel kostet umgerechnet die investierte Arbeit. Während der gesamten Bauarbeiten, vom ersten Spatenstich bis zum ersten Läuten, das die Einweihungsgäste zusammenrief, war Jaroslav Adamira, Bauarbeiter auf Rente, der einzige festangestellte Arbeiter.

Sonntagmorgen in Choltice: Wir treffen Jiri Nauman, Fräser bei den 'Tesla'-Werken, Vladislav Franek, Koch aus Pardubice und den Elektriker Josef Kolar bei der Arbeit. Sie wohnen also in Choltice, arbeiten aber auswärts. Sie bauen gerade ein Freibad. Putzer und Planiermaschinen stehen auch auf der Matte. Echte Allroundgenies. Am selben Morgen

Jaroslav Prochazka. Ohne Gegenstimme gewählt.



Schule in Choltice, von den Bewohnern selbst gebaut



schicken sie fünf Mann wieder nach Hause. Nicht genug Arbeit für alle. Sie sind nächstes Wochenende dran. Die 25 verbleibenden Unentwegten drücken sich nicht einen Augenblick ohne Beschäftigung herum. Werkzeug und Material sind zur Hand.

Jaroslav Prochazka wurde dieses Jahr wieder zum Vorsitzenden des Nationalkomitees gewählt. In seinem Wahlkreis erhielt er alle 1760 Stimmen.

Nach dem neuen Bauplan für 1988 müssen die Einwohner von Choltice eine Poliklinik bauen, Kostenpunkt: 5 Mio Kronen. Für etwa 4 Mio stellte der Staat Material und Ausrüstung bereit. Alles andere müssen sie selbst machen. Im Dorf Svincany wurde eine Wasserleitung verlegt. Die Hälfte der Kosten geht auf das Konto der freiwilligen Arbeit. Das gleiche gilt für das Verhältnis von staatlichen Investitionen und Arbeitsaufwand bei der Asphaltierung einer Straße, die drei neue Dörfer verbinden soll.

Vielleicht ist aber Choltice die glückliche Ausnahme? Ist die „Aktion Z“ tatsächlich so weit verbreitet? Was veranlaßt die Menschen, Zeit und Kraft in eine nicht ganz private Sache zu investieren?

Wer arbeitet besser!

Wir sind Hunderte Kilometer in der Tschechoslowakei herumgefahren und brachten bei jeder sich bietenden Gelegenheit die „Aktion Z“ zur Sprache.

Im folgenden stellen wir vor, wie verschiedene einzelne Persönlichkeiten diese republikweite Bewegung werten.

Jaroslav Kvac, Klempner in einer Reparaturwerkstatt, Abgeordneter des Nationalkomitees, CSSR-Ost:

„Die 'Aktion Z' ist deshalb gut, weil sie

Streitgespräch in Jablonna

Von unserem politischen Kommentator Sergej GOLJAKOW

Zum Jahreszeitenwechsel wurde das alte Schloß bei Warschau wieder zum Treffpunkt für Journalisten von „Jablonna 6“. 120 Vertreter führender Presseorgane, Fernseh- und Radiogesellschaften, Vertreter von Nachrichtenagenturen aus 26 Teilnehmerländern der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hatten sich versammelt. Sie diskutierten folgende Themen: „Die Welt nach Reykjavik“, „Europa in der Welt von heute“, „Verantwortung des Journalisten im Ost-West-Dialog“.

Mir scheint, es hat einen besonderen Sinn, wenn unsere polnischen Freunde nun schon seit 15 Jahren diese Zusammenkünfte immer am selben Ort ausrichten. Jablonna ist ein kleines, jetzt herbstlich geschmücktes, gemütliches Städtchen, wie man sie überall in Europa, wenn nicht auf dem ganzen Planeten, sieht. In solchen Städten spielt sich das ganze Leben in der Gemeinschaft ab. Der eine ist des andern Nachbar. Jeder weiß über die Sorgen seines Nächsten Bescheid. Gerät einer in Not, oder hat er Anlaß zur Freude, nehmen alle um ihn herum daran Anteil.

Natürlich besteht keine direkte Analogie zwischen dem Mikrokosmos einer Kleinstadt und der unermesslichen Welt der großen Politik, in der alles viel komplizierter ist. Letztendlich hat jedoch auch die Politik mit Menschenschicksalen, menschlichem Leben und Wohlergehen zu tun. Warum sollten elementare Lebensweisheit und gesunder Menschenverstand nicht auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen triumphieren? Die Konferenzen in Jablonna stehen für diese schlichte und große Idee: Angesichts allgemeiner Gefahr ist der Frieden unteilbar.

Daran erinnerte Marian Orzechowski, Außenminister der VR Polen, als er „Jablonna 6“ eröffnete: „Ich glaube, daß uns alle die Überzeugung vereint, daß der Planet Erde unser gemeinsames Schicksal



ist. Wir haben uns hier versammelt, weil wir über ihren Zustand und über den morgigen Tag besorgt sind. Ich weiß, daß unsere Auffassungen über das Wesen der Erscheinungen, die eine Gefahr für die ganze Menschheit darstellen, übereinstimmen. Unsere Einschätzung der Gründe und der Methoden ihrer Beseitigung mögen voneinander abweichen. Allen gemeinsam jedoch ist die Sorge um die Zukunft und die Erkenntnis, daß wir nicht das Recht haben, den Fehler zu machen, in Tatenlosigkeit zu verharren.“

„Jablonna 6“ hat eins deutlich gemacht: Tatenlosigkeit in unserer Zeit kommt dem freiwilligen Tode gleich. Der bestürzende Fortschritt im Zeitalter der Atomraketen gestattet keinen Zeitverzug. Wenn wir nicht heute das Wetrüsten anhalten und verhindern, daß es in den Weltraum übertragen wird, kann die Welt in eine tödliche internationale Konfrontation mit unvorhersehbaren Folgen geraten. Ein Kollege aus der DDR drückte das so aus: Der Mensch ist „Herr seines Schicksals“ im überraschendsten und schlimmsten Sinne des Wortes. Von ihm hängt jetzt nicht nur Lebensqualität, sondern das Leben selbst ab, die Existenz allen Lebens auf dem

Planeten. Nie zuvor ist ein solches Problem aufgetreten. Jetzt macht es sich mit grausamer Unnachgiebigkeit bemerkbar. Wo ist der Ausweg?

Reykjavik hat diesen Ausweg gewiesen. Die meisten Diskussionsteilnehmer in Jablonna waren dieser Meinung. Trotz aller Dramatik im Verlauf der Gespräche und ihrer Ergebnisse öffnete das sowjetisch-amerikanische Treffen in Island eine reale Perspektive in eine atomwaffenfreie und sichere Welt.

Reykjavik war Punkt 1 der Tagesordnung. Das Thema beherrschte jedoch alle Sitzungen. Wenn man von ein paar Mißklängen absieht, war der allgemeine Tenor: Reykjavik war die Stunde der Wahrheit, hat die Menschen mit einer Hoffnung erfüllt, von der sie nicht mehr lassen wollen. Die vollständige Beseitigung atomarer Raketenstrecken in absehbarer Zukunft ist möglich. Dazu bedarf es notwendigerweise politischen Willens, welches die Sowjetunion aufrichtig und verantwortungsbewußt an den Tag legt. Wir haben wiederholt unsere Bereitschaft erklärt, die Interessen des Partners zu berücksichtigen und um des Hauptzieles willen Kompromisse einzugehen. Das ist neues politisches Denken in Aktion. Ohne dieses kommt man im Atom- und Weltraumzeitalter nicht aus.

Und die berüchtigte SDI, der Stein des Anstoßes in Reykjavik? Bezeichnenderweise fand sich in Jablonna niemand, der dieses Produkt pervertierter Militaristenphantasie verteidigt hätte. Selbst die Amerikaner konnten sich nicht entschließen, für die Weltraumambitionen ihres Präsidenten in die Bresche zu springen. Sie hätten auch wenig Rücken- deckung bei ihren Kollegen aus den NATO-Ländern gefunden. Nur J. Hoagland von der „Washington Post“ empfahl, dem „Verteidigungscharakter“ der Präsidenteninitiative zu vertrauen. Das war die einzige und wenig überzeugende Stimme.

Ist wirklich der große Durchblick eingezogen? Ich bin nicht überzeugt. Die Dinge liegen, glaube ich, etwas anders. Der Plan, das Wetrüsten in den Weltraum zu übertragen, hat die Europäer empfindlich an ihre gemeinsame Verantwortung für das Schicksal des Kontinents erinnert. Das zeigte sich in Jablonna.

nicht als Initiative von oben entstanden ist. Niemand hat sie ausgeheckt. Sie kommt aus der guten alten Tradition der Nachbarschaftshilfe. Macht und Einfluß der örtlichen Organe bewerten wir hier nicht danach, wie viele Fragen sie übergeordneten Instanzen vorlegen. Fragen aufzuwerfen ist nur der erste Schritt. Die örtlichen Organe muß man danach beurteilen, was dabei herauskommt, wenn sie für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Wähler kämpfen. Ist es etwa vernünftig zu warten, bis man sich in Prag Gedanken darüber gemacht hat, ob es sich lohnt, auf deinem Dorfplatz eine Grünfläche anzulegen? Natürlich kann man sich darauf verlassen, daß die Regierung in ihrem Plan vorsieht, einen Kindergarten oder ein Schwimmbad zu bauen, wenn es so etwas bei dir im Ort

noch nicht gibt. Man kann aber auch die notwendigen Mittel und Materialien beantragen und sagen: den Rest erledigen wir selbst. Wer wir sind? Alle Einwohner unserer Ortschaft, unabhängig, ob sie in einer nahegelegenen Fabrik oder in der hiesigen Kooperative arbeiten.“

Adolf Hajek, 1. Sekretär des KPTsch-Kreiskomitees Liberec, CSSR-Nord:

„In einem Jahr kostet uns die Bautätigkeit 100 Mio Kronen, aber wir geben nur 30 Mio aus. 1980 haben wir beschlossen, jedem Kind einen Kindergartenplatz zur Verfügung zu stellen. In fünf Jahren haben wir das geschafft. Sehr oft kommen unsere Jugendlichen aus dem Jugendverband und wollen Material haben für einen Sportplatz oder ein Schwimmbad. Als nächstes bauen wir hier einen Busbahnhof, legen einen Park an, verlegen

Wege und Bürgersteige. In den Dörfern wollen wir neue Geschäfte eröffnen. Als Ergänzung zum umfangreichen Staatsplan für Industrie- und Gesellschaftsbau wollen wir in den nächsten 5 Jahren mit Arbeitskräften aus der Bevölkerung weitere 500 Mio Kronen herauswirtschaften.“

Miroslav Nejedlý, Vorsitzender des Gewerkschaftskomitees Pelhřimov, CSSR-Süd:

„Ohne diese Volksbewegung hätten wir nicht so viel erreicht. Das Kulturhaus in Pazov sollte laut Kostenvoranschlag 20 Mio Kronen kosten, aber wir haben nur 5 Mio gebraucht. Anfangs hatten wir vor, daß jeder Gewerkschafter 5 Stunden arbeitet. Als wir sahen, was für spürbare Konsequenzen das hatte, beschlossen wir, der 'Aktion Z' neun Stunden Freizeit abzutreten. Später haben wir zusammen-

Jenseits des Atlantik hat man Europa schon lange die Rolle der nuklearen Geisel zugeordnet. Eben in Europa wollte das Pentagon seine Doktrin des „begrenzten“ oder „längeren“ Atomkriegs in der Praxis erproben. Seit Veröffentlichung der SDI-Pläne erwarten die Europäer nicht ganz ohne Grund erneutes Unheil. Sollte unser alter Kontinent kein besseres Los verdient haben?, fragte man sich in Jablonna. Darauf gibt es nur eine Antwort: Europa als Gemeinschaft der Staaten und Völker muß sich über ideologische Unterschiede hinwegsetzen und mit einer Stimme fordern: „Die Europäer selbst müssen das Schicksal ihres gemeinsamen Hauses entscheiden!“

Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als wäre in Jablonna alles eitel Freude und Sonnenschein gewesen. Natürlich gab es auch heftige Meinungsverschiedenheiten. Besonders, als es darum ging, was Journalisten konkret für die Verbesserung des internationalen Klimas tun können, und worin sie ihre staatsbürgerliche und berufliche Pflicht sehen.

F. Lewis, die angesehene Kommentatorin der „New York Times“, sieht diese Pflicht in einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung, die dem Leser Fakten bietet. K. Wojna, Vertreter des polnischen Rundfunks, ging auf sie ein und stellte fest, daß die öffentliche Meinung ihr Weltbild aufgrund von Fakten aufbaut, die ihr die Massenmedien vorlegen. Aber wer mischt die Karten? Wie berichten beispielsweise westliche Journalisten über die Lage in Polen nach 1980? Der Leser erhält ein verzerrtes Bild, weil die Fakten nur einer Quelle entnommen werden, Gesprächen mit Oppositionellen am Kaffeetisch.

P. Kendall, Chef des amerikanischen CBS-Büros in Bonn, wollte die Kollegen agitieren, die Vorteile der amerikanischen Presse darin zu sehen, daß sie scheinbar auf eigene Faust „Irregular“ aufgedeckt hat und recherchiert. Dieselbe Presse jedoch liefert den Amerikanern täglich neu das sowjetische Feindbild, trägt zu antikommunistischer Hysterie bei und sät Feindschaft und Mißtrauen zwischen unseren Völkern.

R. Khazal, Korrespondentin der schwedischen Arbeiterzeitung

„Norrskensflamman“, sprach engagiert darüber, daß auch in Schweden, einem Land mit traditionell bürgerlicher Demokratie, politisch diskriminiert wird, Menschenrechte verletzt und Menschen wegen ihrer Überzeugung verfolgt werden. Die „freie Presse“ jedoch schreibt darüber nicht.

In Jablonna hat natürlich niemand daran gedacht, den ändern zum rechten Glauben zu bekehren. Die Frage war, wie man trotz unterschiedlicher Sichtweise und ideologischer Einstellungen den Menschen das Wichtigste nahebringen kann: Daß man gegen den Krieg kämpfen muß, solange er noch nicht ausgebrochen ist.

Vielen Teilnehmern kam bildhaft vor, was ein ungarischer Kollege über eine Schülerin aus Budapest erzählte. Sie wollte ihre Freundinnen überreden, nach Australien oder Neuseeland auszuwandern. Ein Krieg würde dort schon nicht so schlimm sein. Aber ihre Freundinnen hatten ihr widersprochen: Warum ans Ende der Welt fahren? Besser wenn wir gemeinsam etwas tun, damit ein Krieg gar nicht erst entsteht.

Warum sollten nicht auch wir Journalisten unsere Kräfte auf dieses Gebiet konzentrieren, fragte Kollege Z. Broniarek von der „Trybuna Ludu“. Nicht Desinformation verbreiten, die nur eine Fortsetzung des Rüstungswettlaufs fördern würde, sondern darüber sprechen, daß dieser Rüstungswettlauf uns unerträglich an den fatalen Punkt führt, an dem man anhalten muß, solange es dafür noch nicht zu spät ist.

Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Staatsrats der VR Polen, wandte sich an die Teilnehmer von „Jablonna 6“: „Unter der Bedingung zugespitzter internationaler Beziehungen ist es besonders notwendig, alle Kräfte um der Sicherung des Friedens und der Fortführung des Ost-West-Dialogs willen zu vereinen. Wenn es den Journalisten gelingt, der Menschheit diese Idee zu Bewußtsein zu bringen, wird diese eine mächtige materielle Kraft, die fähig ist, die Feinde des Friedens und des Wohlergehens auf der Erde zu zügeln.“

Jablonna--Moskau



HENRY WINSTON

Ein Mann, der stolz und vorsichtig ein kleines rotes Buch in Händen hält, sein Parteilbuch Nr. 1. So haben viele Genossen Henry Winston, den Nationalen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der USA, an dem Tag in Erinnerung, als die Parteilbücher ausgegeben wurden. Ihn werden all die im Gedächtnis behalten, die für die Rechte der Werktätigen kämpfen, für Freiheit, Unabhängigkeit und das Glück aller Menschen unseres Planeten. Die Kommunisten der Welt werden sich seiner erinnern.

Henry Winston gab sein schweres und ereignisreiches Leben für diesen Kampf hin. 1931 trat er der Kommunistischen Jugendliga bei. 1933 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei der USA. Er führte Anfang der 30er Jahre den Marsch der Arbeitslosen von Kansas - City nach Washington.

Unter McCarthy stellten ihm und seinen Genossen die amerikanischen Behörden unter fingierten Anschuldigungen nach. 1956 warfen sie Henry Winston ins Gefängnis. Unter dem Druck der amerikanischen und internationalen Öffentlichkeit wurde er fünf Jahre später freigelassen. Er war infolge einer Krankheit erblindet. Ungeachtet seines Leidens stand er bald wieder in den ersten Reihen der Kämpfer.

„Genosse Winston hat wie ein Stahlseil die Partei selbst zusammengehalten und sie mit der Arbeiterklasse verbunden“, sagte Gus Hall, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der USA.

Seit 1966 war Henry Winston Nationaler Parteivorsitzender.

Wir verneigen uns heute im Gedenken an den bedeutenden Internationalisten, den guten Freund des Sowjetlandes, den führenden Kämpfer für die Ideen des Sozialismus und des Kommunismus, Henry Winston.

B. PISTSCHIK,

L. MLETCHIN

NZ-Sonderkorrespondenten

Prag--Moskau

gerechnet, daß jeder Einwohner unseres Bezirks 20 unentgeltliche Arbeitsstunden pro Jahr leistet.

20 Stunden im Jahr sind, glaube ich, nicht viel für einen Menschen. Wenn man das aber zusammenrechnet, erhält man einen beachtlichen Arbeitszuwachs von begeisterten Menschen.“

Bedrich Kuban, Ingenieur, wohnt im Dorf Horni Becva:

„Mein Betrieb liegt 15 km vom Dorf entfernt. Aber weil ich hier meinen ständigen Wohnsitz habe, leite ich die SVAZARM, eine Freiwilligenorganisation. Unsere 120 Mitglieder, dazu die Männer der freiwilligen Feuerwehr, der Jugendverband, die Gesellschaft für Tschechoslowakisch-Sowjetische Freundschaft und die Hobbygärtner, also fast alle Dorfbewohner nehmen an der

„NEUE ZEIT“ 51.86

Ein Pendel

Von unserem Korrespondenten Juri TAWROWSKI

Die Art, wie sich die Beziehungen zwischen Japan und China entwickeln, erinnert an ein Pendel — von dem 15jährigen Krieg, der Millionen Chinesen das Leben kostete, bis zu den "besten Beziehungen des Jahrhunderts" (so Hu Yaobang, Generalsekretär des ZK der KP Chinas); vom völligen Fehlen eines Handels bis zu der Sturzflut japanischer Waren, die als "Wirtschaftsaggression" bezeichnet wird; von der gegenseitigen Gehässigkeit und Verachtung bis zur Herstellung von Gemeinschaftsfilmen und Fahrten an die Quellen des Huanghe.

Die einander entgegenwirkenden innen- und außenpolitischen Faktoren und die Unterschiede in den Wirtschaftsinteressen lassen dieses Pendel nicht zum Stillstand kommen.

Die Politik...

Seitdem 1972 die diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden und 1978 der Friedens- und Freundschaftsvertrag zustande kam, hat sich zwischen Tokio und Peking ein Dialog angebahnt. Peking besuchten die Ministerpräsidenten Tanaka, Ohira und Suzuki. Nakasones Besuch im November war schon der zweite in den vier Jahren, die er Ministerpräsident ist (den ersten stattete er China 1984 ab). In Tokio wiederum weilten Deng Xiaoping (1978), Hua Guofeng (1980), Vorsitzender des Staatsrats der VR China Zhao Ziyang (1982) und Hu Yaobang (1983). Regelmäßig überqueren die Außenminister, namhafte Funktionäre der KP Chinas und der Liberal-Demokratischen Regierungspartei Japans sowie einiger seiner Oppositionsparteien das Japanische Meer.

Bei der Ausdehnung des Dialogs spielen nicht zuletzt die verschiedenen Massenorganisationen, namentlich das 1984 auf Anregung Nakasones gebildete "Komitee der japanisch-chinesischen Freundschaft des 21. Jahrhunderts", eine Rolle. Chinesischerseits steht dem Komitee Wan Zhaoquo, Sekretär des ZK der KP Chinas, vor.

Was den Inhalt des Dialogs betrifft, so dominieren dabei die komplizierten Fragen der bilateralen Beziehungen, in denen die Gegensätze zuweilen krisenhafte Form annehmen.

In den letzten fünf Jahren kamen solche Krisen zweimal vor und standen beide Male mit der düsteren Geschichte der japanisch-chinesischen Beziehungen aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in Zusammenhang. 1982 wurden ein Entwürstungsturm der Öffentlichkeit Chinas und offizielle Proteste von dessen Regie-

rung durch Änderungen in den japanischen Geschichtsbüchern und Versuche ausgelöst, die Verbrechen des Militärklüngels an China zu rechtfertigen. Im Herbst vorigen Jahres reagierte Peking scharf auf den ersten offiziellen Besuch seit Kriegsende, den der japanische Ministerpräsident dem Yasukuni-Tempel, der "Ruhestätte der Seelen" nach dem Urteil des Tokioter Tribunals hingerichteter Hauptkriegsverbrecher, Anstifter der Aggression gegen China und andere Staaten Asiens, abstattete. In China wurden Festspiele japanischer Filme abgesetzt und Gastspiele einer berühmten Musikbühne abgesagt.

Zu den potentiell gefährlichen Problemen gehören die enge Verbundenheit Japans mit Taiwan und der Streit um die Diaoyudao-Inseln (oder Senkaku, wie sie auf den japanischen Landkarten genannt sind). Obwohl die Ministerpräsidenten Zhou Enlai und Kakuei Tanaka schon 1972 vereinbarten, die Beilegung des Konflikts künftigen Generationen zu überlassen, wurde in Tokio 1981 bekanntgegeben, daß eine "Kommission zur Nutzbarmachung der Ölvorkommen im Raum Okinawas und der Senkaku-Inseln" ihre Tätigkeit aufnehme. Gleich damals wurde ruchbar, daß japanische Firmen bei den Senkaku-Inseln bereits geologische und hydrologische Untersuchungen vorgenommen und auf den Inseln eine Hubschrauberstation gebaut hatten. Vor einem Jahr sorgte das Amt für Sicherheit auf See (der Küstenschutz) dafür, daß ein "interner Bericht" mit der Empfehlung an die Regierung, "praktische Aktionen einzuleiten, um Japans Souveränität über die Senkaku-Inseln zu manifestieren", in die Presse "durchsickerte".

... und die Wirtschaft

Die Statistik des japanisch-chinesischen Handels sieht im großen und ganzen gut aus. Der Warenaustausch ist zwischen 1972 und 1985 wertmäßig von 1,1 auf 19 Md. Dollar angewachsen. Japan ist jetzt Chinas Hauptlieferant (ca. 40 Prozent

seines Imports) und nach Hongkong und Macao sein drittgrößter Absatzmarkt (ca. 25 Prozent des Exports). China ist heutzutage der wichtigste Abnehmer der japanischen Stahlwerke und der Betriebe, die komplette Ausrüstungen für die Petrochemie erzeugen. Die Bedeutung des chinesischen Marktes für die auf Kraftwagen, Haushaltsmaschinen und andere Gebrauchsgüter spezialisierten Firmen hat wesentlich zugenommen. Japanische Gesellschaften wiederum importieren einen großen Teil wichtigster chinesischer Exportartikel, z. B. Erdöl, Textilien, Agrarprodukte und Kohle. Auch die Zahl der japanisch-chinesischen Betriebe ist gestiegen, Ende 1985 waren es 148, und sie reichten von Automontagewerken bis zu Brauereien. Im Rahmen der Regierungsabkommen räumte Japan China zwischen 1979 und 1983 300 Md. Yen Kredite ein, und ab 1984 bekommt China im Laufe von sieben Jahren weitere 470 Md. Japanische Privatbanken beteiligen sich rege an bi- und multilateralen Darlehen und Krediten für China.

An und für sich geben die Zahlen aber kein vollständiges Bild von den japanisch-chinesischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Auf dem unlängst in Tokio abgehaltenen Kolloquium "Betrachtungen über die Wirtschaft Japans und Chinas vor dem 21. Jahrhundert" warfen Repräsentanten staatlicher, industrieller und Forschungsorganisationen sowie Banken der beiden Länder einander viel vor.

Die Chinesen betonten, daß der Fehlbetrag im Handel Chinas mit Japan rapide steigt, was nicht geduldet werden könne: Er betrug 1983 1,2, ein Jahr danach 2 und 1985 die Rekordsumme von 5,9 Md. Dollar. Die japanischen Wirtschaftsexperten entgegneten, die Hauptursache seien nicht so sehr Bemühungen der japanischen Exporteure wie die vorübergehende Abschwächung der zentralen Kontrolle über die Außenhandelsabschlüsse der Provinzen, Städte und Großbetriebe Chinas, die 1984 und 1985 große Partien von Kraftwagen, Fernsehgeräten, Waschmaschinen und Kühlschränken angekauft hätten.

Die chinesischen Redner sprachen über die unzureichenden japanischen Investitionen in China und die zu langsame Übergabe moderner Technologie, ferner über die zu geringe Zahl der gemischten japanisch-chinesischen Unternehmen. Unter den schon bestehenden überwiegen außerdem die mittelgroßen und kleinen, die längst nicht die modernste Technologie verwenden. Andererseits haben es die japanischen Unternehmer Peking nicht vergessen, daß es schon perfekte große Aufträge auf Ausrüstungen der Metallurgie und Petrochemie zu Anfang des laufenden Jahrzehnts stornierte, um so weniger, als schon bestätigte Abschlüsse und Vereinbarungen noch jetzt einer Revision unterzogen werden. Viele Aufträge werden nicht termingemäß erfüllt. Leute, die in China eventuell Kapital investieren oder ihm moderne Technolo-



Eine Schwemme japanischer Waren deutet die unausgewogenen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern an und ruft in China ernsthafte Beunruhigung hervor. Man spricht hier von "Wirtschaftsaggression" und "Zweiter Okkupation"...

Foto aus: "Newsweek" (USA)

gien liefern würden, sind nicht sicher, daß die Wirtschaftsreformen von langer Dauer sein werden.

Das Widerstreben des japanischen Big Busines, sich langfristig an China zu binden, das auf dem asiatischen und dem globalen Markt durch Verbindung der japanischen Technologie mit den billigen Arbeitskräften ein gefährlicher Konkurrent werden kann, hat auch noch andere Gründe.

Im Westen macht man die wirtschaftliche "Hilfe" an China nach wie vor sehr von den eigenen strategischen Plänen abhängig. Schon beim Treffen der Spitzenpolitiker der größten kapitalistischen Länder in Ottawa (1981) erklärte der damalige Außenminister Japans, Sunao Sonoda: "Der Westen muß sich zur Zusammenarbeit mit Peking an der wirtschaftlichen Modernisierung Chinas günstig einstellen und es dadurch in die wirtschaftliche Struktur des Westens einbauen. Japan steht bei diesen Bemühungen an vorderster Stellung."

Der Schuldkomplex

Charakteristisch für die Öffentlichkeit Japans ist eine besondere Einstellung zu China. Sie beruht auf der 2000jährigen Geschichte enger Verbindungen, die Japan Zugang zu den chinesischen Schriftzeichen, den religiösen und ethischen Grundsätzen des Buddhismus und Konfuzianismus sowie zur materiellen Kultur des "Reichs der Mitte" boten. In den letzten Jahrzehnten hat der "Komplex der Schuld" an den Bestialitäten im Krieg und das Bestreben, die Schuld durch wirtschaftliche und kommerzielle Zugeständnisse "zu sühnen", eine Rolle gespielt.

Neben günstigen Vorstellungen von China bestand in Japan aber immer eine

antichinesische und antikommunistische Denkweise. Bis Ende der 60er Jahre herrschte sie vor und wird jetzt wieder stärker. Das wird mit dem allgemeinen Anwachsen der konservativen und nationalistischen Stimmungen sowie mit dem Wechsel der Generationen in Zusammenhang gebracht. Von den 120 Millionen Japanern sind fast zwei Drittel nach dem Krieg zur Welt gekommen. Sie neigen nicht zu einem Gefühl der Schuld an den Geschehnissen von vor 40 oder 50 Jahren, sondern meinen im Gegenteil, daß die Japaner vor allem Kriegsoffer seien. Wieder wird die Jugend im Sinne der "Überlegenheit der Yamato-Rasse" und der Unfehlbarkeit Japans erzogen. Die

oberste Führung des Landes fordert "einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg". Sie behauptet, andere Nationen stünden geistig tiefer als die Japaner. Das wird mit Geschichtsfälschungen in Schulbüchern, Filmen und Fernsehen bekräftigt, wo immer mehr revanchistische Themen vorherrschen.

Auch die Vorstellungen von Japan in China haben sich merklich verändert. War man zu Beginn der "Politik offener Türen" beinahe von allem Japanischen — Waren, Technik, Fernsehfilmen und Popmusik — entzückt, so urteilt man jetzt zurückhaltender. Die militaristischen und nationalistischen Akzente in der Politik Tokios, der ungünstige Warenaustausch und die Überheblichkeit der Geschäftsleute und Touristen haben die verschütteten Erinnerungen an die kürzliche Vergangenheit wieder aufleben lassen. Bei Demonstrationen in Peking, Wuhan, Xian und Chengdu riefen Studenten voriges Jahr im Takt nicht nur Verurteilungen des Besuchs Nakasones im Yasukuni-Tempel und des Wiederaufkommens des japanischen Militarismus, sondern auch der "Wirtschaftsaggression" und der "zweiten Besetzung Chinas". Nicht ohne Rücksicht auf die Veränderung der öffentlichen Meinung haben die chinesischen Behörden in den letzten Monaten Veröffentlichungen in der Presse und Ausstellungen in Museen gestattet, die ein Bild von dem Gemetzel in Nanking (bei der Einnahme der Stadt im Jahre 1937 durch die japanische Armee) und von der "Abteilung 731" gaben, die bei der Entwicklung bakteriologischer Waffen Tausende Chinesen, Koreaner und Russen durch bestialische Experimenten ermordete.

Es wird noch Jahre dauern, ehe die Wunden verheilen, die dem chinesischen Volk durch die japanische Aggression geschlagen wurden. Ich meine, auch dann nur, wenn die revanchistischen japanischen Politiker aufhören werden, durch ihre chinefeindlichen Worte und Taten Entrüstungstürme auszulösen.

Tokio

PERSONALIEN



Botschafter der UdSSR in Island

Igor Nikolajewitsch

KRASSAWIN

I. N. Krassawin, Russe, geboren am 3. Mai 1930 in Pirjatin, Gebiet Poltawa, Ukraine. 1953 absolvierte er das Moskauer staatliche Institut für internationale Beziehungen beim Außenministerium der UdSSR. Seit 1959 Mitglied der KPdSU.

Nach dem Institut arbeitete er im Außenministerium der UdSSR. 1953–1957 Mitarbeiter der UdSSR-Botschaft in Finnland. 1957–1965 übernahm er mehrere diplomatische Funktionen in der Abteilung der skandinavischen Länder im Außenministerium der UdSSR. 1965–1972 1. Sekretär der UdSSR-Botschaft in Finnland. 1972–1975 Sektorenleiter der Abteilung für skandinavische Länder im Außenministerium der UdSSR. 1975–1980 Rat, dann Gesandtschaftsrat der UdSSR-Botschaft in Finnland. 1980–1986 stellvertretender Leiter der Abteilung der skandinavischen Länder, dann der 2. Europa-Abteilung im Außenministerium der UdSSR.

I. N. Krassawin wurde mit Medaillen ausgezeichnet.

Früher Perlen, heute Erdöl

Edmond SCHACHNASARJAN

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), am östlichen Rand der nahöstlichen Region gelegen, bestehen seit insgesamt 15 Jahren als unabhängiger Staat. Früher waren die VAE-Fürstentümer weniger in der Weltpolitik, als unter Philatelisten ein Begriff, wegen ihrer bunten Briefmarken. Heute sind die VAE nicht nur in der arabischen Welt, sondern auch international gesehen eine bemerkenswerte Kraft.

"Piratenküste"

Diese Bezeichnung hatten sich Europäer einfallen lassen. Möglicherweise stellte die ortsansässige Bevölkerung tatsächlich einen gewissen Risikofaktor für deren Schiffe dar, wer bewillkommenet schon gern ungeladene Gäste? Außerdem ist nicht auszuschließen, daß die Kolonialisten absichtlich die Piratenversion in die Welt setzten, um ihre Eroberungspolitik im Persischen Golf zu rechtfertigen.

In diesem von der Sonne ausgedörrten Wüstenstrich am Ostrand der Arabischen Halbinsel verdiente das Volk seinen Lebensunterhalt durch Ackerbau, Fischfang und Perlenfischerei. Mitte des 19. Jh. blühte die Perlenfischerei und machte einen beachtlichen Posten in den Einkünften der Fürstentümer am Persischen Golf aus. Später geriet dieses Gewerbe in Vergessenheit. Heute bestimmt Erdöl das Leben in den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Wenn schon von Piraterie die Rede ist, dann waren zunächst einmal die Kolonialmächte einschlägig vorbelastet. Sie herrschten an der Nordostküste Arabiens. Hier bestimmten einst Portugal, dann Großbritannien, später auch die USA. Flugzeugträgergeschwader mit Düsenjägern, Raketen und Atomwaffen an Bord lösten Fregatten und kanonenbewehrte Briggs ab, und die offene Ausbeutung in Form von Perlendiebstahl wurde durch Erdölkonzessionen ersetzt.

Ende 1971 wurde der jahrelange Kampf der Fürstentümer des ehemaligen Vertragsoman gegen die britische Kolonialmacht von Erfolg gekrönt: Die britischen Truppen mußten das Gebiet "östlich von Suez" verlassen, und am 2. Dezember 1971 verkündeten die 6 Emirate Abu

Dhabi, Dubai, Sharjah, Ajman, al-Fujairah und Umm al-Qaiwain die Gründung eines neuen Staates, der Vereinigten Arabischen Emirate. Im Februar 1972 schloß sich ihnen Ras al-Khaimah als siebtes Emirat an.

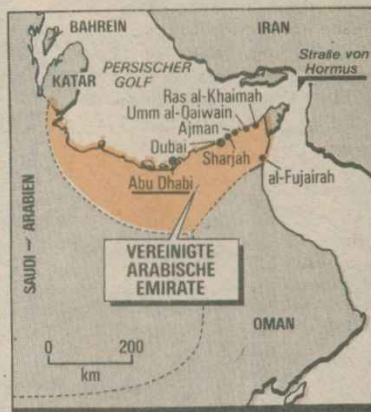
Höchstes Machtorgan des Landes wurde der Oberste Rat der Emire, dem die Regenten aller Fürstentümer angehören. Der Rat legt die Politik des Staates fest, bestätigt die Föderationsgesetze, wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten. Der Föderationspräsident führt den Vorsitz im Obersten Rat. Aufgrund ihrer Bedeutung haben Abu Dhabi mit 86 Prozent des Territoriums und 42 Prozent der Bevölkerung und Dubai mit 5,5 Prozent des Territoriums und 26 Prozent der Bevölkerung das Vetorecht bei der Beschlußfassung. Der Regent von Abu Dhabi, Sheikh Zayed bin Sultan al-Nahayan, ist seit Gründung der VAE ohne Unterbrechung Föderationspräsident. Staatliche Schlüsselpositionen besetzen in der Regel Vertreter der in den Emiraten herrschenden Familien. Es existiert ein beratendes Organ, der Nationale Föderationsrat (Parlament), dem 40 Abgeordnete aus den Emiraten angehören. Jedes Emirat führt die Hälfte seiner Einnahmen aus dem Erdöllexport an den Fiskus ab und trägt so zum gemeinsamen Haushalt der VAE bei.

Auch heute müssen bei allen Einheitsbestrebungen zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen zentrifugale Tendenzen und nicht selten auftretende Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Emiraten einkalkuliert werden.

Der größte Reichtum

Man kann die Vereinigten Arabischen Emirate als Staat der Neureichen bezeichnen. Ihr Reichtum ist nicht angestammt, sondern relativ spät erworben. Noch heute erzählt man von einem Scheich, der gewahrte, daß Ratten sein gesamtes Bargeld, 2 Mio Dollar in Noten, zerfetzt hatten. Er hatte sie in Säcken verwahrt, weil er den Banken nicht traute. Geschehen vor 20 Jahren.

Die VAE rückten später als andere Staaten der Region in das Ölgeschäft vor.



In Abu Dhabi setzte die Ölförderung 1962 ein, in Dubai 1969, in Sharjah 1974 und in Ras al-Khaimah erst letztes Jahr.

Bis zur Unabhängigkeit war die Erdölindustrie ausländisches Monopoleigentum. Für die Emirate wurde lediglich etwas vom Profit abgezweigt. Westliche Konsortien hatten eine Geldader angestochen und schmiedeten das Eisen, solange es heiß war. Deshalb hat auch kein anderes Land ein so hohes Entwicklungstempo bei der Erdölförderung erlebt, wie die Länder, die sich zu den VAE zusammenschließen sollten.

Niemand kann sagen, wie lange das Erdölfever angehalten hätte, wenn nicht objektive internationale Faktoren dazwischengeraten wären. Der Ölboom in Abu Dhabi und Dubai fiel zeitlich mit einem allgemeinen Aufschwung des anti-imperialistischen Kampfes zusammen. Die Unabhängigkeit der VAE, Bahreins, Katars, Südjemens, der aktive Kampf der Mitgliedsländer der Organisation erdöllexportierender Länder (OPEC), denen auch die VAE angehören, für das Recht, frei über ihre Erdölressourcen zu verfügen, die Tatsache, daß arabische Länder das Öl als Hebel einsetzten im Kampf gegen imperialistische Staaten, die die Aggression Israels unterstützten, all das erschütterte die Position der Monopole im Persischen Golf nachhaltig.

Bald nachdem die Vereinigten Arabischen Emirate ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, gingen sie dazu über, schrittweise Aktivposten ausländischer Ölkonzerne abzulösen. Schließlich war die ganze Ölindustrie verstaatlicht. 1981 wurde das ebenfalls ausländischen Gesellschaften gehörende interne Absatzsystem nationalisiert: Tankstellen, Vorratstanks und Transport. Zum ersten Mal nach 10 Jahren Unabhängigkeit stiegen die Erdöleinnahmen der VAE um das Hundertfache und mehr, von 200 Mio Dollar 1970 auf über 22 Md. 1981. Die Spitzenförderung wurde 1977 mit beinahe 97 Mio t Flüssiggas erzielt. Nach entsprechenden OPEC-Beschlüssen

wurde die Förderleistung danach gedrosselt und lag 1985 bei 50 Mio t. Dann fielen die Ölpreise. Infolgedessen schrumpften die Einnahmen aus dem Erdölverkauf um mehr als die Hälfte auf annähernd 10 Md. Dollar. Berücksichtigt man allerdings, daß hier etwas über anderthalb Millionen Menschen leben, ist das statistische Durchschnittseinkommen weiterhin das höchste in der Welt.

Wohin mit dem vielen Geld

Als der Korrespondent des französischen "Le Monde", Eric Rouleau, die VAE besuchte, fiel ihm die Protzhaltung auf, die einem in diesem jungen Staat auf Schritt und Tritt begegnet. Er erwähnt "5 Flug- und 7 Seehäfen, bei deren

nehmen, überwachen und steuern die Tätigkeit des ausländischen technischen Personals, die Ersatzteillieferung, den Transport und zu einem beachtlichen Teil Weiterverbreitung und Absatz des Erdöls. Sie sind auch in anderen Industrieunternehmen auf dem Vormarsch. Also ist es nicht verwunderlich, wenn die Baukosten für petrochemische Kombinate 30 Prozent über denen vergleichbarer Anlagen in kapitalistischen Industrieländern liegen. Sobald es dazu noch um den Verkauf von Produkten aus diesen Kombinat geht, werden sie, beispielsweise in den EG-Ländern, mit hohen Importzöllen konfrontiert.

Nach wie vor bestimmt der Bau von Erdöl- und Erdgas-Industrieanlagen die Entwicklungstendenz. Außerdem baut man zur Zeit in Dubai ein Aluminiumkom-

folge die Bevölkerung von 125 000 auf 1,6 Millionen Menschen. Als Arbeitsimmigranten kamen Palästinenser, Libanesen, Ägypter, Jemeniten, Iraner, Pakistani, Inder und Philippiner. Gegenwärtig stellen Ausländer über 90 von hundert Arbeitskräften.

Die Führung der VAE hätte sich dieses Durcheinanders gern entledigt. Es entstehen Probleme zwischen den einzelnen Nationalitäten, sozialer und politischer Art. Deshalb will man mehr nationale Facharbeiter ausbilden. Die obligatorische und kostenlose Schulbildung wurde eingeführt. Die ersten Fachkräfte haben bereits die erste Universität des Landes absolviert. Hunderte Studenten konnten in anderen arabischen Ländern, einige auch auf Staatskosten an europäischen und amerikanischen Universitäten studieren. Der allgemeine Alphabetisierungsgrad beträgt jetzt 30 Prozent.



VAE, Dubai. Wolkenkratzer in der neuen City, arabische Bautraditionen in der Altstadt

Foto aus: "Financial Times" (Großbritannien)

Ausmaßen und luxuriöser Ausstattung es einem den Atem verschlägt... 3 Radio- und 2 Fernsehsender, supermodern ausgerüstet, von den 396 Banken und Bankfilialen ganz zu schweigen".

Nichtsdestoweniger lösen die VAE die Aufgaben ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, indem sie sich auf stabile Einkünfte konzentrieren, die nicht von Ölpreisschwankungen oder erschöpften Lagerstätten abhängen. Trotz einiger Verzerrungen bei der Kapitalinvestition tut man in den Emiraten nicht wenig für die Entwicklung von Infrastruktur und sozialer Versorgung. In kurzer Zeit entstanden in der Wüste moderne Städte und landwirtschaftliche Oasen. Medizinische und Bildungseinrichtungen wurden gebaut.

Vorwiegend in Abu Dhabi und Dubai entwickelt sich Industrie. Große Industriebetriebe entstanden ausschließlich auf Kosten des staatlichen Kapitalssektors, unter Beteiligung ausländischen, überwiegend britischen, japanischen und US-amerikanischen Kapitals. Die Multis behalten wesentliche Positionen in den nationalisierten erdölfördernden Unter-

binat und ein Metallurgiewerk. Kraftwerke, Meerwasserentsalzungsanlagen, Zementfabriken und Wohnungsbaukombinate entstehen.

Mittel für all diese Projekte waren bis in letzter Zeit im Überfluß vorhanden. Der Export der VAE überstieg den Import beinahe um das Doppelte, wobei der Hauptanteil der Einnahmen im Ausland investiert wurde, sei es in Form von Bankeinlagen oder Investitionen in ausländische Unternehmen, die sich ihrerseits wieder bezahlt machten. Die Ölpreissenkung 1985-1986 und der entsprechende Rückgang der Einnahmen zwang die Emirate, sich ein wenig einzuschränken. Die Haushaltsausgaben des laufenden Jahres erreichten den niedrigsten Stand in den letzten 7 Jahren.

Es mag paradox klingen, aber die Stammbevölkerung der VAE wurde zur nationalen Minderheit. Der Ölboom hatte die Emirate unvorbereitet getroffen. Qualifizierte Fachkräfte für die Verwirklichung von Entwicklungsprojekten fehlten und man war gezwungen, ausländische Arbeiter und Fachleute ins Land zu holen. Nach 15 Jahren Unabhängigkeit wuchs demzu-

Vorbei an politischen Klippen

Die Entwicklung der VAE vollzieht sich in einem stürmischen und klippenreichen Meer regionaler Probleme. Da ist die ungelöste Frage Naher Osten, der politisch-ökonomische Druck von seiten kapitalistischer Großmächte, vor allem der USA, die den Persischen Golf zur "Zone ihrer vitalen Interessen" erklärt haben. Da ist der iranisch-irakische Krieg.

Unter diesen Bedingungen hat man sich gleich von Anfang an für eine nichtpaktgebundene Außenpolitik entschieden. Die Vereinigten Arabischen Emirate unterhalten gutnachbarliche Beziehungen zu den Staaten der Region und befürworten ein koordiniertes Vorgehen für die Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen im Rahmen des Kooperationsrates der Golfstaaten. Die VAE leisten mehreren asiatischen und afrikanischen Ländern Entwicklungshilfe. Die VAE sind Mitglied der UNO, der Arabischen Liga, der Islamischen Konferenz, der OPEC und der Nichtpaktgebundenenbewegung. In diesen Organisationen setzen sich die VAE ein für: die Sicherheit des Persischen Golfs, die die Staaten der Region aus eigener Kraft, ohne Einmischung von außen, gewährleisten können, die Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak, die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens, für die Unterstützung der arabischen Völker in ihrem Kampf gegen die israelische Aggression und für die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

Die im November 1985 zwischen der Sowjetunion und den VAE erzielte Vereinbarung über den Austausch diplomatischer Vertreter auf Botschaftsebene stellt eine Bekräftigung dieses konstruktiven politischen Kurses dar. Unsere beiden Länder eint das gemeinsame Streben nach Frieden und gleichberechtigter Zusammenarbeit.

El-Hadjar, Annaba und andernorts

Annaba hat ein unvergleichliches Gepräge. Jedes Stadtviertel ist gleichsam eine Seite aus der Geschichte Algeriens. Im mauretanischen Stil erbaute Paläste der türkischen Beis. Einst gefürchtete Festungen der Osmanenzeit: Von ihren Mauern ließ man auf die rebellierenden Algerier feuern. Prunkvolle Palais französischer Kolonialherren, die nach dem 132 Jahre langen Befreiungskampf des algerischen Volkes aus dem Lande verjagt wurden. Und schon sieht man die neueste Geschichte des unabhängigen Algeriens, die sich in moderner Architektur manifestiert: Theater, Universität, Zentrum für Berufsausbildung, Stadion, komfortable Wohnhäuser für einfache Arbeiter.

Als Gruppe sowjetischer Journalisten

dem Kollektiv, das die beiden Hochöfen bedient. Der eine Ofen wurde von den Franzosen gebaut und der andere — mit sowjetischer technischer Unterstützung. Der zweite Ofen liefert 80 Prozent des hier produzierten Metalls. Die Algerier sind froh darüber, daß sie sowjetische Fachleute für den Bau des leistungsstarken Hochofens geholt haben. Haben doch die Vertreter der V/O "Tjashpromexport", die auch heute noch in El-Hadjar arbeiten, reiche Erfahrungen beim Bau von Hüttenbetrieben in den Entwicklungsländern vorzuweisen. In Indien, Ägypten, Iran und vielen anderen Ländern weiß man das zu schätzen.

"Sowjetische Menschen werden bei uns hochgeachtet", berichtet der stellvertre-

auch sie veralten mit der Zeit. Vor kurzem wurde ein Kontrakt über den Bau eines Produktionsabschnittes für Ersatzteile in El-Hadjar unter Dach und Fach gebracht. Das bedeutet: keine Ersatzteilimporte, Valutaeinsparung.

Uns werden Lagerhallen mit Fertigerzeugnissen gezeigt. Auf den verpackten Kisten stehen Adressen eines Betriebes für Landmaschinen, der Werke, die Rohre für Erdöl- und Erdgaspipelines herstellen, sowie von Werften, Waggonbaubetrieben und Konservenfabriken. Beliefert wird nicht nur das eigene Land. Walzstahl, verzinkte Bleche werden von den USA, Großbritannien, der BRD und anderen Ländern aus Algerien importiert. Dies ist besonders wichtig: Seit 1984 ist in El-Hadjar die Exportproduktion großgeschrieben. Nach Einschätzung des stellvertretenden Generaldirektors belegt das Kombinat in El-Hadjar bereits jetzt gleich nach den Betrieben der algerischen Petrochemie einen führenden Platz nach dem Volumen der Exporterlöse.

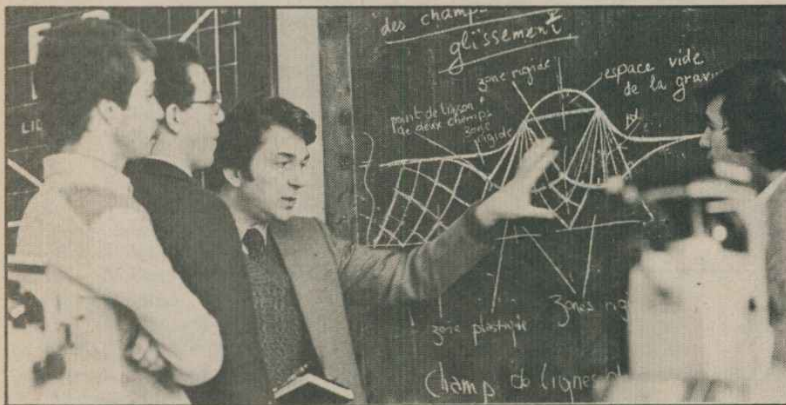
Eine einfache Besichtigung, die flüchtige Bekanntschaft mit dem Komplex in El-Hadjar lassen erkennen, wie wichtig er für die Wirtschaft Algeriens ist. Und eins noch: Man spürt hier den lebendigen Pulschlag einer ununterbrochenen Erneuerung und Entwicklung. Pausenlos arbeitet der Betrieb, die Arbeiter werden im Drei-Schicht-System bei einer 44-Stunden-Woche eingesetzt. Anders geht es nicht, das wird von der Spezifik der metallurgischen Produktion diktiert. Man wird mit Wachstumsproblemen konfrontiert, aber auch sie werden erfolgreich gelöst. Früher bildete die Kaderfluktuation den neuralgischen Punkt. Seit 1983 geht es damit bergauf. Nicht von der Hand zu weisen ist der Umstand, daß es in Algerien kompliziert ist, Arbeit im erlernten Beruf zu finden: El-Hadjar bildet in der Industrie des Landes immer noch eine Ausnahme. Wichtig ist, daß der Betrieb auch an die Wohnungsprobleme seines 18 000-Mann-Kollektivs denkt.

In der Nähe des Komplexes ist eine ganze Siedlung entstanden — über 10 000 billige staatliche Wohnungen. Erfolgreich wird im Betrieb auch das Problem der materiellen Stimulierung der Arbeiter, Ingenieure und Techniker gelöst. Der für internationale Beziehungen des Kombinats zuständige Miloud Aichouche berichtete uns, daß das Personal in Abhängigkeit nach den Arbeitsleistungen allmonatlich individuelle oder kollektive Prämien, manchmal beides, in Höhe von bis zu 40 Prozent der Monatsentlohnung erhält. Die Kombinatangehörigen bekommen ein ermäßigtes Betriebsessen.

... Als wir El-Hadjar verließen, hatten wir das angenehme Gefühl, daß unsere Heimat ihren Anteil am Fortschritt des heutigen Algeriens hat. El-Hadjar ist nur ein Beispiel der fruchtbringenden sowjetisch-algerischen Zusammenarbeit.

Jewgeni BOBROW
NZ-Korrespondent

Annaba—Algier



Universität Annaba. Ein sowjetischer Dozent beim Unterricht. Einige Absolventen arbeiten heute in El-Hadjar.

Foto: TASS

waren wir hierher gereist, um uns über ein Eisenhüttenkombinat zu informieren, das sich in El-Hadjar, einer Vorstadt Annabas, befindet.

Leitende Mitarbeiter und Spezialisten der Industriebetriebe El-Hadjars betrachten Annaba vor allem als Hafen. Dort werden für Export bestimmter Walzstahl, Rohre, Bleche, Grauguß und Mineraldünger verladen. Ein buntes Spektrum!

Annaba und El-Hadjar sind genauso untrennbar verbunden wie eine Straße und ein Wagen. Rund um die Uhr werden Güter vom Hüttenkombinat zum Hafen transportiert. In El-Hadjar werden ca. 1,5 Mio t Stahl jährlich produziert. In zwei Jahren soll die Produktion bis auf 2 Mio t gesteigert werden.

Unser Rundgang durch den Betrieb begann mit der Bekanntschaft mit den Produzenten des schwarzen Metalls —

tende Generaldirektor des Betriebes Mostapha Boussaid. "Das ist der Grund, weshalb man bei uns so gern Russisch lernt. Wir arbeiten ja Schulter an Schulter."

Der Vertreter von "Tjashpromexport" in El-Hadjar W. Grebenschtschow berichtete uns, wie die sowjetischen Fachkräfte ihre Erfahrungen den algerischen Arbeitern vermitteln.

"Unsere Arbeit hier geht ihrem Ende zu, und wir haben ein gutes Gewissen", sagt er. "Die algerischen Freunde werden nun, auch wenn wir weg sind, mühelos die ganze, gar nicht so einfache Produktion, meistern. Die nötigen Kader sind bereits ausgebildet. Es wird auch für Nachschub gesorgt, denn El-Hadjar wird ausgebaut.

Algerische Ingenieure und Techniker, mit denen wir uns unterhielten, beurteilten die Betriebssicherheit der sowjetischen Ausrüstungen sehr positiv. Doch

Olympische Konturen

Jelena TSCHAIKOWSKAJA
Verdiente Trainerin der UdSSR

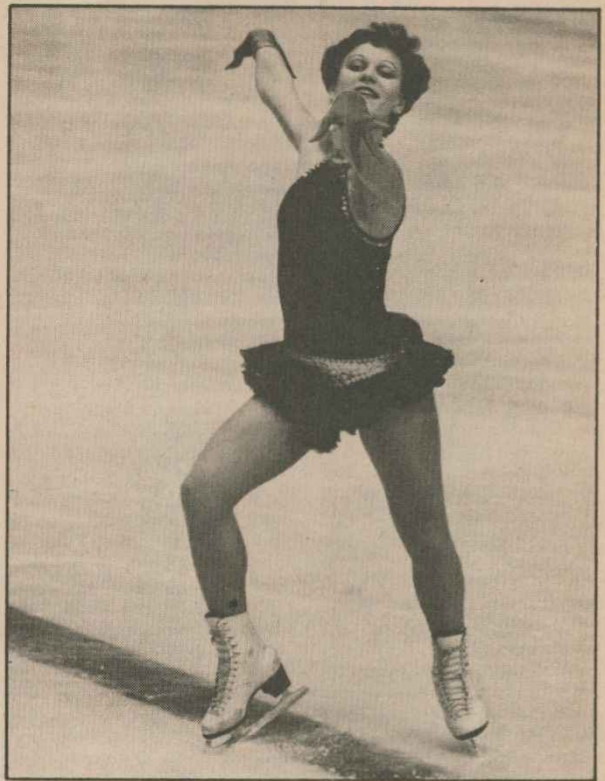
Die Saison vor einer Olympiade hat immer etwas Besonderes an sich. Schon ein Jahr vorher zeichnen sich die Konturen der Auswahlmannschaften ab und treten die Spitzensportler der Welt, deren Leistungen und Stil für die Fortentwicklung des Sports in vieler Hinsicht bestimmend sind, ins Rampenlicht.

Der Clou der Eiskunstläufe waren jahrelang die Darbietungen im Paarlauf. Es wäre sinnlos, jetzt die Namen aller unserer Welt-, Europa- und Olympiameister aufzählen zu wollen. Ich möchte nur sagen, daß wir in dieser Sparte über 20 Jahre führend sind und die Führung nur zweimal für kurze Zeit an andere abtraten.

Weltmeister im Paarlauf sind jetzt die noch blutjungen Moskauer Jekaterina Gordejewa und Sergej Grinkow. Ich sah sie in der vorigen Saison bei den wichtigsten Turnieren und war über ihren Elan, ihre Sicherheit und Eingebung angenehm erstaunt. Sie unterschieden

sich, was besondere Elemente betrifft, in keiner Weise von den anderen führenden Paaren, auch nicht von den sowjetischen, dafür aber waren sie fröhlich und bewiesen feines Kunstempfinden. Sie bekamen sofort Kontakt zum Publikum. Ich glaube, gerade das hat bei ihrem Sieg über die Olympiade und Weltmeister Jelena Walowa und Oleg Wassiljew aus Leningrad die Hauptrolle gespielt.

Solche Qualitäten junger Spitzensportler sind mir persönlich am wichtigsten. Seit Jahren bemühe ich mich, meine Eleven zur Herstellung des Kontakts mit den Zuschauern zu erziehen. Das ist nicht ganz einfach. Es erfordert Geduld und Verständnis für die Kunst im allgemeinen und für die Bewegungskunst im besonderen. Es geht ja darum, mit einer Geste oder einem Schritt Zuschauer und Schiedsrichter in Bann zu schlagen und zu bewirken, daß sie einem die Palme zuerkennen.



Kira Iwanowa

Fotos: TASS

Außer den beiden führenden Paaren haben wir für die Weiße Olympiade '88 noch ein Anwärterpaar, das bereits bei Olympischen Spielen Bronze davongetragen hat: Larissa Selesnjowa und Oleg Makarow.

Sie sind auch aus Leningrad, geben dem turnerischen Schnellauf ebenfalls den Vorzug und haben auf ihren Programmen, ebenso wie das Paar Walowa--Wassiljew, komplizierte Sprünge und Stemmübungen. Es kommt ihnen darauf an, bis zu den Spielen in Calgary (Kanada), die in etwas mehr als einem Jahr bevorstehen, in Form zu bleiben und Verletzungen zu vermeiden, wie sie bei ihnen letzthin vorgekommen sind.

Es wird kaum noch jemandem gelingen, unter unsere drei ersten Sportpaare aufzurücken. Ganz bestimmt kann man das aber auch nicht sagen. Wie oft haben wir unmittelbar vor wichtigsten Starts überraschende Ganzausleistungen erlebt! Aber gerade das gibt ja den Wettkämpfen einen ganz besonderen Reiz.

In den letzten Jahren habe ich mich als Trainerin viel mit dem Einzelläufer Wladimir Kotin und dem Tanzpaar Olga Woloshinskaja und Alexander Swinin befaßt. Leider wird das Publikum Olga und Alexander bei Wettkämpfen nicht mehr zu

Das Tänzerpaar Natalja Annenko und Genrich Sretenski



sehen bekommen. Sie sind zum Eiskunstlauf "Lauter Stars" gegangen. Aber Kotin, der bei Europameisterschaften zweimal Silber davontrug, hat neuerdings große Fortschritte gemacht. Er führt sicher sämtliche dreifachen Sprünge, auch den dreifachen Axel, aus und ist in den Pflichtübungen schon bedeutend besser geworden. Ich bin überzeugt, daß er gemeinsam mit dem ehemaligen Weltmeister Alexander Fadejew erfolgreich um die höchsten Auszeichnungen wett-eifern kann, sowohl in der diesjährigen als auch in der Olympia-Saison (ich möchte daran erinnern, daß Kotin Fadejew in der vorigen Saison bei den Europameisterschaften sowie in der Kür bei den Weltmeisterschaften übertraf).

Wir erwarten auch viel von Viktor Petrenko. Dieser Eleve der jungen Odessaer Schule gehört zu den fünf besten Einzelläufern der Welt. Überhaupt machen die jungen Kunstläufer aus Odessa, Swerdlowsk, Kasan, Gorki, Dnepropetrowsk, Kiew und Minsk immer öfter von sich reden und rücken bei Landeswettkämpfen den Moskauern und Leningradern immer mehr auf den Leib.

Ich will da die Namen vieler junger, aber schon ziemlich erprobter Kunstläufer, sozusagen unser Nachwuchs, nicht aufzählen. Einer von ihnen ist Vitali Jegorow aus

Charkow, früher Weltmeister unter den Junioren. Er siegte beim "Skate Canada" in Regina ganz zu Anfang der Saison.

Die Einzelläufer bilden in den letzten Jahren den Clou beliebiger Wettkämpfe. Sie bieten die schwierigsten Programme mit vielerlei Sprüngen, Pirouetten usw. Die Sieger im Einzellauf verkörpern gewissermaßen einen Fortschritt in dieser Sportart.

Bei den Einzelläuferinnen ist der Fortschritt leider nicht so großartig. Neuentdeckungen sind da ziemlich selten. Jedenfalls gibt es jetzt keine Kunstläuferinnen wie die Amerikanerin Peggy Fleming. Dieses Jahr errang Debby Thompson aus den USA die Meisterschaft. Sie ist in allen Teilen des Dreikampfes gleich stark. Natürlich wird sie sich Mühe geben, den Titel zu behalten, und man fragt sich, wann unsere Kunstläuferinnen endlich mit ihren ausländischen Rivalinnen den Kampf um die Meisterschaft aufnehmen werden.

Hoffnung erweckten vor einiger Zeit die Leistungen der Preisträgerinnen bei Welt- und Europameisterschaften Kira Iwanowa (sie errang erstmalig in der Geschichte des sowjetischen Kunstlaufs bei den Olympischen Spielen in Sarajevo Bronze) und Anna Kondraschowa. Voriges Jahr aber rutschten sie leider zurück. Es kann durchaus sein,

daß neuer Nachwuchs schon bei den Olympischen Spielen von 1988 imstande sein wird, in die Auswahl aufzurücken. Das könnten beispielsweise Tatjana Andrejewa und Natalja Gorbunowa, die unter den Junioren die Weltmeisterschaften errangen. Tatjana hat übrigens unlängst das Training in meiner Gruppe aufgenommen. Sie ist unglaublich fleißig und gewissenhaft und mit ihren 16 Jahren zu schwierigsten Elementen fähig. Ihren Kunstsinn kann sie ja am Beispiel Wladimir Kotins bilden, den sie ständig vor Augen hat.

Kommen wir am Schluß zu unseren Sporttänzern auf dem Eis. In dieser Sparte glänzen seit Jahren die unseren. Meine Eleven Ludmila Pachomowa und Alexander Gorschkow wurden als erste unserer Sportler Olympiasieger. Nach ihnen Natalja Linitschuk und Gennadi Karponossow. Von 1981 bis 1984 waren es die britischen Tänzer Jayne Torvill und Christopher Dean. In den letzten Jahren nehmen wieder sowjetische Kunstläufer — Natalja Bestemjanowa und Andrej Bukin — auf dem Ehrenpodest die oberste Stufe ein. Sie teilen ihren ausgeprägten Stil weiter aus. Gleich nach ihnen kommt das vorzügliche Tänzerpaar Marina Klimowa und Sergej Ponomarenko. Die Darbietungen dieser beiden Paare sind in den letzten Jahren eine Zierde der Welt- und Europa-

meisterschaften. Bei den bevorstehenden wichtigsten Wettkämpfen rechnen wir vor allem auf sie.

Auch die Tänzerpaare haben jungen Nachwuchs. Natalja Anzenko und Genrich Sretenski sowie Maja Ussowa und Alexander Shulin sind schon mehrmals bei wichtigen internationalen Wettbewerben aufgetreten, haben Ansehen gewonnen und trainieren, um sich mit den besten Paaren zu messen.

Viele unserer sowjetischen Kunstläufer, die ich hier genannt habe, sah unser Publikum unlängst bei den traditionellen Wettkämpfen um den Preis der Zeitung "Moskowskije nowosti", an denen auch viele Spitzensportler des Auslandes teilnahmen.

Die besten Eisläufer fühlen sich geehrt, auf Moskauer Eis antreten zu dürfen. Ich muß da an die Schaudarbietungen der Kunstläufer der UdSSR und der USA im Rahmen der diesjährigen Spiele guten Willens denken. Bei uns zu Gast waren die besten amerikanischen Sportler. Gemeinsam mit den sowjetischen ernteten sie nach jeder Darbietung starken Beifall, besonders aber nach dem gemeinsamen scherzhaften Tanz der Weltmeisterin Debby Thompson und Wladimir Kotins nach einem Song von Michael Jackson. Dieser Auftritt symbolisierte die Freundschaft der Sportler verschiedener Länder.

An unsere Leser

Abonnieren Sie die Wochenschrift für Politik "Neue Zeit". Sie erscheint russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch.

Bestellen Sie die "Neue Zeit" bei Buchhandlungen, Vertriebsorganisationen und Firmen, die sowjetische Publikationen führen und mit der Außenhandelsvereinigung Meshdunarodnaja kniga in Verbindung stehen.

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



Wunder des chinesischen Zirkus

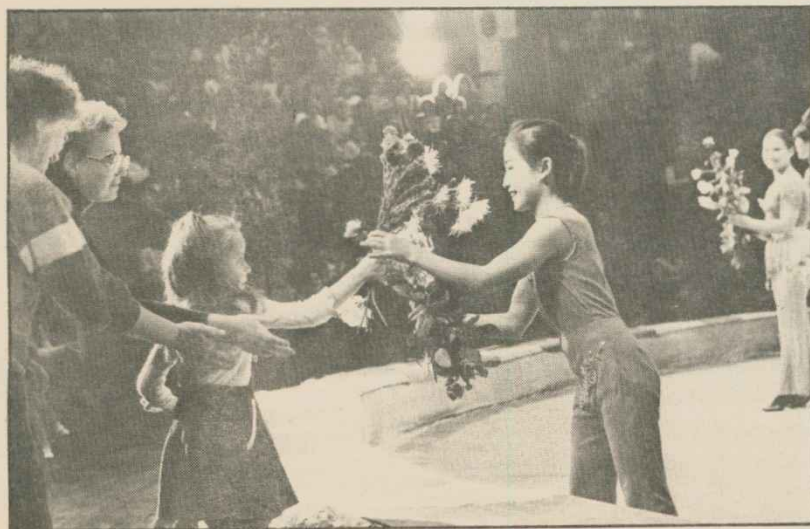
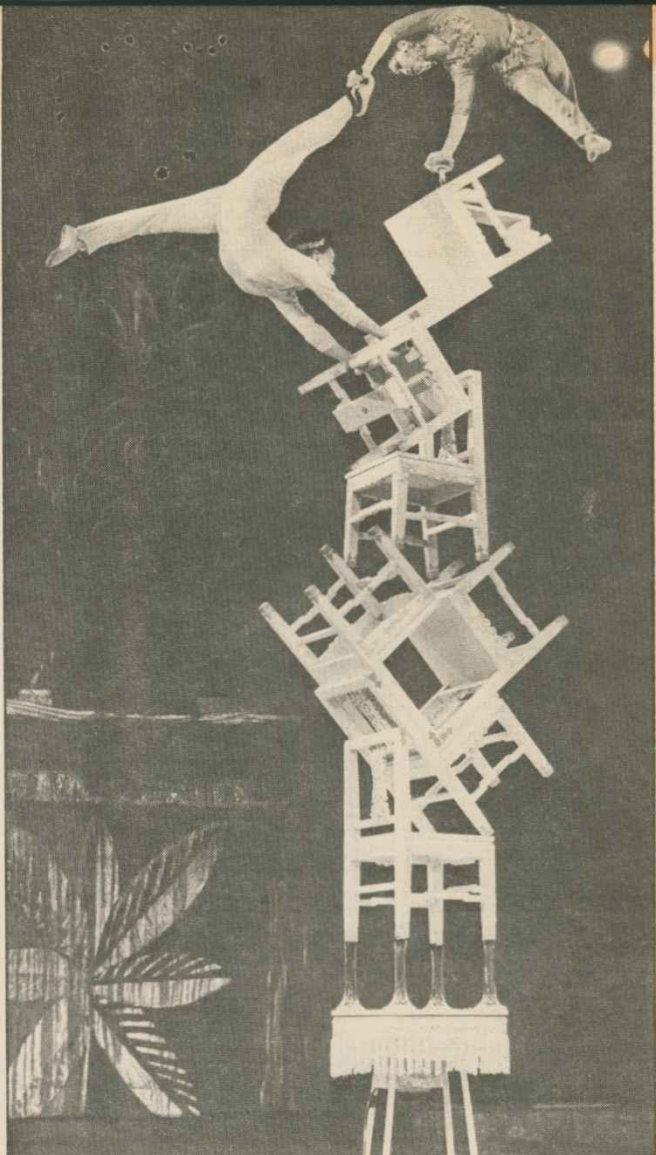
Im Moskauer Zirkus auf den Leninbergen gastierten Artisten einer Shandonger Truppe.

In der Manege geschahen Wunder, nicht minder

verblüffend wie die berühmten chinesischen Elfenbeinkugeln, die aus einem Stück geschnitzt sind und in denen sich eine andere befindet. Die Artisten haben in der Akrobatik und Äquilibristik eigene nationale Nuancen gefunden. Beim Auftritt Lu Lixins und Shen Nings, die bei Internationalen Zirkusfestspielen in Monte Carlo den ersten Preis errangen, schienen die Gesetze des Gleichgewichts aufgehoben zu sein.

Die Nummern „Tanz des Drachens“, „Tanz der Löwen“ und „Spiele mit dem Dreizack“ brachten das Kolorit uralter chinesischer Legenden nach Moskau.

Hier erntete der chinesische Zirkus reichen Beifall.



Die Äquilibristin Deng Baojin vor einem Auftritt in der Moskauer Manege ● Eine Stuhlpyramide ● Begeisterung des Publikums ● Chinesische Akrobaten

Fotos: TASS

14159 51 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1501 9031 1525 FACH 65



Lieder des Friedensmarsches



INTERNATIONALER
FOTO- UND
ZEICHENWETTBEWERB

„JAHR DES FRIEDENS“

Foto von
Hans
MEISTER
(BRD)